

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 16.25 bis 17.15 Uhr.

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Petition an die Österreichische Bundesregierung: Kinder und Jugendliche künftig als Lärmquelle gesetzlich auszunehmen

GRin. **Potzinger** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ, FPÖ, BZÖ und GR. Mag. Mariacher folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Ich freue mich sehr, namens aller Fraktionen hier im Hause und auch vom Kollegen Mariacher einen dringlichen Antrag einbringen zu dürfen, der ein klareres politisches Signal sein soll für mehr Kinderfreundlichkeit in unserem Land. Es geht um eine Petition an die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat, Kinder und Jugendliche künftig als Lärmquelle gesetzlich auszunehmen. Ich schicke voraus, das heißt natürlich nicht, dass Kinder und Jugendliche künftig einen Freibrief haben sollen, 24 Stunden am Tag ungezügelt lärmern zu können, Hausordnungen sind natürlich für alle einzuhalten und unkontrolliertes Lärmen in Wohnanlagen soll es auch in Zukunft nicht geben, aber prinzipiell sollen Kinderstimmen nicht Lärmbelästigung sein, sondern etwas Positives in unserem Lande. Kinderlachen ist Zukunftsmusik, ist ein politisches Leitmotiv, das uns seit vielen Jahren begleitet.

Natürlich lachen Kinder nicht nur, sie weinen auch, sie singen, sie rufen, sie streiten, sie schreien, aber sie lachen wesentlich häufiger als Erwachsene und sind uns allen dadurch auch ein wichtiges Vorbild. Wenn wir sie hören, ihre Stimmen erinnern uns jedenfalls immer daran, dass Kinder in unserer Nähe sind und unser Land eine gute Zukunft hat.

Leider gibt es aber auch immer wieder Beschwerden wegen störender Kinderstimmen. Klagen gegen Lärm aus Kinderbetreuungseinrichtungen und Spielplätzen würden durch eine Änderung der entsprechenden Gesetze erschwert. In Deutschland wurde das Bundesimmissionsschutzgesetz geändert, das in Deutschland dafür zuständig ist, unser deutscher Nachbar hat mit dem entsprechenden Bundestagsbeschluss vom 26. Mai dieses Jahres, vor 14 Tagen, die entsprechend kinderfreundliche Entscheidung getroffen. Auch Österreich braucht dringend ein entsprechendes kinderfreundliches Signal, sodass Kinderstimmen nicht länger als „schädliche Umwelteinwirkung“ qualifiziert werden können. Wir wollen erreichen, dass Kinderstimmen in unserem Lande kein Klagegrund mehr sein dürfen. Die ExpertInnen des Kinderbüros Steiermark haben diesem Anliegen ebenfalls großen Nachdruck verliehen und unterstützen unsere Forderung, die zur größeren Kinderfreundlichkeit unserer Gesellschaft beitragen soll. Kinder und Jugendliche müssen als Lärmquelle gesetzlich ausgenommen werden. Die Freude der Familien an ihren Kindern soll nicht durch Klagen getrübt werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs und aller Klubs in diesem Hause, danke vielmals für die Unterstützung, folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, dass die Österreichische Bundesregierung und der Nationalrat auf dem Petitionswege dringend aufgefordert werden, nach dem Beispiel des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 26. 5.

2011, wonach gegen Kinderstimmen künftig nicht mehr vor Gericht geklagt werden kann, einen entsprechenden kinderfreundlichen Beschluss herbeizuführen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Kinderlachen ist Zukunftsmusik, hast du gesagt und Kinderweinen, Kindersingen, Kinderrufen, Kinderstreiten, Kinderschreien ja, das sollen sie tun, aber nicht nur in Form einer Petition, sondern auch dort, wo sie wirklich auf der Straße spielen, vielleicht in den Wohnstraßen, vielleicht in den Wohnstraßen rund um den Eppensteinerweg, liebe Gerda. Herr Bürgermeister, Sie haben heute geredet von VernADERern in Bezug auf die Rettenbachklamm, von Verhinderern im Vorhinein. Manche Verhinderer, Verhindererinnen von solchen tollen Projekten wie die Wohnstraße oder MöchtegernverhinderInnen sitzen in Ihrer Partei und ich möchte das nutzen, um der Sissi Potzinger, um dir, Sissi, zu sagen, danke für diesen Antrag, weil er zeigt, dass ein Teil in der ÖVP das Herz auf der richtigen Seite haben und auch das Engagement auf der richtigen Seite haben und ich möchte auch euch einladen, euch Kollegen und Kolleginnen, vor allem die Gerda, einladen, sich für diese Wohnstraße im Eppensteinerweg, in der Theodor-Stammel-Straße und der Johann-Pöstian-Straße einzusetzen und nicht diese Idee zu vernadern und im Vorhinein als Verhindererin den wenigen Kolleginnen und Kollegen, die dort Probleme mit einer modernen Überlegung von Wohnstraßen haben, das Wort zu reden. Ich bitte sozusagen, das ernst zu nehmen, was ihr als ÖVP oder wir als Gemeinderat jetzt einstimmig annehmen werden, was in Form einer Petition Kinderlärm als, ich würde sagen, wie hast du das gemeint, als Musik gehört wird. Und ich freue mich auf die Musik rund um den Eppensteinerweg. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir unterstützen das Anliegen selbstverständlich und sind auch froh, dass die Kollegin Potzinger auch den Nationalrat miteinbezogen hat und zwar schlichtweg aus einem einfachen Grund, weil sämtliche Petitionen, die der Grazer Gemeinderat an die Bundesregierung beschließt, dort in den Aktenordnern des Ministerratsdienstes ihr jähes Ende finden und mit einer Petition an den Nationalrat zumindest der Petitionsausschuss auch befasst wird. Diese Schwachsinnigkeit auch endlich zu beenden, die Sissi Potzinger richtigerweise angesprochen hat, die der deutsche Bundestag auch seinerseits bereits aus seiner Gesetzesmaterie gestrichen hat. Der Kollege von den Grünen hat von dem Wohnstraßenprojekt gesprochen, wo auch wir unsere Fraktion ein Mail bekommen haben. Zu dem darf ich grundsätzlich etwas sagen. Eine Wohnstraße in Graz kann nur immer auf Antrag der Mehrheit der Anrainerinnen und Anrainer, und das ist mein grundsätzlicher Zugang, beschlossen werden und es ist ein Leichtes, auch für die Frau Gesek, der man jetzt unterstellt, eine Verhinderin dessen zu sein, aber auch für Befürworter, egal ob pro oder kontra, es ist ein Leichtes, dort qualifiziert und nachweisbar auch in den Wohnstraßengebiet eine Mehrheit mittels Unterschriftenaktionen plastisch dazustellen pro oder kontra, wenn die Mehrheit sich pro Wohnstraße ausspricht, dann wird es eine Wohnstraße geben, wenn es nur eine Minderheit ist, die hier Politik gegen die Wohnstraße macht, dann wird die Minderheit auch dementsprechend abgestraft sein und wenn es eine Mehrheit ist, die das nicht will, dann wird es auch zu keiner Wohnstraße kommen, und so einfach ist es, da brauchen wir uns hier nicht emotional irgendetwas an den Kopf werfen, sondern da muss eine verantwortungsvolle Politik, in dem Fall ist es die Vizebürgermeisterin, sicherstellen hier auch die Mehrheitsentscheidung in dem Bereich, in diesem Wohnraum von Graz feststellen zu können und dem Gemeinderat zu berichten.

GRin. **Meißlitzer:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sissi, danke für deinen Antrag und die Petition, ich finde das ist sehr notwendig in Zeiten wie diesen. Denn wenn man überlegt, dass zum Beispiel Kinderlachen gleichgesetzt wird mit Lärm von Rasenmähern oder Motorsägen oder dergleichen, dann frage ich mich wirklich, in welcher Gesellschaft leben wir? Wenn ich Zeitungsmeldungen entnehme, dass Menschen verlangen, dass bei Kinderbetreuungseinrichtungen Lärmschutzwände errichtet werden müssen, dann bin ich schon sehr skeptisch, was daraus noch werden kann. Daher natürlich dieser Antrag ganz, ganz wichtig. Es gibt Menschen, die auch Ruhebedürfnisse haben, keine Frage, auch darauf muss man Rücksicht nehmen, aber unsere Kinder lernen das ja und so wie wir mit ihnen umgehen, so werden sie einmal mit uns umgehen, und eine Gesellschaft, die Kinderlachen nicht mehr verträgt, ist sehr fragwürdig (*Applaus SPÖ und Grüne*).

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Also, lieber Herr Gemeinderat Baumann, ich denke, alle die hier im Haus sind, haben das Herz am richtigen Fleck, wenn es um Kinder geht und ich verwahre mich dagegen, dass die ÖVP oder Teile der ÖVP das nicht haben sollten (*Applaus ÖVP*). Die Frage, ob man für eine Wohnstraße ist oder gegen eine Wohnstraße ist, ist nicht unmittelbar und untrennbar damit verbunden, ob man für Kinder oder gegen Kinder ist. Ich habe das angesprochene Projekt, und wenn die Gerda Gesek genannt wird, reden wir vom selben Projekt, so mitbekommen am Rande, da war ich nicht sehr vertieft, dass zwar dort eine Umfrage stattgefunden hat, dass sich knapp 50 % dort beteiligt haben, bitte nagelt mich nicht fest jetzt an der Prozentzahl, und von diesen 50 % haben sich, glaube ich, 80 % für diese Straße ausgesprochen, das ist ok. Das ist ein deutliches Signal. Allerdings, und das kann ich jetzt nicht verifizieren, das wird die Frau Vizebürgermeisterin besser können und alle, die an diesem Prozess beteiligt waren, mehren sich jetzt die Stimmen, dass die

Bevölkerung dort über etwas abgestimmt hat, wovon sie nicht wirklich informiert war. Weil plötzlich tauchen Teilprojekte dieses Projektes auf, die eben nicht die Zustimmung der Bevölkerung finden und ich denke, im Sinne einer Bürgerbeteiligung sollte man hier noch einmal mit den Bürgern dort vor Ort reden, ihnen das klar machen, was beabsichtigt ist und dann sollte man drüber auch die Bevölkerung noch einmal entscheiden lassen, ob sie das tatsächlich will. Aber der heutige Antrag geht, glaube ich, in eine ganz andere Richtung, es geht um ein politisches Signal und Bekenntnis, das auch ich als Referent für das Amt für Jugend und Familie vollinhaltlich unterstütze und ich danke auch den Damen und Herren des Gemeinderates, dass sie diese Petition unterstützen werden (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Sissi! Auch meinerseits danke für den Antrag, der wirklich das Problem neuerlich aufs Tablett gebracht hat. Ich möchte noch auf Folgendes hinweisen: Die Situation wird sich vermutlich noch verschärfen in den nächsten Jahren, weil eben die Generationen altersmäßig, schwerpunktmäßig stark auseinanderdriften und wir in der Gesellschaft viel mehr über Pensionen, über Krankenversorgung, über Altenpflege usw. reden und im Verhältnis davon eigentlich die Probleme, die die Jugend und die Kinder haben, eigentlich zu kurz kommen. Das sehe ich schon als Problem, möchte die anderen Themen nicht geringschätzen, die die ältere Generation betrifft, langsam gehöre ich auch einmal schon am Ende von zweiten Dritteln, wo ich auf die 50 Jahre schon zugehe. Das ist ein ganz essentielles Thema unserer Gesellschaft, der wir uns widmen und ich warne davor, dass die Gesellschaft so weit abdriftet, wie wir es in einigen amerikanischen Bundesstaaten haben, wo extra Gemeinden errichtet werden nur für Pensionisten, wo wir eigentlich überhaupt keine jungen oder erwerbstätigen Generationen, mit Ausnahme des Pizzadienstes, mehr vorfinden und dort sozusagen nur noch die Ruhe einkehrt und eigentlich diese Gesellschaft auch gedanklich, auch geistig wahnsinnig Gefahr läuft, auseinanderzudriften und noch inhomogener zu sein,

als sie es derzeit schon ist. Und daher wirklich von uns allen dieser Appell, wirklich dafür Sorge zu tragen, dass nicht auch aus dem Juridischen heraus amerikanische Sichtweisen hier Einklang finden und man die Rechte der Kinder auf ihre natürliche, aber auch gesittete Entwicklung ihnen vorenthält. Danke.

GR. Kolar: Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht zum Antrag direkt, aber doch auch das Angesprochene zum Anlass nehmen, mit dem der Kollege Baumann hier begonnen hat, nämlich mit dem Problem der Wohnstraße in Eggenberg. Hier geht es doch auch darum, und der Kollege Grosz, dass mit einer Drüberfahrermentalität geht das nicht, das ist schon klar, und wir haben gesagt, der Herr Stadtrat Detlev Eiselsberg hat es eh schon relativ klar auf den Punkt gebracht, hier geht es um Bürgerinteressen, die durch diese neue Form, die hier angewandt wird von der Frau Vizebürgermeisterin, natürlich mit erheblichen Problemen noch versehen ist und ich habe in der letzten Gemeinderatssitzung einen Antrag gestellt, um hier mehr Bürgerbeteiligung, mehr Bürgernähe zuzulassen in der Form und ich möchte auch eine Lanze brechen für diejenigen, die in diesem Bereich zu Hause sind, weil ich bin einer der, der mit dieser Gruppe jetzt, glaube ich, sechs oder sieben Mal zusammengesessen ist und mit ihnen diese Gespräche geführt hat und ich bin auch sehr froh, dass heute die Frau Vizebürgermeisterin und, Lisa, ich hoffe, ich darf das so sagen, auch zugesagt hat, dass es weitere Gespräche hier gibt, das ist, glaube ich, das richtige Signal, das wir dort auch brauchen, um einfach ein neues Projekt, eine neue Form, wie Wohnstraßen in Graz in Zukunft eingeführt werden, wie sie letztendlich lebbar gemacht werden, das im Rahmen dieser Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung stattfinden lassen und ich bin sehr froh, dass die Lisa das heute zugesagt hat, weil es geht nicht darum dort, das muss man auch klar und deutlich sagen, dass man dort kein Kinderlachen haben will, das wäre, glaube ich, eine Vermessenheit, hier auch diesen Personen vorzuwerfen. Sondern es geht darum,

dass es dort eine Wohnstraße gibt, die den Bürgerinnen und Bürgern auch in ihrem Sinne gerecht wird. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Kinder und Familienfreundlichkeit ist, glaube ich, uns allen ein Herzensanliegen, da ist niemand in diesem Hause ausgenommen. Ich freue mich, dass wir gerade heute am Geburtstag unseres Familienstadtrates dieses familienpolitische Signal nach Wien schicken. Ich hoffe, dass diesen schönen Worten bald Taten folgen, dass dann die Gesetze wirklich dahingehend adaptiert werden, dass Kinderstimmen uns ungetrübt erfreuen können. Danke herzlich für die Annahme (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 17.35 Uhr den Vorsitz.

2) Fernwärmebetrieb während der Sommermonate

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Während der Sommermonate wird das Grazer Fernwärmenetz nicht durch Wärmeauskopplung aus dem Steinkohlekraftwerk Mellach versorgt, sondern aus Abwärme der Abgasturbinenanlage Liebenau und der Marienhütte, aus dem Solarpark Andritz und

zur Abdeckung des Fehlbedarfs - direkt mit Gas beheizt - aus dem Fernheizkraftwerk Puchstraße.

In einer von der Energie Graz in Auftrag gegebenen Studie der Firma VTU-Energy GmbH wurde vom Gutachter der Sommerbetrieb der Energieaufbringung und des Verbrauchs untersucht. Das Ergebnis belegt, dass einerseits durch Anpassung der Umwälzpumpenleistung im Fernheizkraftwerk Puchstraße auch kleinere Wärmemengen als bisher abgenommen werden können und andererseits, vereinfacht dargestellt, die nutzbare Abwärme aus Gasturbinenanlage Liebenau und Marienhütte während der Morgenstunden nicht ausreichend ist und zu dieser Tageszeit auch keine Wärme aus der thermischen Solaranlage Andritz anfällt, weshalb im Fernheizkraftwerk Puchstraße direkt mit Erdgas zugeheizt werden muss.

Dies verursacht nicht nur hohe Kosten, sondern belastet auch die Umwelt, es gibt dort keine Entstickung, also die Umwelt nicht nur durch Kohlendioxyd, sondern auch Stickoxyde. Während des restlichen Tages steht dann zu viel Wärme zur Verfügung, sodass diese in die Luft abgegeben werden muss. Somit ist die Einspeisung von Wärme aus der Solaranlage außer an Feiertagen, wo die beiden Werke still stehen, überflüssig.

Durch Errichtung eines geeigneten Pufferspeichers und Anpassung der oben genannten Pumpenleistung könnte erreicht werden, dass ein Zuheizen mit Erdgas im Fernheizkraftwerk Puchstraße nur dann notwendig wäre, wenn in den genannten Anlagen zu wenig oder keine Abwärme anfällt, also zum Beispiel sonntags oder feiertags.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs und der Grünen, die den Antrag unterstützen, stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die dafür zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Energie Graz um Prüfung ersuchen, ob der Einsatz von Pufferspeichern und die Anpassung der Pumpenleistung

aus ökologischer und ökonomischer Sicht sinnvoll erscheint, mit dem Ziel, das Zuheizen mit Erdgas zu minimieren (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller! Auch dieser Antrag von der ÖVP behandelt ein Thema, das jetzt und in der Zukunft sehr an Bedeutung hat und noch mehr gewinnen wird und du führst ein ganz spezielles Problem hier wirklich inhaltlich gut aus. Meines Erachtens muss man hier wirklich breiter und tiefer greifen, hier auch entsprechende fachliche Unterstützung extern reinholen, weil es hier darum geht, überhaupt einmal einen Kataster anzulegen, wo überhaupt Wärmepotentiale derzeit ungenützt sind, in welchem Ausmaß, und man muss sich vorstellen, nicht jede Wärme ist jederzeit verfügbar, sondern nur zu gewissen Tages- und Nachtzeiten und auch in unterschiedlicher Qualität, ich denke da an unterschiedliche Temperaturen, und das Fernwärmenetz basiert darauf, möglichst eine einheitliche Temperatur wirklich im Netz drinnen zu haben, das heißt, wenn man mit einer niedrigen Temperatur reinfährt, braucht man auch zusätzliche Energiezufuhren, um auf diesen Standrad das Ganze wieder anzuheben, und eine äußerst große Herausforderung, du hast es in diesem Antrag auch formuliert, ist natürlich die Speicherkapazität auch, die man sich vorstellen kann, wenn man die Stadt Graz mit 266.000 Einwohner betrifft, dass das natürlich in Größenordnungen reingeht, die sehr, sehr groß sind. Ich stelle daher folgenden Zusatzantrag, um das einfach breiter und inhaltlich noch abgerundeter zu gestalten. Die Vertreter der Stadt Graz sollen direkt, beziehungsweise der Energie Graz,

1. mit der OMV und anderen Großanlagenbetreibern in Graz und Graz-Umgebung zügig in Gespräche eintreten, um bestehende und künftige Wärmeenergie-Potentiale und deren Anbindung zu erkunden;
2. einen Auftrag an eigene geeignete Ressourcen beziehungsweise an externe Ressourcen wie zum Beispiel die TU Graz oder das Joanneum Research oder ähnliche

zünftig in Gang bringen, um die wichtigsten und sinnvoll nutzbaren Wärmeenergie-Quellen im Großraum Graz auch hinsichtlich deren Charakteristika, Verfügbarkeiten, Energieanbindung, Kosten, etc. zu erheben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und

3. und über beide obigen Positionen dem Gemeinderat der Stadt Graz bis spätestens anlässlich der Novembersitzung dem Grazer Gemeinderat Bericht zu erstatten, zumindest in Form eines eine erste Einschätzung ermöglichenden Zwischenberichtes.

Ich bitte um Aufnahme und Unterstützung dieses Zusatzantrages. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte ganz kurz selbst Stellung nehmen, weil Sie heute schon einmal angemerkt haben, dass die Konzentration im Rahmen des Kommunalen Energiekonzeptes auch auf andere wichtige Dinge gelegt werden sollte, da bin ich ganz bei Ihnen, das wird auch, das passiert auch. Insbesondere gibt es im Rahmen, und das wurde letztes Mal auch berichtet, des Kommunalen Energiekonzeptes natürlich schon längst die Erarbeitung und auch teilweise schon Umsetzungen, was das Abwärmepotential in der Stadt Graz bedeutet. Da sind all die Fachleute auch eingebunden, gerne sind Sie eingeladen, sich dazu näher zu informieren, aber prinzipiell ist das jetzt nichts Neues, dass wir uns erst beginnen damit zu beschäftigen, sondern die Abwärmepotentiale in der Stadt sind von Anfang an Thema und einige Schritte, wie zum Beispiel die Ausweitung der Abwärme durch die Marienhütte, die gerade erst umgesetzt wurde, ist ja auch schon ein Ergebnis dazu.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wir freuen uns sehr, dass der Herr Gemeinderat Linhart sich dieses Themas angenommen hat, des Themas Fernwärmebetrieb während der Sommermonate, wo ja die Fernwärmeleitung nicht in Betrieb ist und wir andere Quellen suchen müssen, woraus wir speziell Warmwasser im Sommer bereitstellen. Wir haben auch im Vorfeld ein bisschen über den Inhalt dieses Antrages diskutiert, wir sind uns im Großen und Ganzen einig, dass durch diese zwei Maßnahmen, nämlich an erster Stelle die

Erneuerung der Pumpe, das heißt, einer Pumpe, die es auch ermöglicht, weniger große Mengen aus dem Fernheizkraftwerk in der Puchstraße einzuspeisen und dadurch die Nutzung der Abwärme und der Großsolaranlagen zu erhöhen. Dass wir das mittragen können beziehungsweise natürlich auch mit dem Pufferspeicher. Es gibt einen Punkt, wo wir uns nicht einig sind und das ist der Satz, der da steht: „Somit ist die Einspeisung von Wärme aus der Solaranlage außer an Feiertagen überflüssig.“ Ich möchte zwei Punkte dazu nennen, das Erste ist, dass es nicht stimmt, dass die Marienhütte am Wochenende nicht in Betrieb ist, dort ist Schichtbetrieb, da kommt also auch am Wochenende Wärme, beziehungsweise ist es so, dass wir sehr froh sind in Graz, dass wir die Großsolaranlagen haben, das ist ein internationales Vorzeigeprojekt. Auch der Herr Bürgermeister war erst vor kurzem bei einer internationalen Veranstaltung eingeladen, hat das dort präsentiert. Ich möchte nicht den Eindruck entstehen lassen, dass wir als Grazer Grüne uns von den Großsolaranlagen verabschieden, das ist ein sehr wichtiges Tool am Weg in eine erneuerbare und auch energieeffiziente Stromzukunft, wo wir uns einfach Strom aus anderen schlechteren Quellen ersparen können, indem wir mit der Sonne Warmwasser erzeugen. Das möchte ich nur angemerkt haben und auch diesen einen Satz, den ich auch gerne zu Protokoll gegeben hätte, dass wir uns erhoffen, dass durch die technischen Änderungen im Fernheizkraftwerk Puchstraße die Betriebsführung so geändert werden kann, dass Abwärme und Solarenergie in keiner Konkurrenzsituation bei der Einspeisung in das Grazer Fernwärmenetz stehen. Wir werden selbstverständlich dem Antrag in der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen und möchten uns noch einmal bedanken für diese Initiative, und zum Zusatzantrag vom Herrn Gemeinderat Mariacher: Wir haben in der Steiermark das Problem, dass wir Wärme in Hülle und Fülle haben. Wenn Sie den Herrn Energiebeauftragten des Landes Steiermark, den Herrn Dipl.-Ing. Jilek, fragen, dann wird er Ihnen sagen, dass wir nicht wissen, wohin mit der vielen Wärme. Einige dieser Maßnahmen, die Sie da aufgelistet haben, zum Beispiel diese Untersuchung TU Graz Joanneum Research, nutzbare Wärmeenergiequellen, das sind Untersuchungen, die haben bereits stattgefunden, es gibt bereits einen Abwärmekataster, der beim Umweltamt vorliegt.

Das heißt, die Maßnahmen, die Sie hier vorschlagen, die hat die Stadt selbstverständlich schon lange angegangen, aber Sie werden auch verstehen, dass es Verhandlungen gibt, die wir nicht gleich öffentlich machen können, wenn sie erfolgreich sein sollen, dafür bitte ich auch um Ihr Verständnis. Da diese Unterlagen schon vorhanden sind, auf dem Tisch liegen, werden wir dem Zusatzantrag nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Frau Kollegin Pavlovec-Meixner, das Lastdiagramm hat gezeigt, dass die Marienhütte am Wochenende wirklich keine Wärme erzeugt und keine Wärme bringt. Zweitens, ob die überflüssige Leistung aus dem Solarkraftwerk oder aus der Abwärme der Marienhütte in die Luft geblasen wird, ist letztendlich egal. Ich kann nur sagen, mit dem Einbau eines solchen Speichers könnte man auf jeden Fall erreichen, dass nichts in die Luft geblasen werden muss und dass zum Nutzen aller, der Stadt Graz und für die Umwelt die gesamte Energie genutzt werden könnte. Danke für die breite Zustimmung (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit abgelehnt.

3) Einkommensberichte in den städtischen Unternehmungen und freiwillige Erstellung von Einkommensberichten für den Magistrat Graz

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Gäste! Heuer im März haben wir das 100-jährige Jubiläum des Internationalen Frauentages gefeiert. Waren ja auch eine Menge an Veranstaltungen, wo viele Kolleginnen und auch einige Kollegen mit dabei waren, ich war dort mit der Elke Kahr unter anderem auch in Wien bei der Abschlussfeier vom ÖGB, es war ein tolle Erlebnis und es freut mich, dass ich heute auch zu diesem Anlass, nachdem 100 Jahre Kampf zwar engagiert geführt wurden, aber noch lange nicht das Ziel erreicht ist, vielleicht einen kleinen Baustein mit dem dringlichen Antrag mitbeitragen kann. Und zwar geht es um Einkommensberichte in den städtischen Unternehmungen und die freiwillige Erstellung eines Einkommensberichtes für den Magistrat Graz.

Mit 1. März 2011 ist eine Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes für die Privatwirtschaft in Kraft getreten, die unter anderem eine Verpflichtung zur Erstellung eines Einkommensberichtes für Unternehmen beinhaltet.

Darin ist festgehalten, dass für ArbeitgeberInnen, die dauernd mehr als 1.000 ArbeitnehmerInnen beschäftigen, dieser Einkommensbericht bereits heuer bis spätestens 31. Juli für das Jahr 2010 zu erstellen ist. Für ArbeitgeberInnen, die mehr als 500 ArbeitnehmerInnen und weniger als 1000 EinzelmitarbeiterInnen haben, wird dieser Bericht mit 2012 fällig und für jene, die weniger als 501 und mehr als 250 beschäftigen, mit 1. Jänner 2013. Mit 1. Jänner 2014 ist für all jene ein Einkommensbericht zu erstellen, die mehr als 150 ArbeitnehmerInnen beschäftigen. Unternehmen, die drunter liegen, müssen keinen machen, ist auch sinnvoll, weil damit auch der Schutz praktisch gewährleistet ist, dass die Daten anonymisiert sind.

Einkommensberichte werden also auch in den Unternehmungen und Beteiligungen der Stadt Graz zu erstellen sein, und vor allem die Holding Graz wird die Erste sein, die aufgrund der Anzahl der Beschäftigten im heurigen Jahr einen Einkommensbericht offenlegen darf.

Das Gesetz sieht Mindeststandards vor für solche Einkommensberichte, wie das Wort schon sagt, Mindeststandards bedeutet, es kann auch mehr sein, diese

Mindeststandards legen fest, dass in Verwendungsgruppe und Verwendungsgruppenjahre getrennt für Frauen und Männer dargestellt sein müssen, dass das Durchschnitts- oder Medianarbeitsgehalt für Männer und Frauen zwar dargestellt werden muss, und die Einkommensberichte der einzelnen Unternehmungen und Beteiligungen der Stadt Graz, das ist unser großer Wunsch, sollen, wenn sie dann erstellt werden, auch vergleichbar sein.

Es soll einen Einkommensbericht für das Haus Graz geben, wo man auch das Gesamtergebnis dann herauslesen kann. Daher müssen Vorgaben entwickelt werden, in welcher Form Einkommensberichte zu erstellen sind und welche Daten in diesem Einkommensbericht enthalten sein müssen, zum Beispiel müssen klare Festlegungen gemacht werden, das sowohl das Durchschnitts- als auch das Medianeinkommen erhoben werden muss.

Die Stadt Graz könnte sich selbst verpflichten, für den Magistrat einen Einkommensbericht zu erstellen, obwohl die öffentliche Verwaltung nicht durch das Gleichbehandlungsgesetz in der Privatwirtschaft erfasst ist. Aber ich glaube, es ist ein wichtiges Signal, dass wir da von der Stadt Graz einfach in Richtung Privatwirtschaft leisten können.

Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind ein Faktum, leider noch. Mit der Erstellung von differenzierten und umfassenden Einkommensberichten kann die Stadt Graz – über die Selbstverpflichtung – ihrer Vorbildwirkung für die privaten Unternehmungen im Bereich der Stadt Graz nachkommen.

Namens unserer Fraktion darf ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen:

1. Die Stadt Graz verpflichtet sich freiwillig, für den Bereich des Magistrates Graz Einkommensberichte zu erstellen.

2. Das Referat Frauen und Gleichstellung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Magistratsdirektion und der Arbeitsgruppe Personalmanagement und unter Einbeziehung der Personalvertretung für das Jahr 2010 eine Vorlage für einheitliche Einkommensberichte für alle Unternehmungen und Beteiligungen der Stadt Graz und für den Magistrat Graz bis Ende des Jahres 2011 zu entwickeln, wobei die Holding Graz ersucht wird, über ihre Gender-Mainstreaming-Beauftragte die Erfahrungen aus dem Einkommensbericht der Holding Graz einzubringen. Folgende Grundsätze sind bei der Erarbeitung der Vorlage jedenfalls zu beachten:
 - Oberste Priorität bei der Erstellung von Einkommensberichten hat die Wahrung der Anonymität von einzelnen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen haben.
 - Die Berichte und damit die angegebenen Zahlen und Werte dürfen keine Rückschlüsse auf Einzelpersonen zulassen.
 - Für die Erstellung der Einkommensberichte sind nicht nur Grundgehalt oder Grundlohn heranzuziehen, sondern die Gesamtarbeitsentgelte, also einschließlich Zulagen, Überstunden(pauschalen), Sachbezüge und andere Entgeltbestandteile.
 - Es sollen Durchschnittsgehälter und Medianeinkommen angegeben werden.
 - Der Vorlage für die Einkommensberichte wird eine Information über die gesetzliche Verschwiegenheitspflicht der PersonalvertreterInnen und BetriebsrätInnen beizuschließen sein.

3. Ab dem Jahr 2012 hat der Magistrat Einkommensberichte anhand der entwickelten Vorlagen zu erstellen.

4. Alle Unternehmungen und Beteiligungen der Stadt Graz, die mehr als 150 MitarbeiterInnen beschäftigen, werden ersucht, ebenfalls solche Einkommensberichte ab 2012 zu erstellen, auch wenn einzelne Unternehmungen oder Beteiligungen auf Grund der Anzahl der MitarbeiterInnen gesetzlich erst zu einem späteren Zeitpunkt Einkommensberichte erstellen müssten.
5. Wünschenswert wäre, dass in weiterer Folge – wie in der gesetzlichen Grundlage vorgesehen – derartige Einkommensberichte alle zwei Jahre erstellt werden. In diesem Zusammenhang geht daher – um ein Gesamtbild über das Haus Graz zu haben – das Ersuchen an die Holding Graz, ihren nächsten Einkommensbericht bereits im Jahr 2012 zu erstellen und in weiterer Folge die Ausarbeitung der Einkommensberichte an die Erscheinungstermine jener des Magistrats zu koppeln.
6. Das Referat Frauen und Gleichstellung sollt die einzelnen Einkommensberichte zusammenfassen und jeweils zu einem Gesamtbericht für das Haus Graz verarbeiten, und dieser Informationsbericht soll im Gemeinderat eingebracht werden. Dem Gesamtbericht für das Haus Graz sind Analysen und Veränderungsvorschläge anzufügen.

Ich ersuche der Dringlichkeit und dem Antrag zuzustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerald! In dem Antrag hast du sehr ausführlich das dargelegt. Transparenz ist sehr gut und wichtig, wird auch von mir unterstützt und alle Daten, die zu plausiblen Ergebnissen führen, mit denen wir seitens der Politik etwas machen können, und darauf aufsetzen können sollen recht sein. Die Frage, die sich damit im Zusammenhang stellt, ist aber, ob diese Daten alleine aussagekräftig genug sind. Ich denke, dass jemand, der 17

Jahre in der Personaldirektion war, berücksichtigt als Beschäftigungsausmaß der Personen, es gibt Halbtagsbeschäftigte, Zwei-Drittel-, Ganztagsbeschäftigte. Wie geht man um mit Bereitschaftsdienst, wie geht man um mit Nachtdiensten, wie geht man um mit Wochenenddienst, die ja auch seitens der Entlohnung auch anders bewertet werden als Dienstzeiten innerhalb der 40-Stunden-Woche. Das ist das eine, das müsste man irgendwie auf gleich bringen können. Das Zweite ist, ich glaube, es greift zu kurz, wenn wir das Thema wirklich individuell auf die einzelne Person wirklich runtergreifen. Jeder weiß, dass sehr viele von uns, von den Grazerinnen und von Grazern und von den Magistratsbediensteten, nicht alleine leben, nicht als Singles leben, sondern in Familien, in partnerschaftlichen Beziehungen, wo man sich sehr vieles ausmacht, auch über viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte oder die ganze Lebenszeit, wo ganz klar zwischen den Partnern geregelt ist, wer geht hauptberuflich arbeiten, wer macht möglicherweise, weil es nicht erforderlich ist, eine Teilzeitbeschäftigung und kümmert sich mehr um soziale und familiäre Angelegenheiten. In diesem Zusammenhang, ich habe es auch bereits verteilt, habe ich einen Zusatzantrag eingebracht, um diese weißen Flecken wirklich auszufüllen. Der Bürgermeister wird unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten ersucht:

1. Die Stadt Graz möge bei der Erstellung von Einkommensberichten im Magistrat Graz sowie in der Holding Graz dafür Sorge tragen, dass jedenfalls mitzuerheben ist, welche Stundenentgelte bei den jeweiligen Arbeitseinkommen auf Basis von realiter erbrachten Nettoarbeitsstunden pro Woche erwachsen.
2. Die Stadt Graz möge bei der Erstellung von Einkommensberichten im Magistrat Graz sowie in der Holding Graz dafür Sorge tragen, dass jedenfalls mitzuerheben ist, in welchem Umfang im Rahmen von Familien beziehungsweise Lebensgemeinschaften ein interner partnerschaftlicher beziehungsweise familiärer Ausgleich hinsichtlich des Einkommens zur Bedeckung der Lebenskosten erfolgt, um in realiter nachvollziehbar zu machen, welche Mehrung oder Minderung des Arbeitseinkommens dadurch für Männer und Frauen vor sich geht.

3. Um aus Obigem die wahre persönliche Verfügbarkeit von Geld zu erfassen und darauf aufbauend vor allem Familien optimaler zu fördern – sowie faire und gerechte und der erbrachten Leistung entsprechende Bezahlung zielgerichtet fördern zu können. Also die Intention, was wir mit den Daten in Zukunft machen. Ich denke, wir haben uns heute für die Kinder ausgesprochen, wir sollten uns hier auch für die familiengerechte Erstellung der Daten aussprechen. Danke.

GRin. Mag.^a **Grabe**: Vorher nur eine Frage zur Geschäftsordnung. Ist jetzt die Debatte über den Inhalt oder über die Dringlichkeit? Weil Dringlichkeit ist ja eigentlich gegeben.

Bgm.-Stin. **Rücker**: Nachdem der Dringlichkeit offensichtlich mehrheitlich zugestimmt werden wir, ich habe es zwar nicht da drauf stehen, können wir jetzt zum Antrag diskutieren. Aber normalerweise gehört...dann ist das jetzt die Diskussion zur Dringlichkeit und dann werden wir im Anschluss die Dringlichkeit abstimmen, wie es formal richtig ist.

GRin. Mag.^a **Grabe**: Zur Dringlichkeit ist vom grünen Klubs selbstverständlich, dass wir das unterstützen, weil es ein dringliches Anliegen ist, dass endlich geschlechtergerechte Einkommenstransparenz geschaffen wird und damit die Hoffnung besteht, dass die Einkommen irgendwann auch inklusive aller Zulagen, wie es eh bei dir im Antrag drinnen ist, erfasst werden und man auch bestehende Ungerechtigkeiten, also an denen nicht mehr vorbeikommt und diese verändern muss. Inhaltlich ist es natürlich jetzt in der Frage der Dringlichkeit so, es gibt ohnehin Vorbereitungen dazu, dass heißt, auch wenn der Antrag nicht heute kommen würde,

würden wir daran arbeiten, wie wir teilweise auch vorher schon besprochen haben. Nichtsdestotrotz ist es und bleibt es eine dringliche Sache und es ist wichtig, dass das von allen Seiten unterstützt wird. Deswegen stimmen wir der Dringlichkeit zu, ich möchte in dem Punkt aber betonen, der Dringlichkeit nämlich, dass wir mit diesen Einkommenserhebungen dem Gesetz der Gleichbehandlung entsprechen und das ist eine völlig andere Intention, als der für mich sehr absurde Zusatzantrag vom Gemeinderat Mariacher beinhaltet, denn es geht hier in dieser Sache um individuelle Einkommensgerechtigkeit, dass eine Person für dieselbe Tätigkeit, wie es das Gesetz vorschreibt, nicht anders entlohnt wird als eine andere Person, und es geht nicht darum, familiäre oder lebenspartnerschaftliche quasi finanzielle Sippenhaftung zu machen, das ist eine ganz andere Sache, da können Sie eigene Anträge einbringen. Hier geht es um individuelle Gerechtigkeit bei der Entlohnung, wie sie auch im Gleichbehandlungsgesetz vorgeschrieben ist, und dieser Dringlichkeit stimmen wir natürlich zu (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wir stimmen dem Antrag selbstverständlich zu, ich halte das für eine Selbstverständlichkeit, dass es analog auch der Berechnungen des Bundesrechnungshofes, des Einkommensberichtes für Österreich aller öffentlicher Institutionen, auch einen Einkommensbericht der Stadt Graz gibt, zumal die Stadt Graz als Dienstgeber ja kein unwichtiger Dienstgeber in der Steiermark ist und dass wir hier einen Einkommensbericht erstellen, um objektiv auch darzustellen, was verdient Frau, was verdient Mann, welche Einkommenssituationen liegen vor, welche Vorbildung, und das einmal empirisch zu erheben, das ist ja nichts Schlechtes, sondern etwas Gutes auch im Hinblick auf die Personalpolitik der Stadt Graz. Deswegen gratuliere ich dem Antragsteller zu diesem Antrag. Mit was ich wirklich nichts anfangen kann, ist der Zusatzantrag des Herrn Gemeinderates Mariacher. Die Stadt Graz möge bei der Erstellung des Einkommensberichtes miterheben, in welchem Umfang Familien,

Lebensgemeinschaften ein familiäres Einkommen haben. Sehr geehrter Herr Kollege Mariacher, das entspricht nicht nur gegen den Leistungsgedanken, die Stadt Graz ist als Jobgeber, der Job ist ja keine Sozialleistung, sondern die erbringen eine Arbeit und dafür bekommen sie eine Entlohnung und hier in Ihrem Antrag die Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer der Holding aber auch des Magistrates auf eine Sozialleistungsstufe herabzusetzen, zu sagen, man wird in Zukunft so entlohnen, wie das familiäre Einkommen aussieht, heißt, dass Sie eigentlich ein Einheitseinkommen der Stadt Graz für Mann und Frau von 1.400 Euro haben, weil das passt mit dem Lebensunterhalt genau zusammen und keinen Cent mehr darf es sein. Das ist eine Idiotie und wir haben Ihnen schon das letzte Mal, glaube ich, bei Wifi, einen Kurs geschenkt, wie man Anträge formuliert Sie haben ihn offenbar nicht in Anspruch genommen und das ist sehr schade, Herr Kollege Mariacher. Ich will keine Neiddebatte führen, wenn Frau Schmauswaberl, die viel zitierte, bei der Holding Graz und der Herr Schmauswaberl beim Magistrat Graz arbeitet und beide leistungsorientiert, dem Leistungsgedanken folgend einen ordentlichen Job hinlegen, dann haben sie auch ein Einkommen zu erhalten und sind nicht verpflichtet, sich gegenüber Ihnen, Herr Mariacher, einem Einkommensstriptease zu unterwerfen, wir sind ja nicht im Kommunismus. Das hätten Sie in Moskau fordern können, aber nicht im 21. Jahrhundert, in einer einigermaßen sozialen Marktwirtschaft mit all ihren Schwächen, die sie durchaus hat. Ja zu einer Offenlegung der Einkommenssituation, Ja zu einer Verminderung der Schere zwischen Einkommen von Frauen und Männern, da liegt vieles im Argen, nicht nur in Graz, in Österreich, in unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert in Europa, das wissen wir, aber Nein zu einer Unterhosenvorstellung, wo jeder quasi sein Gewand herunterlässt, damit der Herr Mariacher in die Familie hineinschauen kann, da machen wir sichern nicht mit.

GRin. **Potzinger:** Von unserer Seite ein klares Wort kurz und bündig, die ÖVP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit und dem Antrag zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich glaube nicht, dass der Gesetzgeber hier, wie Sie es im Antrag formuliert haben, vergessen hat auf den öffentlichen Dienst. Ich möchte voranstellen, dass es natürlich in der Privatwirtschaft mitunter vorkommt, dass bei gleicher Leistung auch nicht gleich bezahlt wird und auch nicht gleiche Löhne für Mann und Frau gelten, das ist Tatsache. Im öffentlichen Dienst kann man das, Gott sei Dank, nicht bemerken, das ist einfach etwas, wo man in den Gehaltstabellen auch nachschauen kann. Ich glaube, seit Jahren wird im öffentlichen Dienst für Mann und Frau gleich bezahlt. Ich glaube, das ist eine Debatte, die wir hier führen, die nicht wirklich Sinn macht. Es ist wieder eine bürokratische Arbeit, in Wirklichkeit für nichts und deswegen können wir hier ganz einfach diesem dringlichen Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt nicht die Zustimmung geben, ganz einfach (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Hoher Gemeinderat! Ich denke, ein Problem kann man dann beseitigen und lösen, wenn es sichtbar geworden ist und wenn es allen bewusst ist. Und das ist ein richtiger Schritt in die Richtung Gleichstellung von Männern und Frauen. Ich habe letzte Woche die Transparenzdatenbank präsentiert, die ins gleiche Horn stößt, es ist ein freiwilliges Instrument auf der Homepage der Stadt Graz, wo Frauen und Männer anonym eintragen können, in welcher Branche sie arbeiten, wie lange sie dort arbeiten, wie ungefähr ihr Job aussieht und wie viel sie netto dafür bezahlt bekommen. Und das Interesse an diesem Thema ist enorm, wir haben jetzt eine Woche nach der Einführung bereits über 400 Einträge von Grazerinnen und

Grazern. Und jetzt möchte ich eines ganz deutlich in Richtung freiheitliche Partei sagen. Wenn Sie sagen, es gibt keine Unterschiede im öffentlichen Bereich, dann stimmt das schlichtweg nicht, wir haben Gehaltsschemen, das stimmt, aber wir haben auch Zulagen, und was ich mir auch von diesem Antrag erhoffe und von diesem Einkommensbericht erhoffe ist, dass es ein Anstoß ist zu einer Diskussion, welche Arbeit ist wie viel wert. Wer hat welche Zulage verdient? Soll eine Kindergartenpädagogin, die eine Kinderbetreuungseinrichtung leitet, weniger Zulagen bekommen als jemand, der zum Beispiel im Bauamt in leitender Tätigkeit tätig ist, und diese Diskussion erwünsche ich mir, dass wir drüber reden, welche Arbeit ist gesellschaftlich wie viel wert.

Zwischenruf GR. Grosz: Das Beispiel hinkt. Das sind zwei unterschiedliche Funktionen, die kann man nicht vergleichen.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck:** Bitte? Warum hinkt das Beispiel? Das Beispiel hinkt gar nicht, das ist genau...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck:** ...ja und die hat aber, glaube ich, ziemlich viel Verantwortung...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Die Diskussion ist eröffnet, es kann sich jeder zu Wort melden, bitte die Frau Stadträtin jetzt aussprechen zu lassen, und dann meldet sich der Herr Grosz zu Wort.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Ich freue mich, dass alle Fraktionen, bis auf die Freiheitlichen, hier mitmachen, es ist wirklich ein richtiger Schritt, es ist Weggehen davon, dass wir immer drüber jammern, dass Frauen weniger verdienen als Männer, es ist eine konkrete Maßnahme und dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken für die Unterstützung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Hätten Sie geschwiegen und hätten Sie die Argumentation des Herrn Gemeinderat Haßler aus Ihrer eigenen Fraktion wirken lassen, Frau Stadträtin. Es zeigt einmal mehr, dass Sie sich offenbar in dem Bereich nicht auskennen. Sie vergleichen eine Kindergartenpädagogin, die in einem städtischen Kindergarten arbeitet, die jetzt nicht die Leiterin des Kindergartens ist, mit einer leitenden Funktion im Bauamt. Ich meine, Frau Kollegin,...

Zwischenruf StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. Schröck unverständlich.

GR. **Grosz**: Jetzt schreien Sie nicht herum hysterisch, wir sind ja da nicht beim Oktoberfest.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat Grosz, die Frau Stadträtin hat nicht hysterisch herumgeschrien, sie hat nur korrigiert, was Sie gesagt haben, sie von einer leitenden Kindergartenpädagogin gesprochen.

GR. **Grosz**: Und jetzt sage ich Ihnen eines, es gibt verschiedene Abteilungen in der Stadt und es gibt verschiedene Leistungsanforderungen. Es gibt ein einheitliches Gehaltsschema, Akademiker verdienen in dem Bereich, Leistungsfunktion in den Bereich unabhängig ob Mann oder Frau. Mir geht es darum, anhand dieses Berichts sehr objektiv die Einkommensschere von Frau und Mann aufzuzeigen und im Gegensatz zu den Freiheitlichen, die hier in der Vergangenheit verhaftet sind und schreien, das gibt es nicht, endlich einmal aufzudecken, inwieweit bei gleicher Funktion, zumindest bei gleicher Tätigkeit im gleichen Bereich, nicht in unterschiedlichen Bereichen eine Frau weniger verdient als ein Mann. Gleicher Bereich, zumindest ähnlicher Themenbereich, und nicht das Bauamt und die Leitungsfunktion mit einer Kindergartenpädagogin zu vergleichen oder eine Tätigkeit in der Magistratsdirektion im Rahmen mit der städtischen Müllentsorgung der Holding Graz zu vergleichen. Um das geht es mir nicht und das steht auch nicht im Antrag, Kollege Haßler hat es sehr gut formuliert. Adäquate ähnliche Positionen, ähnliche Stellen zu vergleichen, inwieweit Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bestehen. Und in weiterer Folge herzugehen und auch einmal zu überlegen, inwieweit wir nicht in den Leitungsfunktionen der Stadt Graz überhaupt einen Überhang von Männern haben und sehr wenige Frauen teilweise zum Zug kommen. Das ist sehr interessant und da war die freiheitliche Partei des Jahres 2000 selbst unter ihrer Frau Rosenkranz, die damals Frauensprecherin war, schon um

einiges weiter, als jetzt im Nirvana des ewigen Germanias wieder angelangt sind. Wo nur offenbar die Eva Braun die einzige Frau ist, die was gilt.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Bitte um Ordnungsruf.

GR. **Grosz:** Das ist überhaupt kein Ordnungsruf (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Jetzt sage ich Ihnen eines, die freiheitliche Partei des Jahres 2000 hat den Einkommensbericht auf Bundesebene beantragt und mitbeschlossen. Der Frauenminister Herbert Haupt mit der Frauensprecherin Rosenkranz haben selbstverständlich das auch immer kritisiert, dass es Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau gibt, es ist eine Tatsache und es ist gut, dass der Gemeinderat Haßler entgegen Ihrem Mainstream in die Vergangenheit, sehr geehrte Damen und Herren von der FPÖ, sich damit beschäftigt, dass Frauen und Männer auch im Job gleich viel wert sind, auch wenn Sie in Ihrer Fraktion ständig meinen, dass die Frauen an den rechten oder linken oder den untersten Rand gedrängt werden und bei Ihnen Ihre Männerbünde aus der Studentenburschenschaften das meiste Sagen haben...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Unsinn.

GR. **Grosz:** ...das ist nicht der Gedanke, den wir in der Stadt Graz auch im Personal verfolgen.

GR. Mag. **Sippel**: Frau Vizebürgermeister, ich muss schon einmal bitten, was das für ein Vorsitzführung ist, wenn da offensichtlich Frau Rosenkranz mit einer Eva Braun gleichgesetzt wird in einem Satz, also das ist etwas, gegen das ich mich verwehre und wo ich auch eine Entschuldigung und eine Klarstellung will. Aber zumindest einen Ordnungsruf von Ihnen (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte vorausschicken, dass ich selbstverständlich auch für den Antrag bin und dass ich das auch für richtig halte, wenn wir das machen. Aber ich glaube, wir sollten schon auch ein bisschen die richtigen Verhältnisse im Auge behalten. Den Fall, den du, lieber Gemeinderat Grosz, gebracht hast, dass es ähnliche Funktionen, dieselbe Einstufung ist und vom selben Tätigkeitsprofil, die verdienen gleich viel, das wird sicherlich nicht rauskommen zwischen Mann und Frau. Wir haben ja für jede Zulage, die ausgegeben wird, bedarf es eines entsprechenden Stadtsenatsbeschlusses und in dem auch die Details von den Zulagen festgehalten sind. Was rauskommen wird, ist klar, das wissen wir, dass eben die Verteilung in der Hierarchie zwischen Mann und Frau unterschiedlich ist, wir haben ja Führungsfunktionen von Männern als auch von Frauen und wir haben, nachdem der handwerklich Dienst ja weg ist inzwischen, der ist bei der Holding drüben...

Zwischenruf GR. Grosz: *Das habe ich gesagt.*

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das hast der nicht gesagt, macht nichts, und wenn du es gesagt hast, dann sind wir uns eh einig. Nachdem eben diese handwerklichen

Funktionen bei uns ganz, ganz stark reduziert sind, weil bei der Holding, wird eben auch in den Bereichen der unteren Qualifikation, des geringeren Einkommens werden mehr Frauen sein, das wird sicherlich rauskommen. Aber der große Vorteil, und das sollten wir durchaus einmal positiv sehen, des öffentlichen Sektors im Vergleich zur Privatwirtschaft ist eben, dass auf dieser gleichen Ebene vom Grundgehalt angefangen bis zu den Zulagen eine Gleichheit zwischen Mann und Frau besteht. Sind wir froh, dass es das ist und, wie gesagt, das wird auch dieser Einkommensbericht zeigen (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Danke, und auch danke für die Rückkehr zur Sachlichkeit, nach den Auswüchsen vorher. Zum Inhalt, also wie ich vorhin schon gesagt habe, erstens ist es wirklich sehr gut, dass es eine so gute Unterstützung gibt für die Tätigkeiten, die wir mit der gesamten Haus-Graz-Reform ja auch schon vorbereitet haben. Wie du vielleicht weißt, oder wie auch einige im SPÖ-Klub wissen sollten, ist, dass wir, Stadtrat Rüschi und ich, jetzt als Vertreter/Vertreterin dieses Hauses Graz Reformprojekt auch schon lange regelmäßige Treffen haben mit Vertreterinnen des Frauenrates und mit, Doris Kirschner, du warst ja häufig, dabei und dieses Thema war auch dort immer schon in Diskussion, dass es eine dringende Notwendigkeit gibt, sich dessen anzunehmen, dass man erstens generell daran arbeitet, dass die Bezüge einmal offengelegt werden, damit wir überhaupt wissen, wovon wir reden, es gab jetzt vorhin hier schon wilde Spekulationen, wer da nicht alles mehr verdient oder nicht verdient. Wir müssen es einfach auf dem Tisch haben und wissen. Denn natürlich die Stadt Graz als Arbeitgeberin hält sich an bestehende Gesetze wie das Gleichbehandlungsgesetz, trotzdem wissen alle, die ein bisschen Innensicht haben, dass die tatsächlichen Bezüge immer noch sehr unterschiedlich sind und das hat einerseits zu tun mit dem von Gerhard Rüschi angesprochenen unterschiedlichen Hierarchien, also sprich, Frauen in Führungspositionen, die immer noch in der starken Minderheit sind, das ist selbstverständlich, woran wir arbeiten müssen und was wir auch tun, das ist auch Bestandteil eines dieser Haus-Graz-Projekte, wo die Priska Pschaid jetzt als Gender-Mainstreaming-Zuständige daran arbeitet und wo ich extra

hineinreklamiert habe, dass einerseits sie und andererseits die Christina Miedl, die Genderbeauftragte der Holding, dabei ist, um genau daran zu arbeiten, wie können wir Chancen, Karrierechancen für Frauen im Haus Graz erhöhen, damit dieses eine Argument, also unterschiedliche Hierarchien und damit unterschiedliche Verantwortungen würden die Unterschiede rechtfertigen, wegfällt. Das zweite Argument ist aber trotzdem noch da und deswegen ist es wichtig, dass auch die Zulagen miterfasst sind und deswegen ist es auch nicht korrekt, was Gemeinderat Grosz gesagt hat. Die Verteilung der Zulagen ist durchaus zu hinterfragen, es ist einfach jetzt mit dieser Offenlegung auch einmal die Übersicht da, wer bekommt jetzt wirklich Zulagen, wer hat bei welcher Chefperson wie erfolgreich argumentiert oder stillschweigend das zugeteilt bekommen, weil man davon ausgeht, dass die Funktion x, wir haben ja alle unser Genderbrille, mit der wir sozialisiert worden sind, dass die Person x halt deutlich verantwortungsvollere Tätigkeiten macht als die Person y und sehr witzigerweise sind die x sehr häufig Männer und die y sehr häufig Frauen, dass man sich das eben auch genau anschaut und dazu brauchen wir genau diese Daten. Unterm Strich jetzt gesagt sehr wichtig, dass es diesen Antrag gibt, den wir eben natürlich unterstützen und ich bin auch froh, wenn sich jetzt damit Frauenreferat und Gender-Mainstreaming-Beauftragte einbringen, noch verstärkt einbringen in die Haus- Graz-personalpolitischen Überlegungen, die ja auch abzielen, dass man eine quasi konsolidierte Betrachtung des Personalstandes hat, nicht nur hinsichtlich der Ausgaben, sondern genauso hinsichtlich von Kriterien der Geschlechterverteilung, Karrieremöglichkeiten, also Personen mit Migrationshintergrund usw. Daher danke für eure Antrag und ich bin froh, dass es in unserer bestehenden Tätigkeiten sehr gut integrierbar ist. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es freut mich, dass sich so eine breite Unterstützung für diesen Antrag abzeichnet. Es ist ja toll, wenn so ein wichtiges Thema mit Emotion und Leidenschaft geführt wird und diskutiert wird. Schade ist es

nur, wenn diese Emotionen und Leidenschaft dann doch sehr viel mit Energien und Polemik verbunden sind. Ich glaube, das Thema ist zu wichtig, dass man sich da zu sehr in Richtung Polemik auslässt. In Richtung FPÖ kann ich nur sagen, bei euch ist vielleicht momentan die Diskussion noch etwas an der Oberfläche, nachdem ihr nur eine einzige Frau im Klub habt, fehlt wahrscheinlich der Widerpart bei euch in der Diskussion und ich hoffe doch, dass in Zukunft da auch mehr Weiblichkeit in euren Klub einziehen wird, dann wird sich vielleicht auch die Diskussion in eine andere Richtung ein bisschen mehr verändern. Über die Inhalte des Berichtes habe ich bewusst in diesem Antrag nichts geschrieben, weil ich glaube, dafür sind die Expertinnen und Experten des Hauses da, die sich da Gedanken machen sollen, wie man das am besten darstellt, um auch eine möglichst große Aussagekraft zu bekommen. Mir ist es nur wichtig, dass man jetzt nach 100 Jahren Kampf der Frauen, 100 Jahre Internationaler Frauentag, wo doch einiges weitergegangen ist, wo sehr viele Frauen für ihre Rechte gekämpft haben, wo immer mehr Männer auch bereit sind, an der Seite der Frauen für diese Rechte zu kämpfen, dass man da wieder einen Schritt weiter vorwärts macht und ich hoffe, dass dieser Antrag einen kleinen Baustein dazu liefern kann, dass diese Gleichstellung von Mann und Frau rascher voranschreitet. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit abgelehnt.

4) Schaffung einer Stadtpolizei/einer Gemeindesicherheitswache

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Thema Sicherheit ist ja fast jedes Mal hier in diesem Rathaus Thema. Nicht unbegründet, muss man natürlich dazusagen, weil das Gefühl, und ich glaube, das spüren ja die meisten, die sich in Graz bewegen und mit den Menschen sprechen, dass das Gefühl der Grazerinnen und Graz, in unserer Stadt wirklich sicher und geborgen leben zu können, in letzter Zeit sukzessive abgenommen hat. Und das sicherlich nicht ohne Grund, und wenn man heute auch in einer Zeitung gelesen hat, was einem Gemeinderat da wenige Meter entfernt von hier diesem Rednerpult passiert ist und wie heroisch er reagiert hat, dann weiß man, wovon man spricht. Aber zur Sache und zur Ernsthaftigkeit. Zum einen, und leider vernehmen wir das aus den Medien tagtäglich das Zunehmen hier, auch tagsüber bereits, gewalttätiger Übergriffe und Überfälle in Parks, auf Plätzen und in Straßen, vor den Wohnhäusern. Zum anderen, und das ist Besorgnis erregend, trägt auch die Kriminalitätsstatistik nicht wirklich dazu bei, dass man sich in Graz hier besonders sicher fühlen kann, und vor allem nicht so sicher, wie es wünschenswert und erstrebenswert wäre: Denn bei aller engagierter Arbeit unserer Polizei – und dass diese mit größtmöglichem Einsatz agiert, ist unbestritten – und hier gilt wirklich Dank und Anerkennung den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die tagtäglich 24 Stunden lang für unsere Sicherheit da sind, aber einfach zu wenige sind, und wenn man sich eben diese Kriminalstatistik anschaut für Graz und die in Vergleich stellt zu den ersten drei Monaten des Vorjahres, dann wird es natürlich dem einen oder anderen Grazer, der einen oder anderen Grazerin natürlich Angst und Bange, weil immerhin sind die angezeigten strafbaren Taten um knapp zehn Prozent gestiegen. Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben um 13 Prozent, bei jener gegen die Sittlichkeit gar um 44 Prozent, und ich darf eine Zahl nennen: In den ersten drei Monaten gab es in Graz rund 5.400 angezeigte Straffälle, das sind nur angezeigte Straffälle, ich will da von einer Dunkelziffer etc. gar nicht reden. Dass erfreulicherweise die Aufklärungsrate gestiegen ist und mehr Fälle aufgeklärt werden können, ist zwar ein erfreulicher Tatbestand, aber ist natürlich für die Betroffenen, für die Opfer ein relativ schwacher Trost.

Dazu kommt als dritter Punkt, dass die Polizei, und wir diskutieren ja hier und diskutierten ja schon sehr oft, bereits jetzt personell mehr als ausgedünnt ist; immer wieder es Zusagen, in Aussichtstellungen, Versprechungen gegeben hat, Sokos einzurichten, Aufstockung des Personalstandes. Meistens sind diese Ankündigungen, diese Versprechungen vor Wahlen passiert, in Wirklichkeit schaut die Situation so aus, dass wir weniger Polizei haben als wir gehabt haben und wer jetzt, überhaupt in den letzten Tagen, aufmerksam die Medienberichte verfolgt hat und die Aussagen von Gewerkschaftsvertretern der Polizei, nicht nur in Graz, sondern österreichweit, dann besteht eine weitere große Befürchtung, dass es hinsichtlich des Personalstandes bei der Polizei weiter bergab geht, weil in den nächsten Jahren mit einer großen Pensionierungswelle zu rechnen sein wird und dadurch noch einmal eine deutliche Reduzierung des Personalstandes befürchtet wird.

Und nicht zu vergessen natürlich, Initiativen in der Vergangenheit zwar die Erwartungshaltung bei der Bevölkerung hinsichtlich der Steigerung der Sicherheit erweckt haben, wurden auch bitter enttäuscht. Ich nenne hier nur das Wort Ordnungswache, wo es auch sehr viel Hoffnungen, Erwartungen gegeben hat und letztendlich leider aufgrund der mangelnden Kompetenz, der geringen personellen Ausstattung, aber, und das muss ich auch zur Ehrrettung der Ordnungswachebediensteten sagen, die mit unheimlichem Engagement, mit Einsatz, mit Freude dabei waren, aber das war auch nicht wirklich das Gelbe vom Ei.

Fazit ist, die Grazerinnen und Grazer haben ein Recht auf mehr Sicherheit – und die Grazer Stadtpolitik ist diesbezüglich auch gefordert, dem zu entsprechen und Maßnahmen zu setzen, dass sich hier die Situation verbessert. Natürlich, und ich glaube, da sind wir uns alle hier in diesem Haus einig, gilt es natürlich, hier für eine Aufstockung, für eine entsprechende personelle Ausstattung der Grazer Polizei zu sorgen und hier auch weiterhin zu kämpfen darum, dass mehr Polizisten hier in Graz Dienst versehen. Aber zusätzlich schlagen wir im Rahmen unseres dringlichen Antrages auch vor, sollten wir uns auch überlegen, ob es nicht unter Umständen dem Vorbild von in Österreich 46 bereits vorhandenen Städten Folge leisten sollten und

parallel zur Bundespolizei einen zweiten Wachkörper, eine sogenannte Stadtpolizei, zu installieren, die mit entsprechenden polizeilichen Kompetenzen, und das ist der springende Punkt, auch ausgestattet ist.

Was etwa in Bruck oder Kapfenberg funktioniert, sollte aus unserer Sicht und könnte aus unserer Sicht natürlich in Graz möglich sein: Dass zwei Wachkörper, zum Teil ergänzend, zum Teil weil es überlappende Aufgaben gibt, in Abstimmung im Dienste der BürgerInnen und zu deren Sicherheit im Einsatz sind. Das bedeutet nicht, dass wir beabsichtigen, der Bundespolizei Kompetenzen wegzunehmen. Ganz im Gegenteil: Das heißt, die Bundespolizei zu unterstützen, indem sie dadurch freie Ressourcen für die Bekämpfung schwerer Delikte einfach zur Verfügung hat und dass sie bei Streifenfälligkeit, aber auch im Kampf gegen Kleinkriminalität durch eine eigene Stadtpolizei professionelle Unterstützung erhält. Und vor allem heißt das: eine deutlich verstärkte Präsenz von Polizeikräften – und das ist wohl die beste Prävention, das kann wieder zur Hebung des Sicherheitsgefühls der Grazerinnen und Grazer beitragen. Ich bitte um Verständnis, dass ich bei dem Thema vielleicht doch 20 Sekunden noch überziehen darf.

Zwischenruf GR. Grosz: Das ist eine Minute 54.

GR. **Eichberger:** Noch weitere 20 Sekunden, höre zu, wenn du mich noch länger aufhaltest, dauert es länger. Allerdings: Städte, in der eine Bundespolizeidirektion besteht, dürfen solche eigenen Gemeindegewachkörper, oder wie die Stadtpolizei heißt, nicht haben. Weswegen eben auf Notkonstruktionen wie die Ordnungswache zurückgegriffen werden muss. Doch, und jetzt komme ich schon zum Schluss, was in Bruck, Kapfenberg und in Vorarlbergs Landeshauptstadt Bregenz möglich ist und sich bewährt hat, sollte auch für Graz möglich sein.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat ersucht die zuständigen Stellen des Bundes, auch Städten mit einer Bundespolizeidirektion die Einrichtung von eigenen Gemeindefachkörpern beziehungsweise Gemeindefachwachen zu ermöglichen, um ihnen damit die Gelegenheit für die Einrichtung einer eigenen „Stadtpolizei“ zu eröffnen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Auch wenn man 2 Minuten und 40 Sekunden überzieht und ohnedies die Redezeit von drei Minuten gänzlich ausschöpft, wird auch das nicht richtiger, Herr Kollege Eichberger. Wir haben in Graz das Stadtpolizeikommando, das Landespolizeikommando, die Stadtpolizeidirektion, die Landespolizeidirektion, LVT-Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Wir haben in Graz im Übrigen die dem Bürgermeister unterstellte Ordnungswache als eigenen Körper, der auch für einen Teil der öffentlichen Sicherheit sorgt, zumindest jener, der die Ordnung betrifft. Und daher halte ich es schlichtweg für falsch, wenn wir jetzt hergehen und zu dem Ganzen du noch einen eigenen Polizeiwachkörper direkt dem Bürgermeister unterstellst, nach dem Motto, jeder, der sich als Papst fühlt, braucht auch eine Schweizer Garde, so kann es nicht funktionieren. Also bei aller Heiligkeit des amtierenden Bürgermeisters, aber soweit sind wir noch nicht, erstens. Zweitens, ich halte das Thema für sehr wichtig und wir haben es mehrmals thematisiert. Dass die Grazer Exekutive planstellenmäßig mit ihrem Personalstand seit dem Jahr 2000 gleichbleibend ist. Der Bürgermeister dieser Stadt hat es zusammengebracht, dreimal den Pakt für Sicherheit in Graz zu unterschreiben, Platter, Fekter, möglicherweise

schon mit Prokop, Gott hab sie selig, und in Vorbereitung hört man Mikl Leitner, das heißt, das Klopapier wird zum fünf Mal signiert. Das letzte Mal vor der Landtagswahl, ich erinnere Sie, Hermann Schützenhöfer, der gescheiterte Spitzenkandidat der Steirischen Volkspartei, Bürgermeister Nagl und die damalige Innenministerin Fekter, sie wird dafür Sorge tragen, dass selbstverständlich in Graz die Exekutivkräfte aufgestockt werden. Vor drei Wochen hat der Bürgermeister kleinlaut selbst zugeben müssen, dass das nicht der Fall ist. Und daher bringen wir einen Abänderungsantrag, ein und ich darf jetzt alle um Aufmerksamkeit bitten, die der Dringlichkeit des Kollegen Eichbergers Antrag nicht zustimmen wollen, ich bitte Sie, stimmen Sie der Dringlichkeit zu, damit wir unseren Abänderungsantrag einbringen können: Die Bundesregierung und hier insbesondere die Bundesministerin für Inneres werden vom Gemeinderat der Stadt Graz aufgefordert, eine Aufstockung der Planstellen der Grazer Exekutivkräfte um zumindest 400 zusätzliche Polizeikräfte zu erwirken beziehungsweise zu veranlassen. Des weiteren wird die Bundesministerin für Inneres eindringlich ersucht, die umgehende Dienstversetzung der nach Wien beorderten, aber in Graz familiär, sozial und gesellschaftlich beheimateten Grazer Exekutivkräfte - auf freiwilliger Basis - zu ermöglichen. Das halte ich für sehr intelligent, auch der Abänderungsantrag der Grünen, durchaus die Idee des Kollegen Eichberger zu evaluieren, aber dazu müssen wir die Dringliche Überspringen. Ihr Antrag, Kollege Eichberger, dient uns als Trägerrakete, ist gut, dass Sie heute einmal eine Initiative gesetzt haben, der Inhalt ist zwar gänzlich falsch und auch nicht zu unterstützen, aber er gibt uns die Möglichkeit, mit einem Abänderungsantrag einmal mehr in diesem Grazer Gemeinderat etwas Sinnvolles zu beschließen. Sie können dann unseren beschlossenen Abänderungsantrag hergeben und Ihrer Beamtenministerin Heinisch-Hosek übermitteln, denn Ihre sozialdemokratische Ministerin ist dafür zuständig, dass in Graz, neben den Innenministern, die Exekutivkräfte nicht aufgestockt worden sind, sie sollte sich vor allem bei diesem Thema selbst an der Nase nehmen, da nützt es nicht, dass Ihr ehemaliger Abgeordneter Ehmman ständig Petitionen im Nationalrat eingebracht hat, aber auf der anderen Seite Ihre eigenen Mitglieder in der Bundesregierung umgefallen sind.

GR. **Sikora:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Klaus Eichberger! Vorerst einmal primär sind wir der Meinung, steht die Aufgabe zur Erhaltung der Polizei dem Bund zu und darum, lieber Klaus Eichberger, wir haben auch den Zusatzantrag vom Gerald Grosz diskutiert, sind wir auf alle Fälle gegen diesen Dringlichkeitsantrag und gegen die Dringlichkeit und werden deinem Zusatzantrag auch nicht zustimmen, weil es doch eine kleine Zusage, ein kleines Eingeständnis bei den Zusagen zur Stadtpolizei wäre, und du hast vollkommen Recht in deinen Ausführungen, aber trotzdem stimmen wir von Grund auf einmal der Dringlichkeit nicht zu und logischerweise dann dem Antrag auch nicht. Aber, lieber Klaus, der akute Personalmangel bei der steirischen Polizei spiegelt sich ja, wie du richtig im dringlichen Antrag schreibst, in der nach oben stehenden negativen Kriminalstatistik wider. Zu wenige PolizistInnen, um freie oder frei werdende Planposten zu besetzen, um dieser Statistik Herr zu werden. Der KPÖ-Gemeinderatsklub vertrat immer die Forderung nach mehr PolizistInnen und das werden wir auch bei jeglichen Anträgen in Zukunft und das haben wir auch in der Vergangenheit bewiesen. Da möchte ich auch gleich die Fraktionskollegen der Polizeigewerkschaft, der steirischen, hervorheben, die auch die Dramatik zitierten, wie wenig Planposten wir eigentlich im Raum Steiermark und vor allem auch im Raum Graz haben, da hat man kalkuliert mit der Dienstversetzung der GrenzpolizistInnen, das ist ja, wie allen bekannt ist, in die Hose gegangen und wir warten heute noch auf die Aufstockung der Grazer Polizei und auch der steirischen Polizei logischerweise und da liegt die Verantwortung aber nicht bei der Stadt Graz, sondern eindeutig beim zuständigen Bund, der ja für die Aufgabe der Polizei zuständig ist. Das muss man immer wieder betonen und da, lieber Klaus Eichberger, bin ich beim Punkt, wo ich deinen Antrag überhaupt nicht verstehe, weil es eben auch die Fraktionskollegen der Polizeigewerkschaft auch so ausdrücken nach Forderung mehr PolizistInnen vom Bund, in einer Neugestaltung in Form einer Grazer

Stadtpolizei. Ganz kurz nur, die Redezeit ist gleich aus, ich habe mit der Klubkollegin Ina Bergmann auch gesprochen, die war ja beim Städtetag in St. Pölten, und da hat es im Finanzarbeitskreis auch die Diskussion gegeben und da ist es eindeutig herausgekommen, dass die primäre Aufgabe zur Besetzung der Polizei dem Bund zusteht und nicht den Kommunen. Sie müssen sich vorstellen, was das für ein finanzieller Aufwand wäre für die Kommunen, wenn man eine eigene Stadtpolizei finanzieren müsste, also aus dieser Verantwortung kann man den Bund wirklich nicht rausnehmen und darum, lieber Klaus Eichberger, keine Zustimmung für die Dringlichkeit und keine Zustimmung für den Antrag seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn es um das Thema Sicherheit geht, darf Herr Gemeinderat Mag. Korschelt nicht fehlen.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Antragsteller! Zu deinem Antrag lasst sich nur sagen, alt aber gut. Ich stelle mir so vor, dass der Klaus Eichberger und der Gerald Grosz, der gescheiterte Spitzenkandidat des BZÖ, durch das Archiv im Rathaus gehen und sich dort irgendwo in den Reihen bedienen an alten Anträgen. Klaus Eichberger nimmt einen alten Antrag heraus, Ordnungswache, dann geht es weiter...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: Vom Paulewicz sind die schon gestellt worden usw. Stadtpolizei, der Gerald Grosz geht hinaus, holt sich den nächsten Antrag, Aufstockung der Polizei, und dann noch der Gerald Grosz holt sich dann zum Schluss, weil es so schön war, holt er sich noch den Antrag heraus der...

Zwischenruf GR. Grosz: Das war der Endres.

GR. Mag. **Korschelt**: War nicht der Endres, lieber Freund, da warst du noch in Wien ganz klein, nicht groß, sondern ganz klein, da warst du noch Kofferträger des Frauenministers, da hat schon der Kollege Paulewicz hier Anträge gestellt, das hast du gar nicht gewusst, dass es einen Gemeinderat in Graz gibt, aber nur nebenbei gesagt, und dann noch als Drittes holt sich der Gerald Grosz noch einen Antrag heraus und sagt, die Überprüfplakette für Musiker in der Stadt dann und damit habt ihr dann euren Koffer und habt für heute sozusagen euer Pensum erledigt an alten Anträgen. Wir werden selbstverständlich deinem Antrag, lieber Klaus, werden wir natürlich zustimmen, sowohl der Dringlichkeit als auch vom Inhalt her. Nur gestatte mir, dass ich, nachdem das eh immer wieder teilweise zu Heiterkeitserfolgen führt, wenn ich mich um Sicherheit kümmere, aber ich glaube, ich kenne mich da ein bisschen aus. Ich glaube, auch inhaltlich werden wir natürlich zustimmen, ich sage dir zwei Gründe, warum dein Antrag scheitern wird. Der erste ist, weil er natürlich ein Problem mit der Bundesverfassung ist, das weißt du ganz genau, die Schwierigkeit mit der Bundesverfassung haben wir ja schon sehr oft hier diskutiert, und der zweite, was vielleicht noch schwieriger ist, die Bundesverfassung lässt sich wahrscheinlich überwinden. Noch schwieriger wird es sein die finanzielle Bedeckung, weil es kracht an allen Ecken und Enden, und damit möchte ich auch schon schließen, zum Antrag

vom Kollegen Grosz kommend. 400 Polizisten für Graz zu fordern ist unrealistisch, weil wer soll das bezahlen? Das nächste Mal kommt der Nächste raus und sagt 800 und dann steigern wir uns hinauf, bis wir am Ende der Periode bei 4000 sind. Also, wie gesagt, wir werden deinem Antrag selbstverständlich in der Dringlichkeit und auch im Inhalt zustimmen, dem Antrag vom Kollegen Grosz werden wir, wie so vielen Anträgen, nachdem sie unrealistisch sind und etwas von der Rolle sind, werden wir nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schneider:** Hoher Gemeinderat, liebe Gäste, liebe MitarbeiterInnen, sehr geehrter Stadtsenat! Das Thema ist leider dringlich, nicht zuletzt wegen der Reformen, die die schwarz/blau Regierung durchgeführt hat vor einigen Jahren und das zu einer Ausdünnung der Polizei geführt haben. Umso unverständlicher, dass gerade diese Parteien dazu neigen, sich immer als Sicherheitsparteien in diesem Land hinzustellen. Der Antrag heute kommt von der SPÖ. Er ist auch dringlich, weil auch die jetzige rot/schwarze Regierung nichts geändert hat an dem Zustand. Versprochene zusätzliche PolizistInnen noch nicht in Graz eingetroffen sind, was dazu führt, dass die Polizistinnen und Polizisten, die Dienst versehen in Graz, überlastet sind und ihre Arbeitsqualität gesunken ist. Insofern, das Thema ist dringlich, stimmen wir der Dringlichkeit zu bei diesem Antrag und werden auch eine Abänderung einbringen. Weil, Herr Kollege Eichberger, so einfach ist es nicht, eine Bundesverfassungsänderung hier zu fordern, das ist ein großer Schritt, den kann man nicht aus der Hüfte geschossen machen. Weil genau eines müssen wir verhindern, Sheriff brauchen wir keinen in Graz. Grundsätzlich sind die Sicherheitsaufgaben Bundesaufgaben, das hat sehr viel auch mit der Finanzierung zu tun, eine Stadtpolizei verursacht hohe Kosten und da wundert es mich ein bisschen, warum Sie nicht mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Kapfenberg zum Beispiel gesprochen haben. So viel ich weiß, ist die SPÖ dort ja durchaus keine kleine Partei. Die Kosten der Stadtpolizei sind sehr hoch und diese Kosten belasten die Budgets der Gemeinden sehr und das ist auch in Graz ein Thema. Wir können nicht leichtfertig beschließen hier zig-Millionen, und es handelt sich um zig-Millionen, auszugeben. Diese Polizistinnen und

Polizisten müssen ja gut bezahlt werden, müssen gut ausgebildet und gut ausgerüstet werden. Insofern werden wir a) dem Abänderungsantrag des BZÖ zustimmen, wenn die zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten endlich, oft versprochen, bis jetzt nicht gehalten, nach Graz kommen, entschärfen wir die Sicherheitslage auf alle Fälle und dürfen einen eigenen Abänderungsantrag einbringen, wonach sowohl die rechtlichen Implikationen, die Vor- und Nachteile einer Stadtpolizei und besonders die Kosten hier in Graz ausgiebig diskutiert werden, bevor wir einen so weitgehenden Schritt wie eine entsprechende Petition an den Bund, von hier aus abschicken. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich darf jetzt auch namens der ÖVP-Fraktion zu diesem Thema Stellung nehmen. Vorweg einmal wundert es mich schon sehr, dass wir heute, nachdem wir die Diskussion auch in der Geschäftsleitung des Städtebundes im Städtetag immer wieder diskutiert haben, plötzlich der Meinung sind, wir sollten uns um das Gewaltenmonopol in Österreich auch reißen. Ich sage sehr deutlich dazu, die finanziellen Auswirkungen einer solchen Entscheidung sind nicht einmal vorstellbar. Ich rede jetzt gar nicht noch vom gesamten Ausbildungssystem, ich rede aber sehr wohl von organisiertem Verbrechen, das diesen Personen dann auch gegenübersteht. Und es geht im Moment um eine internationale Vernetzung und nicht um eine Zerkleinerung, um vielleicht noch mehr Einheiten zu schaffen. Wir haben uns immer klar dafür ausgesprochen, dass das Gewaltenmonopol beim Bund ist und dass der Bund auch die Kosten dafür trägt. Und ich sage jetzt auch sehr deutlich dazu, dass ich sehr unzufrieden bin, was die Personalsituation von Graz anbelangt und das hat mehrere Gründe, und zum Teil ist es nicht nur ein Problem des Bundesministers oder der Bundesministerin, sondern es ist auch ein hausgemachtes Problem der Steiermark. Deswegen habe ich auch erst vor kurzem den Herrn Landespolizeikommandanten Klöbl gebeten, mit mir da drüber zu sprechen, weil, wie Sie wissen, ist der Dienst in der Stadt Graz nicht nur ein besonders anstrengender und

durchaus anstrengender als am Land draußen, sondern er wird auch von der Bezahlung her, nachdem es unterschiedliche Dienstsyste me gibt, werden unsere Leute auch schlechter bezahlt. Das heißt, es wollen sehr viele Personen auch aus Graz weg und woanders hin. Die Frau Bundesministerin, und da bin ich eigentlich ziemlich sauer, hat ursprünglich gesagt, dass wir die Leute aus den Grenzregionen nach Graz bekommen werden, hat dann aber doch eine Entscheidung getroffen und gesagt, es ist unzumutbar, dass diese Herren und Damen soweit pendeln und sie sind jetzt in der Region geblieben. Wir haben neue Polizistinnen und Polizisten bekommen. Ich muss aber dazusagen, dass der Landespolizeikommandant auch den Wünschen nachgegeben hat und sehr viele aus Graz wieder wegversetzt worden sind. Dann haben wir noch ein Problem, und auf das habe ich immer wieder hingewiesen und ich hoffe, dass der Bund jetzt bald auch diesbezüglich reagiert, bei der jetzigen, und das wird am 12. Juli auch wieder am Hauptplatz der Fall sein, Ausmusterung kommen ungefähr 50 % Frauenanteil jetzt auch schon heraus pro Jahrgang. Die Damen gehen natürlich auch in Karenz, das kann man miteinkalkulieren, was man nicht miteinkalkuliert hat aus meiner Sicht, dass sehr viele dann in Teilzeit nur mehr da sind, was den Dienst in der Stadt noch zusätzlich erschwert. Davon nehmen Männer Gebrauch, aber im Speziellen auch die Frauen. Ich habe angeboten dem Bundesministerium, dass wir in der Finanzierung anstelle von Ordnungswache so etwas wie Überstundenentgelte auch hinzuzahlen wollen. Bis zum heutigen Tag ist es mir nicht gelungen, das Bundesministerium davon zu überzeugen und einen Weg zu finden, dass wir auch als Stadt Geld in die Hand nehmen können und zwar für gezielte Überstundenkontingente. Die Frau Bundesministerin neu hat mir zugesichert bei einem Besuch in Graz, sich dieses Themas anzunehmen und es gibt natürlich aus den hinteren Reihen immer wieder so diesen Zuruf, was hat denn ein solches Sicherheitspaket etc gebracht, es wäre einfach einmal gut, wenn du dir ein solches vielleicht auch anschauen würdest, weil da ist es nämlich um viel mehr gegangen als nur um die Aufstockung von Polizei. Da sind wir durchaus einer Meinung, sondern bei der Sicherheitspartnerschaft...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl:** Zu deinem sogenannten Papier, wir haben Dienststellenerneuerungen dort festgesetzt, es geht nicht nur immer um Mannschaft, es geht auch darum, wie unsere Damen und Herren der Polizei, welche Arbeitsbedingungen sie vorfinden, und wir haben es geschafft, Neubau der Inspektion Wiener Straße, Umbau Hauptbahnhof und Liebenau, Sanierung von Dienststellen Schmiedgasse, Paulustorgasse, Karlauer Straße, Systematisierung, 50 neue Planstellen für Ausgleichsmaßnahmen, Dienststelle Paulustorgasse halten, Intensivierung der acht Damen und Herren, die jetzt in der Fahrradpolizei da sind, Kooperationen mit der Stadt Graz, die einen wesentlichen Punkt der Partnerschaft darstellen, Mitwirkung und Ausbildung der Kooperation mit der Ordnungswache. Nur damit es einmal ein paar gehört haben, dass es beim Thema Sicherheit um ein Riesenpaket geht, dass auch alles umgesetzt worden ist und das einzige Thema, das jetzt ganz, ganz dringend und wichtig ist, wie viele Damen und Herren haben wir. Ich kann nur dringend davon abraten, erstens einmal glaube ich nicht aufgrund der Verfassungsdiskussion, die ich schon einmal miterlebt habe, dass auch nur annähernd so etwas verändert wird, sonst müssten wir die Polizeidirektion in Graz aufgeben, da wünsche ich sehr viel Spaß und wir müssten sehr viel Geld in die Hand nehmen. Deswegen werden wir, die Intention stimmt, wir brauchen mehr Mannschaft, wir brauchen mehr Damen und Herren in Uniform, die unterwegs sind, da sind wir einer Meinung, ich glaube, dass das der falsche Weg wäre, das glaubt meine Fraktion, und aus diesem Grund werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen(*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! So deprimierend zum Teil die Situation ist, was die Sicherheit betrifft, so deprimierend ist es jetzt auch nach dem Bericht, nach diesem Misserfolgsbericht des Herrn Bürgermeister. Das Einzige, was wir seit Wochen, seit Monaten, seit Jahren hören ist, was alles nicht geht, und ich habe mir das das letzte Mal in der Gemeinderatssitzung mitgeschrieben, was der Herr Bürgermeister zu diesem Thema zu sagen wusste. Eine Nichteinhaltung von Versprechen hinsichtlich der Polizeiaufstockung mit bisherigen Grenzschutz-Eingesetzten, massive Unterbesetzung von Polizeiinspektionen und dringlich zu führende Gespräche mit Landespolizeikommandant, Innenministerium, die Nichtannahme des Grazer Angebotes der Stadt. Den Grazerinnen und Grazern reicht es schön langsam, permanent nur immer wieder hingehalten zu werden mit Versprechungen, mit Erwartungen und wir werden schauen und wir müssen schauen. Den GrazerInnen, wie gesagt, die erwarten sich Ergebnisse, die erwarten sich mehr Polizei. Und das Interessante ist jetzt schon, dass der Herr Bürgermeister sagt, na das ist mehr oder weniger fast ein Schwachsinn, einen zweiten Wachkörper zu fordern, darf ich nur auf die Homepage der steirischen Volkspartei gehen, ist zwar eine kleinere Stadt, Knittelfeld, aber da lese ich, ÖVP Knittelfeld mit eurem Nationalratsabgeordneten Amon, der glaube ich, auch ein Steirer ist, fordert eine Stadt...

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

GR. **Eichberger:** Na ist ja egal, sie wollen, nein, es gibt keinen Unterschied, es geht darum, den Grazerinnen und Grazern ist egal, ob das ein Bundespolizist ist, ob das ein Stadtpolizist ist, die wollen mehr Sicherheit. Und wenn heute das Argument auch

kommt, das kann sich die Stadt nicht leisten, hat jemand die Stadt gefragt, ob wir uns 100 Millionen für Reininghaus leisten können, hat jemand vorher gefragt, ob wir uns 60 Millionen uns leisten können für die Murgondelbahn (*Applaus SPÖ*)? Es geht darum, Prioritäten zu setzen und es geht darum, den Leuten endlich etwas zu bieten und nicht nur zu versprechen, in Aussicht zu stellen, sondern es geht um Fakten, um Tatsachen und um Umsetzung und da darf ich dich wirklich, Herr Bürgermeister, wirklich bitten, endlich auch uns zu sagen, morgen, übermorgen, in drei Monaten haben wir das oder das, aber nicht immer zu sagen, ich bin bitter enttäuscht, der redet nicht mit mir, wir unterschreiben hunderte Geschichten, aber es kommt kein zusätzlicher Polizist (*Applaus SPÖ*) und deshalb wundert es mich schon, dass wir nicht auch in Form dieses Antrages ein deutliches Signal hätten setzen können, wir lassen uns diesen Umgang als zweitgrößte Stadt Österreichs nicht gefallen, und wenn der Bund nicht in der Lage ist, hier für Sicherheit zu sorgen, dann müssen wir das selber in die Hand nehmen und das ist unsere Wohlmeinung zu diesem Thema, dass wir uns nicht nur immer ausreden auf andere, sondern, wenn wir es in der Hand haben, und das wäre nur eine Möglichkeit gewesen, überhaupt einmal das zu schaffen, das heißt noch lange nicht, und deshalb verstehe ich auch die Grünen nicht, dass man vorher schon unheimlich viel Kapazitäten hineinwirft und Personalkosten errechnen lässt, wenn wir nicht einmal wissen, ob es klappt. Aber es wäre eine Möglichkeit gewesen, unter Umständen einmal zu schauen, können wir das selber in die Hand nehmen. Bitter enttäuscht aber leider heute nicht zum ersten Mal. Das erste Mal hat mich die Frau Vizebürgermeisterin enttäuscht, es ist heute, wie gesagt, ein rabenschwarzer Tag, wenn ich heute von einem schwarzen Tag gesprochen habe, dann ist es zwischenzeitlich ein rabenschwarz Tag, bin bitter enttäuscht, aber ok. (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Verbot des „Kleinen Glücksspiels“ in der Steiermark

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das neue Glücksspielgesetz bringt gravierende Verschlechterungen beim sogenannten „Kleinen Glücksspiel“, andererseits haben die Bundesländer nun die Möglichkeit, dieses Automatenglücksspiel zu untersagen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

Spielsüchtige kosten die Gesellschaft durch Therapiekosten, allfälligen Strafvollzug wegen Beschaffungskriminalität viel Geld, das verursacht höhere Kosten, als durch die Steuereinnahmen hereinkommen. Die Einnahmen, die das Land durch Abgaben auf Automaten nach dem neuem Gesetz lukrieren kann, sind wesentlich geringer als die Folgekosten der explodierenden Spielsucht. Erst vor wenigen Wochen hat eine Gallup-Studie darauf hingewiesen, dass in Österreich immer mehr Menschen dadurch ihre Existenz verlieren. Es sind also nicht nur die Menschen, die spielsüchtig sind, davon betroffen, sondern noch viel, viel mehr, die ihre Familie verlieren und ihren Freundeskreis vielleicht auch noch. Die Steiermark ist bei den Automaten trauriger Spitzenreiter, diese Entwicklung darf das Land nicht fördern.

Dem Land Steiermark steht es nach der jetzigen Gesetzeslage frei, auf die Vergabe von Lizenzen für die Betreiber von Glücksspielautomaten zu verzichten. Das gibt dem Land Steiermark die Möglichkeit, dem Beispiel von Salzburg, Tirol und Vorarlberg zu folgen und das „Kleine Glücksspiel“ ab 2015 zu verbieten.

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die Landesregierung auf, keine Bewilligungen nach § 5 Glücksspielgesetz zum Betrieb von Glücksspielautomaten zu erteilen und ein allfällig dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegendes Landesgesetz über Landesausspielungen mit Glücksspielautomaten legislativ bereits im Hinblick auf diese Zielsetzung zu gestalten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Andreas! Wir sind als ÖVP sehr, sehr froh, dass du einen dringlichen Antrag zu diesem wichtigen Thema einbringst. Wir haben auch so einen normalen Antrag vorbereitet gehabt, den werden wir auch einbringen, und ich möchte ganz kurz in die Breite gehen und dieses Thema in drei Bereiche gliedern und es ein bisschen erörtern und zwar, man kann das, finde ich, nicht einfach so schwarz/weiß sehen, sondern es betrifft eben, wie gesagt, drei Themen. Das ist einmal der Jugendschutz, das ist das Thema der gesetzlichen Handhabe auf Landes- und Bundesebene beziehungsweise die Umsetzung und auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen beziehungsweise der Schaden, der verursacht wird. Zum Jugendschutzgesetz möchte ich Ihnen kurz erzählen, die JVP Graz hat im letzten Jahr einen Test der Wettcafés durchgeführt, im letzten Jahr wurden fünf Cafés besucht, im letzten Jahr hatten wir einen 15-Jährigen und einen 16-Jährigen, also auf keinen Fall Leute, die alt ausgeschaut haben, sondern wirklich jung, ich war mit dabei, und im letzten Jahr war es so, dass diese zwei jungen Herren in drei von fünf Cafés ohne Probleme spielen konnten. Jetzt, ein Jahr später, wir haben das damals thematisiert, haben Kontrollen gefordert, Harry, weiß eh, nur reden und nichts tun, von dem kommen wir nicht weiter, deswegen haben wir nachhaltig, wie wir sind, auch dieses Jahr einen Test durchgeführt, wir waren in sechs Wettcafés und leider hat sich das Ergebnis verschlechtert, die zwei jungen Herren, dieses Mal zwei 16-Jährige, konnten in vier von sechs Wettcafés spielen. Das ist für uns eine traurige Tatsache, die man einfach nicht so wegtun kann. Ich erinnere all jene, die schon länger im Gemeinderat sind, wir haben 2007 einen dringlichen Antrag hier

beschlossen, dass alle Spielautomaten mit einem Magnetzugangssystem ausgestattet werden sollen, diese Forderung hat bereits Platz gefunden im Bundesgesetz, nur muss es halt umgesetzt werden. Die gesetzliche Situation ist auch traurig, weil früher konnte man mit einem Spiel nur 50 Cent setzen als Höchstbetrag, das wurde leider durch das Bundesgesetz auf zehn Euro ausgeweitet, was eine schlechte Entwicklung ist, also das gehört auf jeden Fall auf 50 Cent wieder rückgeführt, und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen, das möchte ich wirklich hier noch einmal sagen. Wie wir den Test durchgeführt haben, habe ich mich noch einmal wirklich erkundigt, habe geschaut, ob es da Fachliteratur gibt, bin da auf eine Studie gestoßen von Franz Pretenthaler, die ist nicht wirklich alt und möchte Ihnen kurz vorstellen. Bei der Zusammenfassung kommt schön heraus, dass die volkswirtschaftlichen Aufwände, die entstehen also durch Therapiekosten, durch Arbeitslosengeld, etc. zirka an die 43 Millionen Euro ausmachen; im Gegensatz die steuerlichen Einnahmen, die immer eben hier im Raum stehen, betragen zirka gleich viel. Von dem Standpunkt aus könnte man sagen, schaffen wir das „Kleine Glücksspiel“ in der Steiermark hier ab. Ich habe dann die Studie ganz genau noch einmal studiert, Franz Pretenthaler, ich habe mich auch mit ihm zusammengesetzt, sagt dann, so leicht geht das nicht, weil wir haben ja Bundesländer, und der Kollege Fabisch hat diese Bundesländer bereits zitiert (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wo das „Kleine Glücksspiel“ verboten ist. Und dort ist es leider so, dass Salzburg anführt mit der Zahl der Automaten, warum ist das so? Wenn man die Automaten verbietet, werden sie nicht in normalen Caféhäusern aufgestellt, sondern sie werden in Vereinen aufgestellt und somit ist das wieder undurchsichtiger. Also jetzt vorab, ich bin mir nicht sicher, ob das der beste Weg ist, aber man muss jetzt wirklich ein Maßnahmenpaket hier beschließen, wir haben einen Vorschlag, den werden wir auch in Form von einem Abänderungsantrag formulieren, den ich, wenn die Dringlichkeit dann durchgegangen ist, auch noch einmal vorstellen möchte. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Ja, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, lieber Herr Bürgermeister, werte KollegInnen auf der Regierungsbank! Ich habe mich mit diesem Thema wirklich sehr, sehr eingehend beschäftigt, ich glaube, ich habe das zwei bis drei Jahren für die SPÖ im Landtag cheferhandelt und kenne mich (leider), sage ich in Klammer, sehr, sehr gut mit diesem traurigen Thema aus. ExpertInnen sagen, dass Spielsucht die Sucht ist, die man am allerallerschwersten kurieren kann und ein gänzlich Wegbringen dieser Sucht, dass man sagt, jemand ist wirklich suchtfrei, das gibt es wirklich ganz, ganz selten, und ehemaliger Spieler sind eigentlich ihr Leben lang gefährdet, immer wieder rückfällig zu werden. Die jetzige Situation schaut so aus, dass wir eine Bundeslösung bekommen, ein Bundesgesetz bekommen, das aus meiner Sicht skandalös ist. Es geht nämlich in die Richtung, dass der Höchsteinsatz des „Kleinen Glücksspiels“, der ja bisher bei 50 Cent offiziell lag, ich sage offiziell dazu, weil es war eigentlich relativ egal, man hat jetzt schon zehn Euro in die Automaten hineinstecken können, die dann in 50 Sekunden weg waren. Dieser Höchsteinsatz ist jetzt auf zehn Euro angestiegen, laut Bundeslösung. Das Positive dran, das hat der Kurt Hohensinner auch angeführt, ist dieses Kartensystem, das heißt, im Bereich des Jugendschutzes bietet diese Bundeslösung auf jeden Fall Verbesserungen. Wir werden dem Antrag der KPÖ aber zustimmen, warum machen wir das? Dadurch, dass ich mich so lange damit beschäftigt habe, weiß ich, dass das beim derzeitigen Stand der Dinge einfach die beste Lösung ist, die wir derzeit machen können. Der Zusatzantrag der ÖVP, der kann nicht greifen, es wird zu keiner Änderung auf Bundesebene kommen, dass das wieder auf 50 Cent heruntergeht und vor allem, es geht ja nicht nur darum, wo man wirklich ansetzen muss, und das sagen sehr, sehr viele, das ist, dass man das Spiel an sich unattraktiver macht. Das heißt, es darf keine Banknoteneinzüge bei den Automaten geben. Man müsste wirklich bei jedem Spiel, das man beginnt, 50 Cent-Stücke einwerfen, das Spiel müsste dann eine gewisse Anzahl an Sekunden, zum Beispiel 20 Sekunden, dauern und dann wäre es notwendig, dass eine sogenannte Abkühlphase oder eine Pause stattfindet. Weil so steckt man einfach ein Geld hinein und spielt und spielt und spielt und das Geld ist

binnen Sekunden weg. Ich weiß nicht, ob Sie sich das schon einmal angeschaut haben, tun Sie das einmal, Sie werden sehen, in 53 Sekunden, ich habe es einmal mitgestoppt, sind zehn Euro einfach weg. Und eines möchte ich schon auch noch sagen, mit der Legalität zu argumentieren, halte ich schon für ein bisschen gefährlich, weil dann könnte man auch über die Legalität oder Illegalität von Drogen diskutieren, weil die machen auch süchtig (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ernest Kaltenegger betrieb viele, viele Jahre dieses Thema. Damals noch ganz alleine in der Wüste. Martina Schröck, wenn ich dir zuhöre, höre ich genau die Formulierungen, die Ernst Kaltenegger jahrelang auch gepredigt hat. Wenn ich die ÖVP anschau, dann kommen mir zwei Gedanken leider in den Sinn, die aus meiner Sicht eigentlich nicht zur Persönlichkeitsstruktur dieser Menschen passt, die ich in den letzten Jahren kennen- und schätzen gelernt habe. Die Politik zu diesem Thema scheint mir einfach scheinheilig und falsch, ich kann es nicht anders sagen, es wird immer um das Thema herumgeredet, es wird mit aller Gewalt versucht, dieses Glücksspiel, das gezielt Menschen in die Sucht führt, wo mit dem Leid von Menschen Profit gemacht wird, mit aller Gewalt aufrecht zu erhalten. Da geht es nicht nur darum, den Jugendschutz ein bisschen zu verbessern, natürlich kann man nichts dagegen...ist ja gut, in Wirklichkeit geht es darum, diese suchtmachende Methode, die tausende Menschen in Österreich ins Unglück stürzt, endlich vom Tisch zu wischen; darum geht es (*Applaus KPÖ*). Ich weiß natürlich, dass die ÖVP, wenn sie einen Landtagsabgeordneten hat, den wir alle kennen, der in der letzten Zeit sehr stark auch im Gerede ist, dass der offensiv und aggressiv für diese Spielsucht noch Werbung gemacht hat, dann muss ich sagen, dann wird es höchste Zeit, dass die ÖVP ein Umdenken beginnt. Ich würde mich freuen, wenn es mit dem heutigen Tag geschieht, ich habe den Zusatz- oder Abänderungsantrag, ich weiß gar nicht einmal, was es ist, ich habe ihn nicht bekommen, macht gar nichts, es geht trotzdem, noch einmal gesagt darum, das Glücksspiel, diese suchterzeugende Methode endlich einmal in Österreich vom Tisch zu wischen. Das können wir von hier aus nicht

angehen, aber wir werden dafür sorgen, hoffe ich zumindest, dass es in der Steiermark dieses Problem nicht mehr gibt. Dankeschön (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hohensinner** zum Antrag: Bevor ich den Abänderungsantrag hier vorstellen möchte, möchte ich ganz kurz replizieren auf die Frau Stadträtin Schröck beziehungsweise auf die SPÖ. Ich hoffe, liebe Martina, du hast die vier Punkte gut durchgelesen, weil ich habe ein bisschen recherchiert und du hast am 25. 10. 2007 fast wortident einen Antrag in den Landtag eingebracht, nur so viel zu dem. Zum Herrn Müller kann ich sagen, die Studie ist aus der Firma Joanneum Research, ich glaube oder ich hoffe, dass Sie alle Exemplare der Bücher lesen, bevor sie aus dem Haus rausgehen, also ich nehme es an, dort wird klargestellt, dass Salzburg halt nicht so das optimale Beispiel ist und dass die Punkte, die wir heute einfordern, wesentlich zielführende wären, und zu Klubobmann Herper, mit dem habe ich heute ein sehr erfrischendes Gespräch heute am Vormittag geführt, der hätte eigentlich dann auch schon diese Punkte auch mitunterstützt. Aber jetzt zum Abänderungsantrag und ich glaube wirklich daran, dass man da was verändern könnte damit und zwar: Wir beantragen eine gemeinsame Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses einzuberufen, in welcher der Autor der Studie „Kleines Glücksspiel - Großes Leid“ Klammer auf (die volkswirtschaftlichen Auswirkungen – Gegenüberstellung der gesundheitlichen Folgekosten zu den Steuereinnahmen) Klammer geschlossen, Herr Mag. Dr. Franz Prettenthaler (Joanneum Research), seine Erkenntnisse präsentiert. Da ist noch immer dazuzusagen, falls sich da herausstellt, dass er sagt, es wäre ein Verbot in der Steiermark wirklich zielführend, dann wären wir sicher bereit, dass man da noch einen Schritt nachsetzt. Punkt zwei: Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, das Glücksspielgesetz dahingehend zu ändern, die Beschränkung sowohl der Landesausspielungen als auch der Bundesausspielungen mit dem

Höchsteinsatz von 50 Cent pro Spiel (in Automatenalons und Einzelaufstellungen) zu reglementieren. Und, Frau Stadträtin Schröck, wenn SPÖ und ÖVP da zusammen was beschließen würden und wenn wir uns bemühen, dass man da was verändern könnte. Punkt drei: Wie bereits im Glücksspielsgesetz verankert, aber leider noch nicht umgesetzt, sollen die Automaten des „Kleinen Glücksspiels“ umgehend mit demselben Zugangssystem, Bankomatkartensystem - wie bei Zigarettenautomaten schon üblich – ausgestattet werden. Dazu soll der Bundesgesetzgeber die Übergangsfristen verkürzen, und der vierte Punkt: Die Landesregierung wird aufgefordert, die Auswirkungen eines Landesverbotes des „Kleinen Glücksspiels“ zu prüfen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 19.05 Uhr den Vorsitz.

GR. **Grosz:** Der Kollege von der KPÖ hat das richtigerweise auf den Punkt gebracht, die Scheinheiligkeit, aber nicht die Scheinheiligkeit in Bezug auf eine Fraktion, sondern die Scheinheiligkeit in Bezug auf unsere Gesellschaft und auf die Politik und auf die österreichische Budget- und Finanzpolitik des Bundes, der Länder, aber auch der Gemeinden. Ich darf Sie daran erinnern, dass ein Großteil des österreichischen Budgets aus der österreichischen Tabakindustrie, respektive aus der Steuer auf Tabakerzeugnisse, in das Bundesbudget der Finanzministerin fließt, dass wir selbstverständlich als Haupteigentümer der Casinos Austria Republik Österreich einen Großteil der Einnahmen für das Budget, mit dem wir dann Sozialleistungen auch zahlen, aus den Casinos Austria herausholen und selbstverständlich in Österreich Alkohol besteuern. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass die Republik Österreich auch hinter der Lotto-Toto-Gesellschaft steckt, hinter der montags, mittwochs und samstags und ich weiß nicht, wann noch alles, die Leute ihr Geld in die Trafiken

tragen und dort spielen und ihr eigenes Privatvermögen auf die hohe Kante setzen, in der Hoffnung sich ihren persönlichen Lebensstandard zu verbessern oder sich vor Katastrophen, finanziellen und sozialen, zu retten. Das ist das Problem mit den Sucht- und Genussmitteln. Im Übrigen auch kein Geheimnis, seit Pompeji, was hat man gefunden, nachdem man die Asche vom Ausgrabungsort im Pompeji entfernt hat. Das waren Marmorbänke, auf denen Prostitution stattgefunden hat und Spieltische, das kann man sich anschauen bei einem ausgedehnten Italienurlaub, kann man sich die Ausgrabungen in Pompeji ansehen, da wird man das wunderbar betrachten können, wie alt diese Süchte der Gesellschaft auch im Übrigen sind.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wo du dich herumtreibst.

GR. **Grosz:** Ja, ich war ja quasi in einem Bordell, in einem antiken Bordell in dem Fall. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, das, was wir machen müssen ist, dass wir die Kriminalität daraus wegbringen. Daher unterstützen wir den Antrag der KPÖ und unterstützen selbstverständlich auch den Antrag der ÖVP, denn eines wird in der Hoffnung schon durchgehen, dass wir endlich diese Abzocke, diese kleinkriminelle Abzocke reglementieren, wo Automaten zu 98 % ganz genau darauf hingetrimmt und auch programmiert sind, dass die Menschen ihr Geld verlieren. Ich war erst unlängst im Jänner im Casino Velden, Veranstaltung dort gehabt, habe dort den normalen Eintritt, ich glaube, 26 oder 30 Euro oder 26 Euro zahlst du Eintritt Casino und 30 Euro Jetons kriegst du. So schnell habe ich gar nicht schauen können, waren diese 30 Euro Jetons weg, nämlich insgesamt in zehn Minuten, nämlich an einem Automaten habe ich gespielt und dann, weil ich es auch nicht kann, auf Schwarz oder Rot am Roulettisch, weil viel mehr bin ich auch nicht in der Lage, aber es war weg. Aber wie ich dort mit einem Experten gesprochen habe, mit einem Experten der Casinos

Austria, ich darf ein bisschen um Aufmerksamkeit bitten, ist ein wichtiges Thema oder sind wir alle schon zum Lachen, dafür dass bald ein paar tausend Leute in Graz in Privatkonkurs gehen. Wie mir dort einer von Casinos Austria erklärt hat, dass die Automaten ja selbstverständlich dahingehend programmiert sind, dass die Casinos unterm Strich einen Gewinn machen und nicht der, der ein Geld dort finanziert, und das im staatlich reglementierten Casino und dass es selbstverständlich bei den unreglementierten Automaten noch krimineller und noch schlimmer zugeht, das brauchen wir auch niemandem erklären. Daher glaube ich, dass wir diesen Antrag durchaus unterstützen sollten, nicht um die Selbstbestimmung der Menschen einzuschränken, ich hindere niemanden, dass er spielt, es ist jeder seines eigenen Glückes Schmied. Ich bin seit einigen Tagen unterwegs, ich darf Ihnen das zeigen, um meine Sucht vorzulegen, Nicorette, zwei Schachteln Marlboro, die letzten 20 Jahre, ich bin dafür selbst verantwortlich. Ich war dafür verantwortlich, meine Gesundheit zu ruinieren, ich bin auch jetzt selbst dafür verantwortlich, aus dieser Suchtproblematik herauszukommen, das gehört für mich zur Selbstbestimmung und nicht Unmündigerklärung von Personen. Sie sollen alle tun, was sie wollen, solange es im gesetzlichen Rahmen ist. Aber wir lassen sie nicht in die Fänge von kleinkriminellen Organisationen, die sie aussackeln, und so verstehe ich auch die Anträge, die heute zur Diskussion stehen und daher unterstützen wir sie auch.

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Kurt, liebe ÖVP! Wir brauchen keine Enquete und keine Infos mehr, wir sind alle informiert bestens, es reicht einfach (*Applaus KPÖ*). Wieder, genau das, was ich vor wenigen Minuten hier gesagt habe, wieder gibt es einen Rettungsversuch der ÖVP, dieses kranke Unternehmen mit aller Gewalt noch einmal zu retten. Ich verstehe das nicht...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Fabisch**: Ja, ist schon recht. Ich verstehe das nicht, warum die Familienpartei ÖVP hier mitspielt bei diesem Versuch der Glücksspielindustrie. Wissen Sie, wie viele Familien zerstört werden in der Steiermark?

Zwischenruf GR. Hohensinner: Beispiel Salzburg.

GR. Mag. **Fabisch**: Es gibt nur Antwort darauf. Das Land Steiermark darf einfach keine Lizenzen mehr austeilen, das ist es. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.15 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte heute auch ein Dankeschön aussprechen. Vor sieben Jahren wurde hier herinnen, auch durch mich, ein wichtiges Mitglied der Verwaltung angelobt, es handelt sich um unseren Stadtrechnungshofdirektor. Dieser Stadtrechnungshofdirektor hat in den letzten sieben Jahren eine wunderbare Arbeit abgeliefert, er hat den schwierigen Spagat geschafft zwischen Beratung, wie er das nennt, weil er nicht gerne im Nachhinein noch etwas feststellt, hat er sich auch

getraut, immer wieder beratend zur Seite zu stehen, er ist heute das letzte Mal in seiner Funktion hier und ich möchte dir, lieber Dr. Riegler, ganz herzlich auch namens des Gemeinderates und der Stadtregierung und der Stadt Graz danke sagen, dass du diese sieben Jahre geschafft hast. Es ist sehr, sehr schwierig, auch mit Politik zu arbeiten, weil es sind natürlich immer brennende Themen, die uns betreffen. Wir wünschen dir für deine neue Herausforderung und für deinen neuen Lebensweg alles, alles erdenklich Gute, bleibe uns gewogen, komme uns ab und zu besuchen. Heute möchte ich dir ganz, ganz herzlich danken, wir schicken dir dann künftig den Rechnungshof (*allgemeiner Applaus*).

6) Emissionsoptimierte Ampelschaltungen und Modellversuch Rechtsabbiegen bei rotem Ampellicht

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer! Über den ruhenden Verkehr haben wir heute ja schon ziemlich lange diskutiert. Mit meinem Antrag soll der Verkehr wieder fließen. Die seit vielen Jahren regelmäßig wiederkehrenden Diskussionen über notwendige Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Luftgüte in unserer Stadt wurden in der jüngeren Vergangenheit zwar mit wachsender Emotionalität geführt, dennoch blieben bahnbrechende Erfolge und wirkungsvolle Konzepte aus.

Gerne verweisen politische Mitbewerber in diesem Zusammenhang auf den Umstand, dass seit wenigen Monaten ein freiheitliches Mitglied der Landesregierung für dieses Ressort Verantwortung trage. Die solcherart kurzfristig argumentierenden Personen vergessen aber auf den Umstand, dass die gegenständliche Problemstellung bereits seit vielen Jahren zur Lösung ansteht, zumal ja auch die

zugrunde liegende EU-Richtlinie zur Verbesserung der Luftqualität aus dem Jahr 1999 datiert.

Die Chronologie des Scheiterns ist also äußerst umfangreich und war bislang gewissermaßen parteienübergreifend. Die FPÖ hat nun unter Landesrat Dr. Kurzmann beschlossen, die Fehler der beiden Großparteien nicht zu wiederholen, sondern bei der Lösungsfindung neue Wege zu gehen.

Das bedeutet aber auch, Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, die bislang generell verteufelt wurden. Gegenständliche Initiative zielt darauf ab, Verbesserungen im Bereich des motorisierten Individualverkehrs zu bewirken, die keine Konkurrenzsituation zum öffentlichen Verkehr schaffen, sondern vielmehr die Notwendigkeiten beider Bereiche entscheidend Rechnung tragen.

Es ist nicht zu leugnen, vielen Städten Europas droht der Verkehrsinfarkt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Graz hier eher ein Paradebeispiel als eine Ausnahme ist. Wir sprechen hier von Scharen von Pendlern, die in die Stadt kommen, und damit gibt es ein gestiegenes Verkehrsaufkommen, das uns sowohl aus ökologischer wie auch verkehrslogistischer Sicht auf hohe Anforderungen stößt.

Wenig hilfreich sind ideologisch gefärbte Lösungsmodelle, die darauf abzielen, Stauungen zu verursachen und den Verkehrsinfarkt herbeizuführen.

Es ist bekannt, Stop-and-go-Verkehr verursacht bekanntlich mehr Emissionen im Vergleich zu einer gleichmäßigen Fahrweise. Durch nachhaltige Evaluierung der Verkehrsströme und einer dadurch heraus resultierenden Adaptierung der Ampelschaltungen könnte der Verkehrsfluss allerdings gleichmäßiger gestaltet werden.

In diesem Zusammenhang wird auch ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen, dass es keine Verschiebung der Wartezeiten zu Lasten der Öffis geben soll.

Ziel des Vorgehens ist es jedoch, eine emissionsoptimierte Ampelsteuerung als Teil eines komplexen Verkehrsnetzes zu erhalten, und ich frage auch hier herinnen, was glauben Sie, wie viel Emissionen kann man damit einsparen? Es hat ergeben, dass mit einer guten Ampelschaltung eine Verbesserung 10-20 %, also eine Verringerung um diesen Prozentsatz an Emissionen erreicht werden. Die Umsetzung soll stufenweise in Teilabschnitten erfolgen, wobei prioritär Kreuzungen und Straßenzüge mit hoher Verkehrsfrequenz ausgesucht werden sollten. Diese Modelle flexibler oder intelligenter Verkehrsleitsysteme sind in zahlreichen Städten der Welt in Verwendung und haben den gewünschten Effekt erzielt.

Ergänzend könnte an ausgesuchten Kreuzungen das Rechtsabbiegen bei rotem Ampellicht erlaubt werden. Auch dieses Modell ist in zahlreichen Städten in den USA und Kanada bereits seit Jahren gang und gäbe.

Zudem haben auch deutsche Städte diese Verkehrsmaßnahme erlaubt. Die Erfahrungsberichte sind durchwegs positiv, wobei die Bevorrangung von Fußgängern und Radfahrern hiervon unberührt bleiben soll.

Unabhängig von den Maßnahmen des Landes Steiermark ist also auch die Stadt Graz gefordert, sich in diese Diskussion einzubringen, alternative Lösungsansätze anzudenken.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, die Umsetzung eines emissionsorientierten Verkehrsleit- und Ampelschaltsystems zu prüfen und in der Folge die Auswirkungen auf unsere Stadt hinsichtlich des zu erwartenden

Schadstoff- und Feinstaubausstoßes zu evaluieren und die Ergebnisse hierauf dem Gemeinderat zur weiteren Verhandlung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, die geeigneten rechtlichen Schritte zur Durchführung eines Modellversuches hinsichtlich des Rechtsabbiegens an ausgesuchten Kreuzungen bei rotem Ampellicht zu erarbeiten und diese in der Folge ebenfalls dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme und weiteren Beschlussfassung vorzulegen (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Gerda, die Sorge ist total unbegründet. In voller Ruhe, sachlich, entspannt kann ich das jetzt bringen. Zum dringlichen Antrag des Kollegen Ing. Lohr ist Folgendes zu sagen: Zum Inhalt und zum Motivenbericht, das vergessen wir einmal, weil der ist heftig, deftig und da gehe ich auf diese kritische Haltung und auf diese Untergriffigkeit nicht ein. Mir geht es eher um die Sache. Ich bin nur froh, dass das keine Doktoratsarbeit von dir war, weil ansonsten die Plagiatsjäger aktiv werden müssten, und wenn mir schon der Herr Kollege Mag. Korschelt vorgeworfen hat, ich hätte abgeschrieben, wobei er selber nicht weiß, jemals so einen Antrag eingebracht zu haben, dann darf ich nur eines erwähnen, dass wir bereits im Vorwahlkampf 2008 in unserem Verkehrsplan für Graz unter anderem vermehrte Öffnung des Rechtsabbiegeverkehrs an Kreuzungen auch während der Rotphasen gefordert haben, und ich glaube auch eines, Kollege Lohr, du warst ja ebenfalls dabei, wie ich diesen Vorschlag bei unserer Diskussion mit dem Ampelbeauftragten der Stadt Graz und mit dem Experten für Signallichtanlage Dr. Höpfl am 2. 3. hier im Mediensaal hatte, wo ich genau auch diese Frage und diese Anregungen gebracht habe. Nichtsdestotrotz und umso mehr freut es mich, dass du unsere Initiativen verstärkst, aufgreifst und versuchst, hier den entsprechenden Erfolg beizubringen. In diesem Sinne selbstverständlich sind wir für verbesserte

Ampelschaltungen, sind wir für emissionsorientierte Verkehrsleit- und -ampelschaltsysteme und werden auch aus diesem Grunde natürlich hier diesem dringlichen Antrag zur Überprüfung für mögliche Modellversuche in diese Richtung sowohl der Dringlichkeit unsere Zustimmung geben, als auch inhaltlich uns dazu bekennen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eber**: Werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn die FPÖ einen Antrag einbringt zur Verkehrsproblematik, dann heißt das für uns natürlich immer einmal zunächst vorsichtig sein, weil die FPÖ...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: *So schlimm sind wir nicht.*

GR. **Eber**: ...die ja in der jüngeren Vergangenheit zumindest nicht dadurch aufgefallen wäre, dass sie den öffentlichen Verkehrs irgendwie besonders fördern möchte. Von da her habe ich mir den Antrag natürlich einmal, zweimal gut und genau durchgelesen und bin zu dem Schluss gekommen, diese hier vorgeschlagenen Maßnahmen beziehungsweise Untersuchungen, die ja zunächst einmal gemacht werden sollen, sind meines Erachtens durchaus sinnvoll und von da her werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nach diesem Antrag die Zustimmung erteilen. Ich möchte zunächst, vor allem was das Rechtsabbiegen bei Rotphasen anbelangt, möchte ich sagen, es ist natürlich gut, dass die FPÖ diesen Antrag einbringt, es ist gut, dass die SPÖ offensichtlich hier diese Forderung schon aufgestellt hat mit dem Rechtsabbiegeverbot bei Rot, denn man muss gar nicht in die USA oder

nach Kanada schauen, um solche Beispiele zu finden, sondern es ist ja traditionell in der DDR immer so gewesen, dass dort diese Regel mit dem sogenannten Grünfeilschild, das diese Möglichkeit geboten hat, und ich glaube auch, dass es im Rahmen eines Modellversuches für Graz durchaus auch möglich ist, an ausgewählten Kreuzungen zunächst einmal das auszuprobieren. Das Zweite, was ich noch hinzufügen möchte ist, auch das emissionsorientierte Verkehrsleit- und -ampelschaltssystem, also ich glaube, auch an bestimmten Durchzugsstraßen macht das durchaus Sinn, so wie es angeführt worden ist, sowohl was die Emissionen anbelangt, was die Schadstoffe anbelangt als auch was natürlich überhaupt den Verkehrsfluss und die Zufriedenheit beziehungsweise Entspannung der Autofahrer und Autofahrerinnen und sonstigen VerkehrsteilnehmerInnen anbelangt. Ich weiß jetzt natürlich noch nicht, wie sich die ÖVP heute zu diesen Themen äußern wird. Ich möchte aber nur darauf hinweisen, dass eine vermutlich befreundete Partei der ÖVP Graz, nämlich die ÖVP Wien, vor kurzem erst gefordert hat, erstens Rechtsabbiegen bei Rot soll gestattet werden in Wien, und zweitens auch die Ampelsteuerung soll entsprechend gemacht werden. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich melde mich jetzt selber zu Wort und bleibe da sitzen, weil ich ja im Vorsitz bin, das darf ich nicht vergessen. Ich melde mich zur Dringlichkeit und wollte auf ein paar Punkte eingehen, um auch ein bisschen darzustellen, was in der Stadt passiert zum Thema Ampeloptimierungen. Es ist ja nicht so, dass hier nicht auf dem aktuellen Stand der Zeit gearbeitet würde. Ich kann von drei Projekten berichten, die aktuell auf Schiene gebracht werden. Eines hat ja schon bis in die Medien sich forterzählt, das war das Projekt, Carbotraf genannt, das ist ein Projekt, das leider noch gar nicht soweit gediehen ist, wie es in der Pressemeldung entstanden ist der Eindruck. Es ist zwar in Brüssel schon entschieden worden, aber es gibt noch kein fertiges Projekt, da geht es natürlich darum, eine Optimierung an den Ampeln auch im Sinne einer CO₂- beziehungsweise Abgasreduktion zu bewirken.

Was aber in diesem Zeitungsartikel vermittelt wurde, war dann der Eindruck, dass mit so einem Projekt auch der Stau vermieden werden könnte, und da sagen unsere Experten und nicht nur diese, dass das eher ein Werbegag der Firma sein müsste, weil eine Staureduktion basiert in dem Ausmaß wie die Autoreduktion stattfindet. Desto mehr Fahrzeuge, desto mehr Stausituationen besonders zu belasteten Zeiten, das wird auch durch die optimiertesten Ampelschaltungen sich nie abdrehen lassen. Wir hoffen natürlich aber, dass durch dieses Projekt bestimmte Schaltungen so optimiert werden können, dass man ungenutzte Reserven, die man in den Grün- und Rotphasen hat, so umzuverteilen, dass es zu gleichmäßigerem Verkehrsfluss kommt, aber wir denken bei Verkehr natürlich nicht nur an den Autoverkehr, Verkehr ist mehr als nur das Auto. Ein zweites Projekt, bei dem ganz konkret die TU Graz ein Partner ist, und zwar im Namen des Prof. Felndorf, der hier ja auch schon viel Erfahrung mitbringt, das wird am Glacis umgesetzt. Hier geht es darum, dass es gerade im Genehmigungsstadium sich befindet durch das BMVIT, es gibt schon einen Stadtsenatsbeschluss dazu, dass wir uns daran auch beteiligt haben. Hier geht es auch darum, in einer ähnlichen Form eine Optimierung herzustellen, und dann gibt es noch ein drittes Projekt, das nennt sich BOA Verkehrsauskunft Österreich, bei dem wir kürzlich die Projektgenehmigung bekommen haben und in dem wir unser schon vorhandenes Verkehrsauskunftssystem noch verbessern und auch mehr veröffentlichen wollen, dass die Leute auch dann darauf stärker zurückgreifen können. Ich werde mich hier jetzt nicht mehr verbreitern zum Thema grüne und rote oder auch blaue Welle, ich denke, wir kennen in Graz aus jahrelanger Erfahrung die Notwendigkeit, bestimmte Verkehrsformen, wie den öffentlichen Verkehr einerseits, zu bevorrangen und auf der anderen Seite natürlich immer wieder auch zu sehen, dass es an bestimmten Einfahrtsrouten zu bestimmten Zeiten auch zu einer Schaltung kommt, um dort den Verkehr flüssig zu halten. Das ist hier Praxis und lang geübte Tradition und wird auch von unseren Experten immer auf dem letzten Stand der Technik bearbeitet. Noch kurz zum Rechtsabbiegen bei rotem Ampellicht, das wurde natürlich auch schon öfter bearbeitet. Mitte der 90er Jahre zum Beispiel wurde auch im Zuge der 19. StVO-Novelle eine Veränderung angeregt und es wurde sehr intensiv

begutachtet. Damals war einhellig die Meinung der VerkehrssicherheitsexpertInnen, dass gerade ausgehende Fußgängerinnen und querende RadfahrerInnen dadurch in zusätzliche Konflikte verwickelt werden, und wenn wir die Unfallzahlen kennen, dann sind wir besonders betroffen über Unfallzahlen bei Personen, auch tödliche Unfallzahlen, die auf dem Zebrastreifen stattfinden. Deswegen ist aufgrund der Sicherheitssituation das Rechtsabbiegen bei Rot keine Option und es gibt Länder, die das auch deshalb wieder zurückgenommen haben, die es experimentell ausprobiert haben. Wie gesagt, zur Minderung der Verkehrssicherheit für die schwächsten TeilnehmerInnen kann Beschleunigung nicht funktionieren. Das ist meine kurze Erklärung dazu, warum wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, einerseits wird an dem Thema immer gearbeitet und auf der anderen Seite ist das Rechtsabbiegen bei Rot eine Risikoerhöhung, der wir so nicht zustimmen können.

GR. **Mayr:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ÖVP wird der Dringlichkeit nicht zustimmen, die Frau Vizebürgermeisterin hat das Fachliche soweit schon ausgeführt. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern an die gemeinsame Veranstaltung mit Dr. Höpfl im Februar oder März dieses Jahres. Ich meine, ich möchte auch noch einmal betonen, wir sollten die Experten in unserem Haus auch entsprechend würdigen, zumindest in gleicher Weise, wie sie außerhalb des Magistrates gewürdigt werden. Herr Dr. Höpfl ist ein wirklich mittlerweile international gefragter Experte, der bei Tagungen auftritt, der ein wirklicher Experte im Bereich der Ampelsteuerung ist und sich auch immer bemüht, die Diskussionen, die modernsten Innovationen mit in die Diskussion auch für Graz einzubringen, und die Themen, von denen wir heute reden, die sind natürlich bei uns in Diskussion und waren in Diskussion, deswegen ist es für uns jetzt auch nicht dringlich. Zum Thema Rechtsabbieger kann man auf der einen Seite noch anführen, dass natürlich die Kreuzungssituation entsprechend auch passen müsste, damit das wirklich einen Effekt hat. Wir haben halt nur in seltenen Fällen wirklich Rechtsabbiegespuren zum

Beispiel. Das Zweite ist die Kombination mit der Steuerung für FußgängerInnen und RadfahrerInnen, und darüber hinaus geht es natürlich auch bei der Verkehrssicherheit darum, hat das eine gewisse Kultur in einem Land, das heißt, sind die VerkehrsteilnehmerInnen daran gewöhnt oder nicht, und das ist bei uns eben nicht der Fall. Schlussendlich ohne StVO-Novelle wird es nicht gehen, da werden auch die Wiener nicht weiterkommen, das haben wir damals ausgiebig mit Dr. Höpfl diskutiert, und zurück noch einmal zum Thema der Ampelsteuerungen. Ich möchte noch einmal zu bedenken geben, wir sind uns zwar einigermaßen einig, dass 50 % des Feinstaubaufkommens oder der Feinstaubimmissionen vom Verkehr herrühren, davon aber nur ein gewisser Prozentsatz, ich sage einmal, grob gesagt, 25 %, möglicherweise weniger, wirklich aus den Auspuffemissionen. Das heißt, die 10 – 20 % Feinstaubersparnis oder Verbesserung, von denen die FPÖ spricht, ist natürlich über den Weg nicht erreichbar, das sind dann sozusagen die 10 bis 20 % fließender Verkehr, weniger Ruhezeiten führen im Endeffekt wahrscheinlich zu ein bis zwei oder nicht messbaren Ergebnissen bei der Feinstaubreduktion. Es geht darum, dass Leute natürlich umsteigen, und wenn der öffentliche Verkehr bevorrangt wird, ist es sozusagen die beste emissionsreduzierende Maßnahme bei der Ampelsteuerung, und die haben wir in Graz und bei der wollen wir auch bleiben. Schlussendlich bitte noch ein Wort, lieber Kollege, du hast in deinem Motivenbericht von der Chronologie des Scheiterns, was den Feinstaub betrifft, gesprochen. Da hast du natürlich Recht, also das betrifft jetzt nicht nur den amtierenden Landesrat, der möge sich noch in seiner Amtszeit entsprechend bemühen, wobei wir halt noch nicht sehr viele Erfolge sehen. Er hat eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Ressort im Land, er hat die Raumordnung, er hat die Umwelt und er hat den Verkehr, und insofern tut sich da nicht viel und ich fürchte, wenn er sich auf diese Maßnahmen verlässt, dann wird er in seiner Amtszeit beim Thema Feinstaub nicht weiterkommen. Also, wie gesagt, alles bereits längst diskutiert, sinnvolle Maßnahmen im Laufen, die ÖVP stimmt gegen die Dringlichkeit (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Möglichkeit einer Replik, ich muss das jetzt wieder ein bisschen zusammenfassen alles. Fangen wir beim Kollegen Eichberger an. Er ortet hier im Motivenbericht was Untergriffiges, also das hast, glaube ich, nur du herausgelesen, dass die SPÖ ab und zu auch gute Ideen hat, das sei dahingestellt, das ist bei weitem nicht abgeschrieben, ich habe selber schon dringliche Anträge zur grünen Welle eingebracht, also wenn, dann habe ich nur vom eigenen Werk abgeschrieben. Aber trotzdem danke für die Zustimmung. Kollege Eber, ebenso danke, dass ihr auch das Problem erkennt und hier einmal für eine sinnvolle Studie eintretet, noch zwei Dinge haben wir bei der KPÖ gelernt, nicht alles, was es in der DDR gegeben hat, war schlecht. Also bei den Ampelsteuerungen haben sie uns vieles voraus gehabt. Zweiter Punkt, auch KPÖ eingebracht, auch nicht alles, was die ÖVP Wien macht, ist schlecht, weil auch dort wird eben die Forderung nach Rechtsabbiegen schon lange erhoben. Also auch danke da für die Zustimmung. Jetzt kommen wir zu den Koalitionsparteien. Da schaut das Fazit halt leider wieder etwas schlechter aus. Die Frau Vizebürgermeister hat da ja einiges in den Raum gestellt, wenn wir jetzt gefordert hätten, das Rechtsabbiegen für Radfahrer zu erlauben, dann wären wir sicher umarmt worden, das ist uns leider nicht geglückt. Aber jetzt zum Inhalt. Sie sagt, Mitte der 90er-Jahre hat es da schon Expertisen und Studien gegeben, das ist jetzt auch schon 20 Jahre her, also könnte man jetzt wieder einmal das neuerlich überprüfen und vielleicht da neue Erkundungen auch zulassen und auch das ein bisschen diskutieren zu lassen. Weil ich bin da ja nicht allein, der Experte Dr. Felber ist ja auch ein Verkehrsexperte, der einmal gesagt hat, nicht so eine schlechte Idee, kann man einmal ausprobieren, und in einem irren Sie auch, Sie haben da von einer Gefährdung von Personen oder Fußgängern gesprochen, das stimmt ja nicht, die querenden Fußgänger haben ja auch ein Rotlicht, also die können eh nicht überqueren, wenn ich rechts abbiege. Bei einer Kreuzung, wo der Autofahrer rot hat, haben die Fußgänger auch Rot. Wir zeichnen das nachher noch auf, also da gibt es scheinbar mehrere Ansichten. Zum Kollegen Mayr noch, er hat den Herrn Dr. Höpfl vorgeschickt. Der Beamte muss ja auch das ausführen, was ihm die Politik

vorgibt, er hat das auch in dieser Sitzung gesagt, es ist ausschließlich eine politische Entscheidung, wie die Ampeln gesteuert werden. Wenn die Frau Vizebürgermeister sagt, um jeden Preis den Autoverkehr zu blockieren, hat auch der Beamte hier natürlich keine Möglichkeit mehr, seine freie Meinung hier einzubringen und es ist dann natürlich, lieber Kollege Mayr, natürlich schon eine Emission, die entsteht, wenn möglichst viele Autos bei Rot an der Kreuzung stehen, vergiften sie natürlich die Grazer Umwelt, und die Abgase werden immer mehr. Also leider die schwarz/grüne Mehrheit erkennt hier keinen Versuch, die Luftgüte in Graz zu verbessern, da hilft es auch nicht, wieder Richtung Landesrat zu schießen, weil die ÖVP ist ja hier noch immer von Wehmut gepackt, dass sie die Wahlen in Graz verloren haben und nicht den Landeshauptmann stellen. Die übrigen Parteien bitte ich um Zustimmung (Applaus FPÖ).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Änderung der Straßenmusikverordnung 1999

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Im Gegensatz zum Kollegen Korschelt, der in der Vergangenheit lebt, versuchen wir die Straßenmusikverordnung 1999 zu ändern um auch die Zukunft lebenswerter, vor allem das, was die Innenstadt betrifft, zu ändern. Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Sie wissen, dass wir gerade im

innerstädtischen Bereich selbstverständlich Straßenmusikanten haben, dass sie das Flair der Stadt Graz bereichern, dass sie auch öffentliche Plätze nutzen, um ihre Kunst auch darzustellen, um Graz schöner zu machen, um Graz lebenswerter zu machen. Es ist auch grundsätzlich gegen Straßenmusiker nichts einzuwenden, sondern ganz im Gegenteil, als europäische Hauptstadt, wie es Graz ist, ist es auch zu begrüßen. Das was wir aber derzeit, auch in Graz, erleben, sind natürlich auch Randerscheinungen, dass der eine oder andere meint, wenn er ein Instrument in die Hand nimmt, auch Musiker zu sein und wenn er noch so laut ist, auch das wäre Musik. Sehr viele Innenstadtbewohnerinnen und Innenstadtbewohner (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), aber auch sehr viele Angestellte in den Grazer Innenstadtbetrieben beschwerten sich zusehends darüber, dass die Straßenmusikordnung 1999 nicht eingehalten wird. Das heißt, dass weit über 21 Uhr hinaus gespielt wird, auch am Sonntag, besonders vor Häusern, wo Kinder zum Beispiel übernachten und leben, dass das in der Verordnung festgehaltene Wechselgebot der Straßenmusiker, ständig im Abstand von 50 Metern die Plätze und die Fußgängerzone wechseln, dass auch das nicht eingehalten wird, dass es dazu kommt, dass Straßenmusiker über zwei Stunden an ein und derselben Stelle meistens ein und dasselbe Stück darbieten und daher die Anrainerinnen und Anrainer zurecht genervt sind. Ganz zu schweigen von jenen, die glauben, wenn sie mit Beschimpfungen ihre harmonikaspielenden Darbietungen in der Herrengasse leisten, einen Cent bekommen würden oder Damen, die am Boden sitzen und mit der Gitarre Lieder singen, die auch logopädisch nicht mehr eruierbar sind, worum es sich eigentlich handelt. Wir wollen ganz einfach Regeln schaffen, wir haben die Straßenmusikverordnung 1999, und wir wollen darauf aufbauend analog zu Modellen in Eisenstadt, in München, in Salzburg, in Basel, in sehr vielen europäischen Städten, österreichischen Städten Regeln einziehen, die wir in diesem dringlichen Antrag heute einbringen. Ich verzichte auf die Verlesung des Antragstextes, sondern werde es Ihnen kurz inhaltlich erklären, auch dann gilt es als eingebracht, es ist ein fixfertiger Verordnungstext. Statt bisher alle Fußgängerzonen in Graz haben wir Plätze auserkoren, an denen gespielt werden soll: Hauptplatz, Erzherzog-Johann-Brücke, Karmeliterplatz, Schloßbergplatz, Platz des Ehrenamtes,

am Schloßberg, Jakominiplatz, Glockenspielplatz, Südtirolerplatz, Mariahilferplatz und Herrengasse. Statt bisher von 9.00 bis 21 Uhr reglementieren wir von 10 bis 20 Uhr. An Samstagen und Sonntagen von 10 bis 18 Uhr, inklusive auch der Herrengasse. Wir regeln im Gegensatz zum Antrag der FPÖ, und Kollege Korschelt, gegen die ist selbst der Archäologe noch ein Zukunftsforscher, wenn du meinst, wir hätten von einem FPÖ-Antrag abgeschrieben, dann ist es komplett falsch. Euer Antrag wollte damals ein sogenanntes Casting, das wollen wir gar nicht. Wir wollen auch keine Plakette für irgendwelche Straßenmusiker, ich weiß nicht, woher du das nimmst. Es steht in der Zeitung; was in der Zeitung steht und was in einem Verordnungstext drinnen steht, das sind meistens Lichtjahre, der Herr Bürgermeister hat sich heute selbst beschwert über das, was in Zeitungen steht und das, was Realität ist. Wir wollen, dass hier Darbietungen, die 60 Minuten nicht überschreiten, dass das auch kontrolliert wird, wir wollen, dass das BürgerInnenamt, nicht der Gemeinderat, will auch nicht Castings durchführen, in Zukunft Genehmigungen dazu erteilt, damit wir auch wissen, wer wann spielt, damit das auch eingehalten werden kann, wir wollen, dass in Zukunft klare Regeln da sind, damit gute Straßenmusikerinnen, gute Straßenmusiker in Graz eine optimale öffentliche Fläche finden, um ihre Kunst auch darbringen zu können und es nicht mittlerweile die wenigen, die wir in Graz haben, die wenigen schwarzen Schafe, möchte ich dazusagen, quasi die Straßenmusik a priori beschädigen. Ich halte sehr viel davon von der Jazzband am Samstag-Vormittag, ich halte sehr viel, in der Sporgasse regelmäßig höre ich sie, die dortige Harfenspielerin, wir haben sehr viele junge Künstler, die sich damit ein Zubrot verdienen, auch kleine Bands, die auftreten, das ist exzellent, egal ob modern oder klassische Musik, das ist wirklich ein Bestandteil, ich weiß, ich bin zehn Sekunden drüber, Kollege Eichberger, du warst 2.38, ich weiß. Nein, ich lese den Antrag nicht vor, er gilt somit als eingebracht, deswegen erkläre ich es. Weil es hat ja keinen Sinn, dass ich alle Paragraphen jetzt herunterbete. Ich glaube, dass wir wirklich damit, ich versuche wirklich, eine ernsthafte Diskussion zu führen, da es das Problem gibt. Das gehört jetzt nicht heruntergenudelt oder irgendwie für dumm verkauft die Initiative. Ich glaube, es ist wirklich sinnvoll, das sind wir den Touristen und Touristinnen, den

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Dienstleistungsbetrieben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), aber auch den Unternehmerinnen und Unternehmern schuldig, dass wir in Zukunft klare Richtlinien mit diesem Antrag festlegen. Wir bescheren der Magistratsdirektion keine Arbeit, die damalige Verordnung 1999, auf der aufbauend wurden einige Abänderungen und Konkretisierungen getroffen und ich glaube, das ist nach elf Jahren sehr gut, das einmal ordentlich zu evaluieren.

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Also ich möchte dem Herrn Kollegen Grosz natürlich gratulieren und herzlich auch danke sagen zu seiner Einsicht, die er hier walten lässt, den Straßenmusikern eine Lizenz, ein Pickerl oder wie auch immer zum Spielen auszustellen. Bei uns war es damals Casting als ein Vorschlag im Motivenbericht, ich weiß nicht, den Antragstext wird er wahrscheinlich nicht gelesen haben, wo wir das auch durchaus offen gelassen haben, was schlussendlich dann auch sein sollte. Tatsache ist, und mir kommt das so heute vor, auch anschließend an Kollegen Eichberger, dass das halt der Tag der Plagiate ist, weil einer Plagiatsprüfung würde der Antrag vom Kollegen Grosz mit einem von mir gestellten fast identen Antrag vom März 2009 nicht standhalten. Das sind ja fast Zustände á la Gutenberg und á la Hahn, die wir hier heute auch erleben. Gleich schlecht wie manche musikalische Darbietung in der Grazer Herrengasse oder darüber hinaus dürfte aber auch eben dein Gedächtnis sein oder du machst das absichtlich, noch schlimmer, und ich möchte dir vielleicht auf die Sprünge helfen, was dieses Gedächtnis auch betrifft und das zitieren, was du damals auf meinen Antrag hin zum Besten gegeben hast, du hast gesagt: „Aber dass wir jetzt diskutieren in diesem Gemeinderat, ob einer das hohe C hinbringt oder ob er unter seiner Straßenkunst das Katzengejammer seiner falsch eingestellten Geige versteht oder wie auch immer, das kann nicht das Thema dieses Gemeinderates sein. Ich bin der Meinung, es ist nicht unsere Angelegenheiten. Danke, bitte ablehnen, wir tun es.“ Also, jeder weitere Kommentar ist, glaube ich, überflüssig. Dennoch werden wir

natürlich diesem Antrag zustimmen, wir wären ja blöd, wenn wir unsere eigenen Initiativen nicht unterstützen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz:** Nach der rhetorischen Niederlage des Kollegen Sippel. Ich bin ja nicht im Urheberrechtsstreit mit der FPÖ. Ich ersuche euch wirklich, dem nicht zuzustimmen. Ich appelliere an die FPÖ, dem nicht zuzustimmen, denn das, was wir heute beantragen, hat mit eurer Initiative überhaupt nichts zu tun. Noch einmal, ich appelliere eindringlich und ich lege darauf Wert, dass dieser Antrag, diese fixfertig ausformulierte Verordnung nicht die Zustimmung einer Fraktion findet, die offenbar weder lesen noch schreiben kann. Ich bin ja nicht der Chefbediener von Analphabeten, meine sehr geehrten Damen und Herren der freiheitlichen Fraktion. Ich stehe voll zu meinen Worten und sie sind richtig, der Grazer Gemeinderat kann nicht darüber entscheiden, ob es das hohe C oder ob es Katzenjammer oder nicht ist, das will ich auch nicht.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Herr Gemeinderat, Sie sind heute wunderbar in Fahrt und Sie wollen gerne unterhalten, aber bitte achten Sie darauf, wo Sie sich befinden.

GR. **Grosz:** Gebe ich jetzt wieder bei mir fünf Sekunden dazu. Kollege Sippel, es kann nicht die Aufgabe des Grazer Gemeinderates sein, das hohe C zu bestimmen, es kann nicht die Aufgabe der Politik sein, darüber zu entscheiden, was Kunst ist, was Kultur ist und was nicht. Das geht auch aus dieser Verordnung nicht hervor. Noch einmal, er kann es nicht lesen, ich kann es nicht anders ausdrücken, wenn einer einen siebenseitigen Verordnungstext nicht lesen kann, sich herausstellt und meint, das

wäre derselben Antrag wie zuvor, dann ist das Realitätsverweigerung und frühpolitische Senilität, nichts anderes. Man kann es nicht anders bezeichnen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich will kein Casting, sondern ich will klare Regeln, und dazu ist die Politik da und daher fordern wir die Änderung der Straßenmusikverordnung 1999, zu der wir berechtigten sind und nicht irgendwelche Lapidaranträge, die Grazer Stadtregierung wird beauftragt, in Zukunft die Straßenmusiker höchstpersönlich zu überprüfen. Dazu sind wir wirklich nicht da, meine lieben Kollegen von den Freiheitlichen, daher bitte ich Sie, dem nicht zuzustimmen. Es ist nicht Ihr Antrag, es ist eine gänzlich andere Initiative, es geht darum, dass wir in Zukunft klare Regeln aufstellen, die auch ausformuliert habe. Wir können mit den Grünen darüber diskutieren, auch in Zukunft, die Debatte ist heute sicher nicht zu Ende, ob der eine oder andere Platz dazukommen soll, ob man die Zeiten regeln soll, wie man die Verordnung ändern soll, das ist gar keine Frage. Ich verstehe, der Antrag ist jetzt sehr rasch gekommen, ich habe mit einigen von anderen Fraktionen gesprochen, die haben gesagt, es wäre gescheiter gewesen, wenn man das ein bisschen länger diskutieren könnte. Das ist heute der Startschuss, die Straßenmusikerverordnung 1999 zu evaluieren, und um das geht es mir im Interesse jener, die auch Musik betreiben und im Interesse jener Straßenmusiker, die auch als großartige Künstler wahrgenommen werden und um das geht es mir, sehr geehrte Damen und Herren (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit ablehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte zur Abkühlung ankündigen, dass nach dem dringlichen Antrag von Herrn Gemeinderat Mariacher eine Pause gewünscht wird. Dann könnt euch schon vorbereiten drauf.

8) Maßnahmenpaket gegen Fahrrad-Rowdys in Graz

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuschauer auf der Tribüne! Wir haben heute schon im Zuge eines Gemeinderatsstücks intensiv über Sicherheit im Fahrradstraßenverkehr gesprochen, und auch mein Antrag zielt daraufhin ab. Denn wir wissen, Radfahren erfreut sich in Graz immer größerer Beliebtheit. Fast jeder Dritte fährt mit dem Rad zur Arbeit, 28 Prozent aller Wege werden mit dem Drahtesel zurückgelegt. Leider kommt es diesbezüglich immer wieder zu Problemen in unserer Stadt. In diversen Medien mussten wir in den letzten Monaten auch immer wieder von schweren Unfällen mit Fahrrad-Beteiligung lesen. Zahlreiche BürgerInnen, FußgängerInnen, AutofahrerInnen, aber auch RadfahrerInnen der Stadt beschwerten sich schon seit geraumer Zeit über mangelnde Rücksichtnahme und schlichte Missachtung der Verkehrsregeln, wie beispielsweise das Überfahren von roten Ampeln durch sogenannte Fahrrad-Rowdys. Es wird auf schmalen Gehsteigen gefahren, in der Fußgängerzone gerast und das Rad vor fremden Hauseingängen abgestellt. Zudem werden statt der dafür vorgesehenen Radfahrstreifen die Zebrastreifen zum Übersetzen der Straßen benützt, was natürlich eine Gefährdung der Fußgänger darstellt. Insbesondere durch die Lautlosigkeit der Fahrradfahrer. Insbesondere ältere Menschen und Kinder bedürfen im Straßenverkehr besonderer Rücksichtnahme, gerade, wenn sich Verkehrsteilnehmer nicht an die Regeln und geltenden Gesetze halten. Des Weiteren kommt es bei Kreuzungen oft zu gefährlichen Situationen, wenn Radler diese mit einem Tempo überqueren und dabei nicht einmal einen Helm tragen.

Dies ist natürlich kein Phänomen, welches alleine auf Graz beschränkt wäre. Auch die Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou musste zugeben, dass eben die von ihr unterstützten und geförderten RadfahrerInnen stärkerer Kontrollen bedürfen, da die Zustände auf den Straßen so nicht mehr tragbar sind. In diesem Sinne wollen wir auch in Graz unterstützend tätig werden und fordern unter anderem eben einen verstärkten Einsatz der Exekutive, um auch den Radfahrern ein verantwortungsvolles Verhalten im Straßenverkehr beizubringen.

Daher stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert Bürgermeister Nagl auf, an die Exekutive heranzutreten und zu verstärkten Schwerpunktaktionen zur Einhaltung der Straßenverkehrsordnung im Radfahrverkehr zu drängen.
2. Das Straßenamt prüft die Einführung einer Sicherheitsplakette, welche der qualifizierte Fahrradfachhandel vergibt und alle fünf Jahre ausgestellt werden soll, um rollende Schrottvehikel von der Straße zu verbannen.
3. Das Straßenamt prüft die Einführung eines Fahrradkennzeichens, um die zahlreichen Fälle von Fahrerflucht zu minimieren, aber auch natürlich der Diebstähle.
4. Frau Vizebürgermeisterin Rücker wird aufgefordert, einen Verhaltenskodex, einen sogenannten Radfahr-Knigge, für FahrradlenkerInnen zu erstellen, um den im Motivenbericht dargelegten Misständen und Gefahren entgegenzuwirken.

Ich bitte um Annahme.

GR. Mag.^a Drⁱⁿ. **Sprachmann** zur Dringlichkeit: Wir Sozialdemokraten verstehen die Sorgen von FußgängerInnen auf der einen Seite und von RadfahrerInnen auf der anderen Seite. Ich bin ja selbst auch eine Radfahrerin, die sich insbesondere, wenn es sich um ältere Menschen handelt oder ansonsten auch um Kinder, um Jugendliche oder vielleicht auch Mütter, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind, die sich einfach von Fahrrad-Rowdys bedroht fühlen. Wem von uns ist es nicht schon einmal passiert, dass er auf die Seite hüpfen hat müssen, weil eben ein besonders aktiver Radler unterwegs war, und dementsprechend sagen wir auch zur Dringlichkeit ja und werden dann betreffend zum Inhalt allerdings eine getrennte Abstimmung fordern (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Georg Schröck! Auch wir haben uns natürlich mit dem Antrag eingehend beschäftigt, du sagst sehr viel Richtiges im Motivenbericht, es gibt Fahrrad-Rowdys, gegen die soll man vorgehen. Wir wollen auch Polizeikontrollen, die verstärkt die Radfahrer kontrollieren, damit sie die Straßenverkehrsordnung einhalten, das heißt, unsere Zustimmung zur Dringlichkeit ist gegeben, auch zum Punkt 1. Bei Punkt 2 und 3, weil ich auch kurz noch auf den Inhalt eingehe, hier sehen wir keine praktikable Lösung. Kennzeichen auf Fahrräder, das wird halt sehr verwaltungstechnisch umfangreich. Was mache ich, wenn ich drei Fahrräder im Keller habe, muss ich dann immer mein Kennzeichen tauschen, also das ist etwas unausgegoren. Wenn wir uns hier einig werden könnten, könnte man über eine Radfahrbewilligung nachdenken, dass jeder eine kleine Prüfung machen muss und dann erst in Graz Rad fahren, aber das wäre noch ein Zukunftsprojekt. Also Punkt 1 würden wir zustimmen, die anderen drei Punkte werden wir ablehnen.

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir von der ÖVP werden diesem Antrag nicht zustimmen, weil erstens Schwerpunktaktionen der Polizei bereits immer in unregelmäßigen Abständen stattfinden. Zweitens, es gibt viele Radfahrer, denen bewusst ist, dass die Knautschzone ihres Fahrzeuges bei ihrer Nase beginnt, also sie sind interessiert daran, selbst gesund nach Hause zu kommen und drittens, wie sollte man mit Radfahrern von auswärts umgehen, sollen wir da die Stadtwache oder irgendwen, Ordnungswache, einsetzen, um das zu kontrollieren; und zum Thema Kodex für Radfahrer, den gibt es bereits, den gibt es auch für Autofahrer, ist der gleiche Kodex, die Straßenverkehrsordnung. Also wollen wir Altpapier in Unmengen produzieren? Nein. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Nachdem ich auch selbst wieder angesprochen bin, sage ich kurz ein paar Worte zu dem dringlichen Antrag. Es ist mir bewusst, dass dieses Thema bewegt in Graz. Ist ja auch Auswirkung dessen, dass eben tatsächlich zunehmend mehr RadlerInnen unterwegs sind, ich muss den Herrn Gemeinderat Schröck allerdings korrigieren, leider ist es noch nicht so, dass 28 % aller Wege in Graz mit dem Rad zurückgelegt werden...

Zwischenruf GR. Schröck: Zur Arbeit.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: ...zur Arbeit, und dann haben Sie geschrieben, 28 Prozent aller Wege werden mit dem Drahtesel, da sind wir leider noch unter 20 %, da sind andere Länder wirklich weiter, da sind andere Länder schon zwischen 30 und 40 %. Ich verweise nur auf München, die gerade die 30 %-Marke überschritten haben. Aber,

wir freuen uns einerseits darüber, und auf der anderen Seite macht mir die Diskussion über die Fahrrad-Rowdys insofern Kopfzerbrechen, als natürlich einzelne Vorfälle, die unangenehm sind, womöglich ein Gesamtbild zerstören, aber auch eine politische Diskussion, die immer wieder nur über Fahrrad-Rowdys und nicht über die Errungenschaft einer Stadt stattfindet, die eben mehr Menschen denn je auf das Rad bringt, sondern immer nur sozusagen über die negativen Erscheinungen, die es eben auch gibt, züchten ein Bild, als wären die Radfahrer die Bedrohung der Stadt schlechthin. So stimmt das nicht, das wissen wir auch aus den Unfallzahlen. Ich gehe jetzt noch einmal darauf ein, der Herr Gemeinderat Linhart hat es schon gesagt, ich fange jetzt von hinten an, den Kodex, den gibt es, es gibt die Straßenverkehrsordnung, aus diesem Grund, und da wurde das letzte Mal sehr polemisch eingegangen auf eine spezielle Zielgruppenmaßnahme zum Thema Fahrradfahren. Aus diesem Grund arbeiten wir mit unterschiedlichen Zielgruppen in Kursen, wo an Kinder, an Seniorinnen, an MigrantInnen, an Leute, die wieder Rad fahren, nachdem sie lange nicht gefahren sind, herangetreten wird und natürlich im Zuge dieser Kurse und Maßnahmen das Herantragen der Straßenverkehrsordnung ein ganz ein wichtiger Faktor ist, damit man weiß, auf welcher Grundlage man sich in der Straße oder im Straßenverkehr verhält. Weiters gibt es natürlich die Zuständigkeit der Polizei, die die Überwachung vornimmt. Auch hier gibt es eine intensive und gute Kooperation. Es wurden einige Schwerpunktaktionen immer wieder abgestimmt, die sind zwischen dem präventiven Bereich, wo es um Aufklärung geht, bis hin zum ganz konkret sanktionierenden strafenden Bereich. Sie können sich vorstellen, dass ausgerechnet bei mir sich natürlich auch viele abgestrafte RadfahrerInnen melden, das heißt, es wird nicht nur aufgeklärt, aber eben auch aufgeklärt, da geht es um die Argus-Aktion, wo es um die Prüfung geht, ob genug Licht am Rad ist, ob die ausgestattet sind, bis hin zur Aufklärungskampagne, die wir gemeinsam mit der Ordnungswache in den Parks vorgenommen haben, wo wir noch einmal klar darauf hinweisen, wo das Radfahren erwünscht und erlaubt ist und wo nicht. Aber wie gesagt, es gibt auch immer wieder ganz klar Strafaktionen in der Innenstadt, aber eben auch an Gehsteigen, die besonders neuralgisch sind, wo die Polizei intensiv mit

uns zusammenarbeitet. Noch zwei kurze Antworten zur Sicherheitsplakette und zum Fahrradkennzeichen. In der Fahrradverordnung der Straßenverkehrsordnung ist die Ausstattung prinzipiell einmal geregelt. Die Überwachung dieser Einhaltung obliegt der Polizei, die Sicherheitsplakette müsste vom Bundesgesetzgeber beschlossen werden, wenn so etwas einzuführen wäre. Prinzipiell muss man, indem man ein Fahrrad kontrolliert, feststellen, ob es ordnungsgemäß ist oder nicht und das passiert in vielerlei Aktionen. Fahrradkennzeichen, diese Diskussion wird auch schon lange geführt. Es gab einmal in der Schweiz ein Fahrradkennzeichen. Das wurde bereits vor Jahren abgeschafft, sonst hat es sich in gar keinem Land jemals etablieren lassen, das Einzige, was in der Schweiz derzeit noch ist, ist die kostenpflichtige Haftpflichtversicherungsvignette, die aber nichts damit zu tun hat, eine Kontrolle, die ist eben anonym zu kaufen und stellt damit auch keine Nummerntafel dar. Der Herr Kollege Lohr hat gesagt, die Verwaltungs- und die Praktikabilität von solchen Kennzeichen ist einfach nicht gegeben, sonst hätte sich das längst durchgesetzt. Auch in den Ländern, wo viele Radfahrerinnen und Radfahrerinnen, mehr als bei uns, unterwegs sind. Insofern stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu, weil in Graz dieses Thema ernst genommen wird, aber wie gesagt, wenn wir immer nur dieses Bild bedienten, dann stimmt es nicht zusammen mit all den vielen Radfahrern und Radfahrerinnen, die täglich sich an die Regeln halten und nicht nur ihrer Gesundheit Gutes tun, sondern auch der Stadt im Gesamten und das möchte ich hier auch noch einmal klar gesagt haben (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Grünen und der ÖVP! Natürlich kann man jetzt einmal jeden neuen Lösungsansatz gleich einmal a priori die Berechtigung absprechen, indem man halt auf geltende rechtliche Bestimmungen hinweist und damit aber eigentlich demonstriert, dass man hier am Status quo festhalten möchte. Aber ich wollte ja nicht die Baugesetze der Bundesverfassung jetzt ändern, ich wollte nur einmal Lösungsansätze für ein Problem liefern, das, wenn man

halt genau hinsieht, tagtäglich in unserer Stadt in Erscheinung tritt. Denn gerade unter Ihnen, Frau Vizebürgermeister, erleben wir eine intensive Fahrradoffensive in einer wachsende Stadt, die auch ein permanentes Ansteigen des Fahrradverkehrs mit sich bringt als Alternative zum motorisierten Straßenverkehr, Individualverkehr, und dies ist natürlich einerseits ein hochgradig erwünschter Aspekt, bringt aber auch die Notwendigkeit, dass man halt diesem steigenden Segment mit entsprechenden Regeln zu begegnen hat. Und es geht mir nicht darum, hier einfach nur schwarz zu malen und die Radfahrer in ein Eck zu stellen, das haben Sie vielleicht missverstanden, es geht mir einfach nur darum, dieser neuen Bewegung der Fahrradbenutzer hier klare Regeln entgegenzustellen. Es geht eben darum, das Gefahrenpotential so gut wie möglich auszuschalten. Und dafür sollte man sich halt nicht blind stellen für neue Lösungsansätze und Wege, wie sie eben auch Ihre Kollegin in Wien, Maria Vassilakou, vorgeschlagen hat, und das ist ja nicht unsere Erfindung, sondern das haben wir dankenswerterweise von ihr übernehmen können, denn auch sie hat eben diese Fahrrad-Knigge, wo es meines Wissens auch in Wien eine Straßenverkehrsordnung gibt, angedacht für Fahrradlenkerinnen und -lenker, und sie hat auch wieder die Thematik der Fahrradkennzeichen zumindest thematisiert, um das Thema wieder einmal anzudenken. Ich weiß aber, dass in allen größeren Städten Europas das hier ein Problem darstellt und die Lösungsansätze dort genau in die Richtung gehen, wie ich sie heute auch in meinem dringlichen Antrag präsentiert habe. Also ich kann diesem zu erwartenden Abstimmungsergebnis mit relativer Gelassenheit entgegensehen, weil ich ja weiß, dass wahrscheinlich in diesen Räumlichkeiten in einigen Jahren ohnehin die ähnlichen Lösungswege eingeschlagen werden. Deswegen hoffe ich trotzdem, auch heute, um breite Zustimmung für diesen Antrag.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Initiative zu Erhaltung und Fortbestand baulicher Denkmäler in Graz:

1. Aufgriff der Idee des BDA und Petition der Stadt Graz an den Nationalrat „zur Novellierung des UStG zwecks Umsatzsteuerbefreiung bei Erhaltung und Pflege von Denkmälern bzw. denkmalgeschützter Immobilien, zugunsten des Bestandes in Graz und in einem auch pro Wohnraumschaffung im Zentralbereich von Graz,
2. sowie Appell der Stadt Graz an das Bundesdenkmalamt, jedenfalls die Hinzufügung von Solarthermie- und Photovoltaikanlagen und thermische Sanierungen bzw. Verbesserungen in unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden breit zu ermöglichen und solches begleitend fachlich zu unterstützen.

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Intention dieses Antrages ist ein ganzheitlicher, denn das Ziel dieses Antrages ist es, dem berechtigten Drängen und Wollen zahlreicher Bürgerinitiativen, Aktivbürger nachzukommen, entgegenzukommen, die sich an mich gewandt haben, um insbesondere den Schutz der Grazer Bausubstanz, der ja wesentlicher Teil unserer Identität in Graz ist, wirklich zu erreichen und auch wirtschaftlich die touristischen Interessen der Stadt Graz zu stärken. Und den Bedürfnissen der Eigentümer, die im Besitz dieser Denkmäler, dieser Baudenkmäler sind, besser in Einklang zu bringen. Aufmerksam gemacht wurde ich auf diese Idee, diese Initiative auf der Homepage des Bundesdenkmalamtes, die sich schon mehrfach bemüht haben, im Nationalrat

eine entsprechende gesetzliche Regelung zu einer besseren steuerlichen Möglichkeit der Absetzung der Mehrkosten für den Erhalt dieser Kulturgüter sicherzustellen, und ich bin gerne bereit, mich proaktiv sozusagen vorne hinzustellen und diese Initiative des Bundesdenkmalamtes zu unterstützen. Wir erleben immer in den Zeitungen, dass es entsprechende Berichte gibt über sogenannte Wohnungs-Immobilienhaie, die denkmalgeschützte Häuser entsprechend devastieren oder gar vernichten, wie wir es zum Beispiel erlebt haben bei der Farbenfabrik Reininghaus, wo ein Verfahren schon eingeleitet war, Unterdenkmalschutzstellung, und das Gebäude dann einfach abgerissen worden ist. Demgegenüber stehen aber viele, viele hunderte Eigentümer von denkmalgeschützten Immobilien, die um den Erhalt, um den Fortbestand und die Weiterbenutzung dieser Denkmäler sich bemühen, auch bereit sind, private Gelder, versteuerte Gelder einzusetzen und die eigentlich die öffentliche Hand, die der Nutznießer ist über Tourismus, über die Allgemeinheit, eigentlich im Regen steht, weil man ihnen Auflagen macht natürlich aufgrund des Bundesdenkmalgesetzes, aber sie hinsichtlich der Kosten, des Aufwandes, des Mehraufwandes für diese Instandhaltung und Rettung im Regen stehen lässt. Denn es gibt für Private keinerlei Möglichkeiten, diesen Mehraufwand steuerlich abzusetzen. Wir haben alleine in Graz über 800 unbewegliche archäologische Denkmäler, wie es heißt, und die Mehrzahl davon sind Bauten, viele natürlich auch zu Wohnzwecken gewidmet. Und es wäre ein enormer Vorteil, diesen meines Erachtens vielfach verbesserungsunwürdigen Zustand zu verbessern und auch damit, wenn man es entsprechend adaptieren dürfte, entsprechenden Wohnraum auch zusätzlich zu schaffen. Die zweite Initiative, die da dabei ist, ist wirklich aufgreifend auch um die Geschichte, unter Anführungszeichen "rund um das Franziskanerkloster", wo die Altstadtsachverständigenkommission tätig war und nicht das Bundesdenkmalamt, aber der Geist dessen hat mich schon etwas verunsichert, beziehungsweise erzürnt, dass hier bei entsprechenden Baudenkmalern die Adaptierung auf neuen Stand, und dazu gehört eben regenerative Energien, vor allem die Solarthermie und die thermische Solarenergie zu nutzen inklusive Photovoltaik, dass man die wirklich auch reinpacken muss und hier das Bundesdenkmalamt wirklich mit einbinden sollte, um hier Möglichkeiten zu schaffen,

um hier auch in alten Gemäuer sozusagen neues und energiereiches Leben wirklich hineinzubringen.

Ich stelle daher den

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz möge mit einer Petition an den Nationalrat zur Novellierung des UStG herantreten, eine Mehrwertsteuer- beziehungsweise Umsatzsteuerbefreiung für Arbeiten zum Zwecke der Erhaltung und Pflege von Denkmälern zu beschließen.
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz möge weiters an das Bundesdenkmalamt herantreten, um eine Hinzufügung von Solarthermie- und Photovoltaikanlagen sowie thermische Sanierung bzw. Verbesserung in unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden breit zu ermöglichen und diese Maßnahmen begleitend fachlich zu unterstützen.

Ich glaube, es ist ein guter Antrag im Sinne unserer Bürger und unserer Stadt, bitte um Unterstützung. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Zur Dringlichkeit, gibt es da Wortmeldungen. Es gibt den Antrag vom Herrn Klubobmann Herper einer getrennten Abstimmung nachzukommen.

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Seitens der ÖVP werden wir der Dringlichkeit zustimmen, weil das tatsächlich ein dringliches Thema ist. Der Punkt 1 wird von unserer Seite jedoch abgelehnt, weil wir dann insgesamt Tor und Tür aufmachen, umsatzsteuerbefreiende Maßnahmen da und dort zu setzen. Der Punkt 2 scheint uns

sinnvoll zu sein, weil, das ist ja schon angeklungen, ja tatsächlich im Bereich der denkmalgeschützten Bereiche, aber insbesondere auch im Bereich der altstadtgeschützten Bereiche, hier durchaus Möglichkeiten in Richtung Energieeffizienz angedacht werden sollte (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann**: Ich habe mich in meiner Fraktion nach heftigen Diskussionen, die wir gestern, wie wir diesen Antrag bekommen haben und durchstudiert haben, habe wir uns sozusagen gedacht, entweder führen wir eine Diskussion über Umsatzsteuer, Umsatzsteuerrecht und über Befreiungen von Steuern für sinnvolle oder individuell sinnvolle empfundene Aktivitäten, vielleicht Dienstleistungen oder Bauten. Wir haben uns entschieden, diese Diskussion im Gemeinderat nicht zu führen, und damit wir aber trotzdem einen wunderbaren Teil manifest machen möchten, werden wir der Dringlichkeit zustimmen, damit wir dann dem Punkt 2, wo es um diese Verbesserung von ökologischer Sichtweise, aber auch vom Denkmalschutz, also diese Verbindungen zwischen Ökologie, zwischen Sonnenenergie, vielleicht auch Sonnenschutz und Denkmalschutz zusammenbringen, möchten wir den sinnvollen Teil dieses Antrages, nämlich den Punkt 2, unterstützen, dafür brauchen wir die Dringlichkeit und wir haben uns mit unserem Koalitionspartner auch in diesem Punkt geeinigt und wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Ich werde mich nicht mehr zu Wort melden und wir haben schon ersucht um eine getrennte Abstimmung des Punktes 1 und des Punktes 2 bittesehr. Wir werden dem Punkt 1 aus physikalischen Überlegungen und damit wir diese Diskussion da nicht führen im Gemeinderat. vielleicht auf der Nationalratsebene führen, nicht zustimmen, dem zweiten Teil, wo auch unsere Einflussmöglichkeit ist zum Sonnenschutz, zum Denkmalschutz und zur Ökologisierung selbstverständlich zustimmen (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich einmal für die Annahme des Punktes 2, der sich abzeichnet, wo es doch darum geht, altes Gemäuer wirklich auch wirtschaftlich substantiell für Eigentümer, aber auch für Mieter für die Nutzer, die dort leben, arbeiten, entsprechend so zu gestalten, dass sie wirklich modernen zukünftigen Anforderungen entsprechen mögen. Ich weiß, dass es mit diesem Antrag alleine nicht gedient ist, dass da auch viel Überzeugungsarbeit noch zu leisten sein wird beim Bundesdenkmalamt, bei den dort Sachverständigen, um das wirklich zu erreichen. Beim Punkt 1, muss ich sagen, enttäuscht es mich, gerade, sage ich einmal, seitens der ÖVP doch sehr, nicht hier im Grazer Gemeinderat zumindest eine Petition nach Wien zu schicken, um wirklich das zu erreichen, weil einfach Bürgerinnen und Bürgern (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) eine Auflage zu geben, was sie alles einzuhalten haben und ich weiß, die Mitarbeiter des Bundesdenkmalamtes sind da sehr genau und sie machen das wirklich akribisch genau, was alles zu tun ist, und sie aber dann wirtschaftlich bei der Erbringung dieser Leistung im Regen stehen zu lassen, ohne darauf zu schauen, wie viel jemand wirklich an Geld, an frei disponiblen Geld zu Verfügung hat, um diese Leistungen im Sinne der Allgemeinheit auch der Identität der Stadt Graz und des Tourismus wirklich zu erbringen, da denke ich, sollte die ÖVP zumindest nach der Abstimmung noch einmal in sich gehen und hier einen gedanklichen Wandel in der Zukunft einleiten. Aber dennoch, Punkt 2, danke für die Unterstützung.

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 20.20 bis 21.00 Uhr.**10) Durchführung einer Volksbefragung zum geplanten Bau der Staustufe Puntigam**

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Durchführung einer Volksbefragung zum geplanten Bau der Staustufe Puntigam. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, plant die Energie Steiermark zirka 600 Meter nördlich der Puntigamer Brücke die Errichtung einer Mur-Staustufe. Die Kosten dafür explodieren mittlerweile, werden auch rathausintern 100 Millionen Euro für die Errichtung dieser Staustufe beziffert.

Der Bau der Staustufe Puntigam stellt nicht nur einen massiven Eingriff in das Ökosystem der fließenden Mur und der Uferbereiche, das viel zitierte grüne Band dar, sondern hat auch gravierende Auswirkungen auf die Grazer Bevölkerung. Besonders betroffen wären die Mur-Ufer zwischen Seifenfabrik und Puntigamer Brücke, speziell die Siedlungen am Grünanger. Ich glaube, dass hier in diesem Gemeinderat ein massiver Informationsbedarf herrscht. Deshalb werde ich Ihnen das nicht ersparen, welche Veränderungen da auf die Grazerinnen und Grazer zukommen. Ich werde Ihnen Dinge vorlesen, die stammen aus den Einreichunterlagen, aus der Umweltverträglichkeitserklärung der Energie Steiermark, die können Sie alle dort nachlesen, wenn sie Lust haben, zwei Kartons voll Unterlagen durchzuackern. Ich sage Ihnen das auch deshalb, weil die Bilder, die Fotomontagen,

die in der Öffentlichkeit kursieren, dermaßen grotesk sind, nichts mit der Realität einer Bauphase zu tun haben, nicht mit der Realität der kommenden Jahrzehnte zu tun haben. Die Estag zeigt Fotos, Luftbilder, da sieht man die Mur, da ist jeder Baum, jeder Strauch, so wie er jetzt ist, wie er derzeit ist und da ist einfach nur eine Staumauer eingebaut und es hat so wenig mit der Realität zu tun, dass man sich wirklich eindringlich damit beschäftigen muss. Zu welchen Veränderungen wird es also kommen?

- Es würden Dämme zurück bis zur Seifenfabrik auf der linken Seite beziehungsweise bis zum Augarten, rechtsufrig, errichtet. Am Kraftwerk hätten diese Dämme eine Höhe von rund 3,9 Meter und würden dann gleichmäßig niedriger bis sie bei der Seifenfabrik beziehungsweise auf Höhe Augarten enden.
- Der Wasserspiegel würde im Fall der Errichtung um rund 3 Meter angehoben werden, das heißt, die Menschen, die in den Siedlungen am Grünanger leben, werden wahrscheinlich ein seltsames Gefühl haben beim Schlafen, denn sie werden unterm Wasserspiegel leben.
- Im Stauraum-Bereich würde es für die Bevölkerung keinen Zugang mehr zum Mur-Ufer geben, ich verweise da auch auf die Einreichunterlagen der Energie Steiermark, da steht Sperrfläche im Stauraumbereich.
- Es würde zu einem großflächiger Verlust von Kinderspielflächen und Jugendsport-Einrichtungen kommen.
- HeimgärtnerInnen würden ihre Jahrzehnte lang liebevoll angelegten Grünoasen einbüßen, und diejenigen von Ihnen, die in den Heimgärten unterwegs sind, wissen ganz genau, wie lange das dauert, bis man so ein Beet angelegt hat, dass das nicht einfach so ist, dass man eine Wiese umgräbt und im nächsten Jahr Gemüse erntet.
- Es würde zu einer jahrelangen Großbaustelle mit einer hohen Feinstaubbelastung mitten in der Stadt kommen. Um die Dimension dieser Baustelle zu verdeutlichen, ich würde raten, dass Sie gut zuhören, weil die Menschen werden Sie diese Dinge auch fragen, um die Dimension dieser

Baustelle zu verdeutlichen, für den Bau der Staustufe müssten nach Angaben der Estag 2.065.870 Tonnen Boden ausgehoben werden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

- Es käme zu einem zeitweiliger Verlust der wichtigsten Rad- und Fußwegverbindung durch die Stadt
- Es gäbe keine Freizeitnutzung an der Mur und keine Erholung an den natürlichen Mur-Ufern.
- Die beliebte Welle der WassersportlerInnen würde vernichtet werden.
- Es käme zu einem Kahlschlag am Grazer Murufer – 8.000 Bäume würden geschlägert werden oder unter Wasser absterben. 8.000 Bäume erzeugen Sauerstoff für 160.000 Menschen, das ist mehr als die Hälfte der Grazer Bevölkerung. Im Naturschutzbeirat, vor kurzem wurde übrigens auch darüber gesprochen, wann ein Baum seine komplette, also seine wirklich Funktion erfüllen kann, und da ist eine sehr treffliche Aussage gefallen, da hat nämlich ein Mitarbeiter der Stadt Graz gesagt, ein Baum im Alter von 20 Jahren erfüllt noch keine Funktion. Er übernimmt noch keine Funktion. Also Sie sehen, dass wir über Jahrzehnte lang diese Bäume nicht für eine gute Grazer Luft haben werden.
- Es wird zu einer Verschlechterung der guten Gewässergüte und zu einer Faulschlamm-Bildung in der Mur kommen.
- Die Mur wird sich unterhalb der geplanten Staustufe eintiefen und es wird auch dort zu massiven Eingriffen in die Vegetation der Mur-Böschung kommen.
- Und es wird zu einem großen Verlust an Arten kommen, die in der Mur derzeit heimisch sind und das fließende Gewässer brauchen.

Was die Lebensqualität betrifft, da werden wir einfach keinen rauschenden Fluss mehr durch unser Stadtgebiet haben, wir werden Veränderungen des Grundwasserspiegels haben, wir werden Überschwemmungsgefahr in Grazer Kellern und Tiefgaragen haben. Es besteht auch eine mögliche Grundwassergefährdung durch den an den Stauraum angrenzenden Deponien und es ist fraglich, ob die

schlechte Luft so wie bisher von der Mur, die eine Frischluftmühle ist, noch abtransportiert wird.

Und das alles für ein superteures Notstrom-Aggregat, dieser Begriff stammt übrigens von Dr. Werner Prutsch, Leiter des Umweltamtes, der sich sehr intensiv damit beschäftigt hat. Die geplante Staustufe Puntigam brächte eine erschreckend geringe Strom-Ausbeute – sie würde gerade einmal 0,8 % des steirischen Stromverbrauchs erzeugen. Ich frage Sie, wie diese Leistung aussieht, sollen wir jedes halbe Jahr eine neue Murstaustufe bauen. Im Winter, wo wir am meisten elektrische Energie brauchen, bringt sie nur ein Drittel ihrer Leistung. Bei der Murenquete hat sie auch eines klar gezeigt, selbst der Vertreter der Estag, Prof. Stiegler, hat gesagt, dass Simulationen gemacht wurden und die Errichtung der Murstaustufe, der Betrieb der Murstaustufe wird den Import keiner einzigen Kilowattstunde Atomstrom verhindern, keine einzige Kilowattstunde. Dr. Teissing hat auch gesagt, dass sie keinen Einfluss hat auf den Betrieb fossiler Kraftwerke. Mit einer zukunftsweisenden Energieeffizienzpolitik könnten wir uns diese Staustufe also leicht ersparen.

Bisher haben über 32.000 besorgte BürgerInnen die Anliegen der Plattform „Rettet die Mur“ unterstützt und haben sich mit ihrer Unterschrift gegen die Errichtung der Staustufe Puntigam ausgesprochen.

Bei einem Projekt dieser Dimension, das so massive ökologische Veränderungen im Stadtgebiet herbeiführen wird, ist es unerlässlich, dass die Grazerinnen und Grazer nach ihrer Meinung gefragt werden, bevor der Gemeinderat eine grundsätzliche Positionierung beschließt.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Dem Gemeinderat der Stadt Graz ist in seiner nächsten Sitzung ein Geschäftsstück zur Durchführung einer Volksbefragung nach § 155 Steiermärkisches Volksrechtsgesetz

vorzulegen. Sinngemäß mit folgendem Inhalt: „Sind Sie dafür, dass die Stadt Graz in ihrem eigenen Wirkungsbereich den Bau der geplanten Staustufe in Puntigam (Murkraftwerk) unterstützt?“

Die Volksbefragung soll bis 1. November 2011 durchgeführt werden.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

11) Durchführung einer BürgerInnen-Umfrage zum Bau der Staustufe Puntigam

GRin. **Jahn** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Jahn**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wir sind froh, dass wir nun heute doch noch zur Diskussion zum Murkraftwerk kommen und in erster Linie zu zwei Themen, die uns, bevor wir hierher kommen entscheiden, ob wir ein Kraftwerk gut oder weniger gut finden, zu zwei Dingen kommen, die wir vorher klären sollten, und es gibt ja heute tatsächlich die Möglichkeit für alle Fraktionen, die momentan noch nicht so sehr an BürgerInnenbeteiligung im Zusammenhang mit dem Kraftwerksprojekt denken, Kollege Eichberger, es ist nie zu spät, auch für Sie nicht. Es gibt die Möglichkeit der Durchführung einerseits einer Volksbefragung nach dem Volksrechtegesetz, wie es meine Kollegin Andreas Pavlovec-Meixner hier schon als Antrag eingebracht hat, es gibt aber auch die zweite Möglichkeit der Durchführung der BürgerInnenumfrage zum Bau eben der Staustufe Puntigam. Ein Modell, das ja auch von der SPÖ zu Beginn des heurigen Jahres sehr massiv unterstützt wurde, unter anderem auch mit dem Argument, um über so wichtige Dinge wie zum Beispiel ein Murkraftwerk, ob es gebaut werden soll oder nicht, im Vorfeld abzustimmen und die Menschen in der Stadt zu befragen, ob sie hier wirklich ein Geld über die Estag investieren möchten oder nicht oder ob sie vielleicht auch diesen Eingriff in unsere Natur, in unseren Naturraum Mur als zu groß erachten.

Während wir also gemeinsam mit den MurschützerInnen und als Grüne ja schon seit langem uns in diversen Veranstaltungen und mit zahlreichen Protestaktionen hier

auch versuchen, Gehör zu verschaffen und versuchen, die Diskussion zum Kraftwerk, die wir eben als nicht sinnvoll erachten, anzukurbeln, stehen wir hier, auch hier herinnen, man merkt es heute wieder am sehr großen Block gegenüber, der mit uns über dieses Thema nicht diskutieren will und auch mit den Grazer Bürgerinnen und Bürgern offensichtlich nicht diskutieren will. Es gibt hier offensichtlich eine große Solidarität mit der Estag, die uns in sehr schönen großen Werbeinseraten das Blaue vom Himmel verspricht und die sogar, und das finde ich persönlich besonders verwerflich, nach der schrecklichen Atomkatastrophe in Fukushima ganz bewusst mit dem Wasserkraftwerk geworben hat und gesagt hat, so wir haben jetzt die Lösung, wir brauchen keine Atomkraft mehr, da machen wir ein kleines Murkraftwerkerl und damit entgehen wir dem weiteren Import von Atomstrom. Wo wir natürlich alle wissen, dass das ein ziemlicher Humbug ist.

Nicht zuletzt wegen dieser starken Proteste der MurschützerInnen und der immer wieder eingeforderten Diskussion in dem Zusammenhang, ob ein derartiges Kraftwerk überhaupt Sinn macht, nicht zuletzt deswegen ist ja auch der Herr Bürgermeister, für uns auch sehr positiv, an die Medien herantreten mit dieser Idee, ein Umfragemodell zu erstellen, um unter anderem auch über die Frage des Murkraftwerkes abzustimmen. Künftig, so hieß es seitens Bürgermeisters, sollen, Zitat wörtlich, „die Grazer bei großen, strategischen Entscheidungen gefragt werden“. Weiter: „Dazu gehört neben Umweltzone und der Zukunft des Reininghaus-Areals auch das geplante Wasserkraftwerk der Energie Steiermark in Puntigam“, dies haben Sie 2010, im Oktober versprochen. Und noch mehr, damals haben Sie auch gesagt: „Nagl betont, dass das Votum der Bevölkerung in jedem Fall respektiert werde. Wenn sich die Mehrheit der Grazer gegen das Kraftwerk aussprechen sollte, wird es auch nicht gebaut“, so Bürgermeister in der Krone im Oktober 2010. Wir wissen, was danach passiert ist, die Estag hat einen kurzweiligen Baustopp verordnet, hat selber gesagt, für uns natürlich besonders erfreulich: „In einem urbanen Raum wie Graz macht eine Volksbefragung zu so einem Großprojekt absolut Sinn. Man sieht ja derzeit in Stuttgart, was auf keinen Fall passieren soll.“ Also so viel zu diesem Thema.

Was wir jetzt aber auch merken, der Widerstand formiert sich, es werden zahlreiche Unterschriften gesammelt und auf einmal ist natürlich von einer Umfrage keine Rede mehr, weil wenn man das Volk befragt und da macht es vielleicht nicht das, was man selber will, das will man dann ja irgendwie doch nicht. Und deswegen lieber Pfoten weg von einer Umfrage, hat man den Eindruck.

Nichtsdestotrotz es ist nie zu spät. Ich denke, bevor wir uns zu diesem Kraftwerk oder gegen dieses Kraftwerk entscheiden, sollten wir uns alle bei der Nase nehmen, ganz besonders ÖVP und SPÖ, ihr habt den GrazerInnen eine Umfrage, eine Beteiligung, eine Diskussionsmöglichkeit zu diesem Kraftwerk versprochen und ihr seid kurz davor, dieses Versprechen zu brechen. Es gibt hier zwei Möglichkeiten, ihr könnt den Antrag von meiner Kollegin unterstützen, ihr könnt auch meinen Antrag unterstützen, es gibt hier verschiedene Varianten, wie wir zu einer Meinungsbildung der Grazerinnen und Grazer kommen können. Für uns am besten vor 1. November, weil wir wissen, dass Verfahren laufen und dass auch Geld schon investiert wurde und in diesem Sinne, je früher desto besser sollten wir sehen, was die Grazerinnen und Grazer zu diesem Projekt sagen.

Deshalb stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Um die Einbindung der Meinung der Grazer Bevölkerung zur Staustufe Puntigam bei einem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zum Kraftwerksbau und bei Beschlüssen, die im Zusammenhang mit der geplanten Staustufe Puntigam stehen, sicherzustellen, beauftragt der Gemeinderat der Stadt Graz den Stadtsenat, die Durchführung einer BürgerInnenumfrage gemäß eben der von uns beschlossenen Richtlinie, mit der erhoben wird, ob sich die Grazer Bevölkerung für oder gegen den Bau der Staustufe Puntigam ausspricht, zu prüfen. Diese BürgerInnenumfrage soll bis zum 1. November 2011 durchgeführt werden (*Applaus Grüne*).

GRin. **Bergmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Alternative Energien, ob es jetzt Wasserkraftwerke, Windkraftwerke, Biomasseheizwerke, Solarenergie oder Photovoltaik ist, sind alles zukunftsorientierte Energiebringer, die wir auf alle Fälle befürworten. Das heißt, Wasserkraft ist ein durchaus für uns interessantes Ding, allerdings muss auch Kritik angebracht werden, so wie Windräder nicht in allen Regionen der Steiermark oder in Österreich Sinn machen und in manchen Regionen sehr wohl eine tolle Sache sind, so sind auch Flusskraftwerke, Wasserkraftwerke eine interessante Sache, aber sie sind nicht überall gefragt. Ich möchte einfach nicht mehr auf die inhaltlichen Dinge eingehen, es wurden die gesamten ökologischen Bereiche bei der Murenquete sehr ausführlich berichtet von Experten und wir haben dort auch ersehen können, dass auch unter den Experten Meinungsunterschiede sind, die einen befürworten das Ding in Graz, die anderen warnen davor. Unsere Fraktion sieht ganz einfach hier im städtischen Bereich von Graz, also ganz explizit das Murkraftwerk Puntigam, als sehr fragwürdig an, denn wenn wir, ich habe heute noch den Herrn Prof. Gepp im Oh, der sagt, das was hier vernichtet wird an Naturraum, das dauert 50 Jahre, das geht auf Generationen, dass wir den Stand von heute wieder erreichen und dann aber nicht mehr zu hundert Prozent. Und das macht mich schon bedenklich. Das ist die eine Frage, die Ökologie, die andere Frage ist natürlich auch die wirtschaftliche Frage, sie ist für mich ganz eindeutig, wer hat den Nutzen dieses Kraftwerks, den hat die Energiewirtschaft. Die Stadt Graz nicht unbedingt, was den Strombedarf betrifft, aber eines stört mich hier, dass auf dieser Tagsordnung plötzlich ein Grundsatzbeschluss zum Murkraftwerk vorliegt, obwohl es im Herbst bis Weihnachten Anfang dieses Jahres noch massive Diskussionen bezüglich Bürgerbefragungen gegeben hat, wo plötzlich die Bürgerbeteiligung ein wesentlicher Punkt in Graz war, der wichtig war, auch dem Herrn Bürgermeister, und jetzt bei so einem großen Bereich, der in Graz, also die Stadt Graz, das ist ein ganz ein einschneidendes Projekt für die Stadt, das bedeutet massive Veränderung für den städtischen Bereich und nicht nur für den

innerstädtischen Bereich, auch für die Randbezirke entlang der Mur, dass bei so einem Projekt plötzlich kein Gedanke mehr für eine Umfrage oder für eine Volksbefragung mehr im Vordergrund steht. Also unsere Fraktion stimmt dieser Dringlichkeit dieser beiden Anträge zu, wir treten für eine Volksbefragung nach dem Volksrechtegesetz massiv ein. Ich glaube, es ist einfach legitim und es ist wirklich ein Zeichen von Bürgerbeteiligung, dass man Bürger ernst nimmt, wenn man diese Umfrage startet und erst nach so einer Umfrage einen Grundsatzbeschluss im Gemeinderat zu diesem Murkraftwerk fasst. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Die Linie des BZÖ ist, glaube ich, relativ klar. Ja zur Wasserkraft als Nutzung einer sauberen Energie, die Lehren nach Fukushima vor drei Monaten, 25 Jahre nach Tschernobyl, ja zur Bürgerbeteiligung, das heißt ja auch zum Hören, zum Verstehen und zum Umsetzen von Sorgen und Anliegen bei so einem Großprojekt und ja selbstverständlich zu einer Befragung des Volkes. Entweder im Rahmen einer Volksbefragung nach Volksrechtegesetz oder einer Bürgerbefragung, wie sie Bürgermeister Nagl selbst ja hier in Graz eingeführt hat mit dem Argument, über die Murkraftwerke abstimmen zu lassen. Es ist ja keine Erfindung der Grünen, das ist Copyright ausschließlich danke Sigi Nagl. Bürgerbefragung in Graz bei wesentlichen Themen, Betteln war die große Frage, vom Tisch, die heiße Kartoffel durfte das Land erledigt, was uns geblieben ist, ist das Murkraftwerk und auch dort gibt es keine Kindesweglegung. Bin sehr überrascht, dass der Bürgermeister bei dieser Murenquete gemeint hat, also welche Aufregung da ist, ich habe damit nichts zu tun. Das Murkraftwerk geht uns nichts an, das ist ein Projekt der Estag und des Verbundes und des Herrn Voves, fragt ihn. Und dann unterhalte ich mich vorige Woche in Kaprun mit dem Generaldirektor des Verbundes, mit dem Vorstand der E-Control bei einer Energieeffizienztagung, ist ja keine Überraschung, stand ja auch in den Zeitungen, also braucht ihr..., wenn man sich politisch informiert..., das Kraftwerk Kaprun besucht und, und, und, und die

sagen dann eigentlich dort alle, also das wundert sie, auch die Geschäftsführerin der Kleinwasserkraftwerke Österreichs, die Dame war auch dort, die wundern sich, dass der Bürgermeister, sie sind ja für die Kraftwerke, aber ihr in Graz seid Baubehörde, der Bürgermeister ist auch in seiner Funktion als Bezirkshauptmann, dürfen wir ja nicht vergessen, diese Funktion hat er ja auch noch inne im übertragenen Sinn, da können wir noch einmal... drei Minuten dazu, weil wir diskutieren über zwei Dringliche. Die Stadt Graz ist für einen Großteil der Abwicklung dieser Projekte zuständig. Und wenn wir dafür zuständig sind, sollten wir auch seinem Argument folgen, dass wir selbstverständlich die Bevölkerung fragen, um dann einige Dinge zu klären. Kollegin Jahn hat richtigerweise Stuttgart 21 gesagt, ich sage Ihnen was anderes, Koralmtunnel, wenn im Jahr 2002 die Österreichische Bundesregierung, die steirische und die Kärntner Landesregierung so stümperhaft gearbeitet hätte, dann wäre der Koralmtunnel nach den 78er-Jahren, der Klauser und Pur noch immer auf dem Papier existent, aber nicht gebaut. Da hat es von der ÖBB gut und recht Informationsveranstaltungen gegeben in Hollenegg in Frauental, überall Bürgeranliegen wurden gehört, Lärmschutzwände wurden gebaut und auf jedes einzelne Argument vom Bürger wurde Rücksicht genommen nach der Methode, wenn wir drei Milliarden Euro verbauen, dann werden wir wohl noch 5 Millionen Euro dafür haben, dass wir das Leben und den Lebensraum der Menschen dort nicht zerstören. Und daher sage ich, wenn wir ein Wasserkraftwerk bauen in einer Dimension von zig-Millionen Euro und damit die Dividenden von der Estag abschöpfen, nicht die Preise damit senken, sondern sie in Beton umsetzen, dann sollte es doch im Preis inbegriffen sein, dass man selbstverständlich auch die Sorgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger hört und nicht nur das, sie informiert und sie dann auch darüber abstimmen lassen. Eine Selbstverständlichkeit, nur nicht in Graz, wir sind für die Wasserkraft, aber unter der Bedingung, und wir werden auch dafür werben, aber nur unter der Bedingung, dass es eine Einbindung der Bevölkerung gibt und das hier nicht gegen die Bevölkerung agiert wird. Und dann sind auch in einer Informationskampagne, wo der Betreiber, Verbund, Estag, Stadt Graz als Behörde auch informieren muss. Nicht in einer Enquete vor zwei Wochen,

nachdem seit einem Jahr die Pläne in den Schubladen liegen, nicht am Ende eines Diskussionsprozesses, nein, am Anfang offensiv diskutieren und Fragen zu klären. Kommt die Energie dieses Kraftwerkes tatsächlich den steirischen Haushalten zugute, ich sage Strom hat kein Mascherl, nicht den Grazern, denken wir nicht so klein, österreichisches Netz, kommt es den österreichischen Kraftwerken zur Verfügung oder wird der Strom, auch wieder nach dem Motto, Strom hat kein Mascherl, verkauft, damit wir dann weiterhin 17 % Atomstrom in Österreich importieren? Den teuren Ökostrom verkaufen durch Wasserkraft, durch Laufkraftwasserwerke, thermische Energiegewinnung weiterhin verkaufen, wie wir es tun und billig den Atomstrom einführen? Diese Frage ist zu klären. Die zweite Frage, die zu klären ist, ist, verbaut man tatsächlich Gewinndividenden, um endlich in der Steiermark die Strompreise zu senken? Mehrere dringliche Anträge von der ÖVP, von der SPÖ, von der KPÖ, vom BZÖ, von allen hier eingebracht, die Strompreise endlich zu senken und statt 96 Millionen Euro in die Hand zu nehmen und diese auch tatsächlich zu senken, verbaut man sie nach dem Motto, man lässt sich den Markt nicht schmutzig machen. Ist das ist Interessenslage einer verantwortungsvollen Stadtpolitik, auch das gehört beantwortet und, die wichtigste Frage, die dritte Frage, welche Maßnahmen zur Energieeffizienz setzt die zweitgrößte Stadt Österreichs, um endlich energieautark zu werden, um nicht von Putins Gaslieferungen abhängig zu sein wie Gesamtösterreich und nicht von Bohunice und Mochovce und den Atomstromlieferungen, die drei Fragen. Die Frage Huchen beschäftigt mich nicht. Es interessiert auch niemanden, wenn der Wolfgang Spadiut in Knittelfeld seinen Froschteich zuschüttet und die 15.000 Forellen frisst, das sage ich Ihnen in der Volkstümlichkeit. Und mich interessieren auch diese Huchen nicht, die vor 20 Jahren vom Herrn Kräuter und vom Arbeiterfischerverband Graz eingesetzt worden sind, nachdem man vor 22 Jahren nicht einmal den Finger in die Mur stecken konnte, weil die Mur dreckig war und man nicht einmal draus trinken konnte, ohne dass man schwere Krankheiten hat. Also das Gefasel von Naturraum zerstören, das lasse ich wirklich nicht gelten, weil es nicht stimmt und weil es hahnebüchern ist, weil die Mur vor 20 Jahren konnte man über die Hauptbrücke nicht einmal gehen, weil sie gestunken hat nach Papier, nach

Kartonagen, Prinzhorn, Mayr-Melnhof, ich meine, blenden wir das alle aus. Das wird ja jetzt nicht in diesen Zustand zurückversetzt, nein, es geht um drei Punkte, die ich beantwortet haben wissen will, nämlich die Energieeffizienz, die Wirtschaftlichkeit und die Bürgerbeteiligung in Graz, die ist wichtig. Denn es gibt Fragen, wie die Grundwasserqualität aussieht, wie wir wissen, bei den bestehenden oder gebauten vier Murkraftwerken, wie es mit den öffentlichen Brunnen aussieht, gibt es dort öffentliche Brunnen und wenn ja, wie haben sich diese entwickelt, welche Begleitmaßnahmen werden getroffen, um negative Niveauänderungen auf die Stadt rückgängig zu machen...?

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt noch die Möglichkeit, beim Antrag sich zu melden.

GR. **Grosz**: Ja, ich weiß, aber was soll ich tun? Ganz kurz. Wie ist die Erfahrung bei den bereits gebauten Kraftwerken hinsichtlich der Bauweise und, und, und. Diese Fragen sind zu klären. Wir stimmen dem nur zu, wenn es auch eine klare Beschlusslage hier gibt, die bedeutet, dass wir uns vor der Bevölkerung nicht fürchten, sondern die Bevölkerung einbinden, ansonsten wird Sie bei der Gemeinderatswahl 2013, wenn der Baubeginn Herbst 2013 ist, nicht aus parteitechnischen Gründen der Teufel holen, sondern zu Recht, weil die Bürgerinnen und Bürger immer etwas Verdächtiges vermuten, wenn man ihnen nicht reinen Wein, in diesem Fall, reines Wasser einschenkt. Ich danke (*Applaus BZÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich darf kompakt die Linie der Freiheitlichen zusammenfassen. Wesentliche Fragen und Zugänge sind ja schon

bereits bei der Murenquete ausführlichst debattiert worden. Es gibt auch eine Zusammenfassung unserer Stellungnahme auf unserer Homepage. Für uns überwiegen die Vorteile. Zu den Anträgen: Volksbefragungen sind prinzipiell etwas, das es zu unterstützen gilt, nämlich dann, wenn sich die Politik darauf versteht, grundsätzlich Bürger in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen. Was es nicht braucht, und das ist hier der Fall, sind selektive Befragungen, weil es einer Koalitionspartei nicht passt, dass eine Mehrheit von Bürgern und Parteien für eine Sache ist. Wir sind gerne bereit, Richtlinien mitauszuarbeiten im Sinne des Volksrechtegesetzes, wenn wesentliche Dinge abgefragt werden. Dazu gehören dann aber auch Themenstellungen wie den Moscheenbau, multikulturelle Öffnung des Magistrates oder eine grüne Welle. Also nein zu diesen Anlassbefragungen, die nur den Sinn haben, einer Partei eine Plattform zu bieten, um bei dieser emotionalen Debatte politisches Kleingeld zu wechseln, Klientelpolitik zu betreiben und dem Koalitionspartner hier ein Konfliktfeld aufzumachen. Das heißt, wir lehnen diese Anträge ab, dem Fachstück werden wir zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragsteller! Die grünen Kraftwerksgegner, nein, nicht gute AKW-Gegner, sondern Verhinderer heimischer Wasserkraftwerke, das muss man sich genüsslich auf der Zunge einmal zergehen lassen, haben die gutgläubigen Grazer Bürger bereits drei Mal in ihrer laufenden Kampagne nach Strich und Faden hinteres Licht geführt. Stichwort, naturbelassener Gebirgsfluss als Unwahrheit Nummer eins. Wie die Interreg-Studie des Landes historische Gewässerentwicklung der Mur südlich von Graz ausführt und beweist, ist die Mur bereits massiv, bereits vor 140 Jahren reguliert und kanalisiert worden. Um Überschwemmungsgebiete trocken zu legen, um im großen Umfang landwirtschaftliche Flächen, Verkehrsflächen und Bauplätze zu begründen. Wer würde heute eine Mur wollen, die bis zu ein Kilometer breit ist und mehrmals im Jahr durch Hochwasser die Gründe überflutet und alles hinwegrafft,

was sich ihr in den Weg stellt? Und danach wochenlang Sumpf und Mücken bietet, selbst bei nur einem Drittel der Bevölkerung, wie im Mittelalter, war das schon eine existentielle Bedrohung. Stichwort Huchen als Unwahrheit Nummer zwei. Wenn die Huchen so autochthon wären, wie die Grünen vermeldeten, wochenlang wohlgemerkt, dann mag der ja gar nicht das schnelle Fließgewässer der Mur, denn auch ohne Regulierung hat unsere Mur vor der Zeit, vor 1820, mit Sicherheit eine deutlich verminderte Fließgeschwindigkeit. Sachlich blanker Unsinn und ein schäbiger Versuch eine Mystifizierung einer einzigen Fischart zur Absicherung der eigenen politischen Daseinsberechtigung zu machen. Auch wissen wir bereits, dass der Huchen erst nach der Mursanierung 1985 eingesetzt worden ist, als leckere Anglerbeute wohlgemerkt und jetzt das Geheul, weil ein paar rote und grüne Angler Angst haben, womöglich nicht mehr Petri Heil rufen zu können. Wenn ihr den Huchen so gern habt, dann tretet am besten öffentlich für ein Befischungsverbot dieses Fisches ein. Stichwort Urwald als Unwahrheit Nummer drei. Von Urwald á la Hainburger Au oder in den Gebieten, wie es diese etwa im Mariazellerland gibt, ist in den Muraueen nichts zu finden. Das was dort zu sehen ist, ist eine Vegetation aus zweiter oder gar dritter Hand. Von ursprünglich keine Rede, und wenn 8000 Bäume für das Bauvorhaben verschwinden, werden diese wieder in ihrer näheren Umgebung neu gepflanzt, was ist das für ein Problem in unserem Lande, wo in der Steiermark, jährlich wohlgemerkt, liebe Antragsteller, ruhig zuhören, rund 500 Hektar Wald neu an Fläche zuwachsen und das also auch nur blankes Politgeschwätz. Frau Kollegin Meixner, ich wende mich jetzt einmal persönlich an Sie, Sie sind sicherlich eine intelligente und gescheite Frau, aber in der Art und Weise, wie hier die grüne Fraktion die Bevölkerung in einer unglaublichen Art und Weise veräppelt, hinteres Licht führt und manipuliert, ich weiß, die Grünen werden wissen, warum sie dieses Spiel betreiben, nur es ist ein verächtliches Handwerk. Nur, warum tun Sie das? Um Spenden zu lukrieren, würde ich sagen, um Personendaten zu sammeln, um E-Mail-Adressen zu sammeln, um Ihr Waffenarsenal für die nächste Gemeinderatswahl im Jänner 2013 zu füllen. Dazu ist Ihnen jeder erdenkliche Weg in Ihrer Argumentation recht und nach einer Unwahrheit wird die nächste einfach nachgereicht. Darauf

haben die Grazer Wählerinnen und Wähler seitens der Grünen sicherlich Verlass. Auch die KPÖ versucht auf diesem Terrain zuzufassen, ist Ihnen doch wohl auch jedes Mittel recht, wenn es gerade in den Kram passt. Dass den Gerüchten folgend auch ein Ex-Mandatar der KPÖ persönliches Interesse verfolgt, weil er um seinen eigenen Schrebergarten fürchtet, wirft auch ein befremdendes Licht auf über die Ausrichtung auf das Gemeinwohl der KPÖ. Und während SPÖ Stadtrat Müller eine Pro-Aktion oder Pro-Position für das Murkraftwerk verlautbart, schläft anscheinend die Partei, ohne ihn ausreichend zu unterstützen. Über die Gemeinderäte und Funktionäre der ÖVP bin ich erschüttert, lieber Peter, ja sogar schwer erschüttert, lieber Klubobmann, weil mir von Bürgerinnen und Bürgern mehrfach berichtet wurde, dass deine Leute in Diskussionen und in Gesprächen unverhofft einknicken, sich sogar verschämt zum Murkraftwerk äußern in der Art, dass sie nie und nimmer Vertreter der Energielobby seien und dem Thema kritisch gegenüberstehen. Lieber Peter, redet Ihr in eurem Klub nicht miteinander über dieses Thema, weißt du denn nicht, was da zum Teil gespielt wird? Also eines sage ich dir, in meinem Bekanntenkreis lasse ich so einen Unsinn nicht zu. Und ich fürchte mich vor keiner einzigen Befragung, ich denke, dass die Grazerinnen und Grazer in ihrer repräsentativen Mehrheit so gescheit sind, der Propaganda und Agitation der Grünen nicht auf den Leim zu gehen und bedenken werden, dass ein klares Nein zur Atomindustrie und zur Atomenergie ein klares und deutliches Ja zu allen regenerativen Energieformen und vorne weg auch ein Ja zur Nutzung der heimischen Wasserkraft bedarf. Denn es sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Demgegenüber werde ich die Grazer Bürgerinnen und Bürger über meine Position informieren, die ein klares und unmissverständliches Ja zum geplanten Murkraftwerk zum Inhalt hat. Gestern, heute und morgen. Ach ja, und bevor ich es vergesse, in der Zeitschrift Spiegel fand ich einen Artikel von Redakteur Hellmuth Karasek, welcher die Misanthrop-Haltung der Grünen untersuchte und zum Schluss kommt, der Menschenfeind wählt grüne Liste. Eine wahrhaft sinnige Erkenntnis, denn die Grünen sehen die Menschen außerhalb der Natur.

GR. **Rajakovics:** Ich werde mich kurz fassen, weil wir, nehme ich an, das Stück jetzt in Kürze auch hören werden und dann kann man über alle Inhalte zum Stück diskutieren. Letztlich ist das ganze Thema ja auch Thema einer Umweltverträglichkeitsprüfung und letztlich geht es uns darum, dass wir, sollte diese positiv ausgehen, auch den Menschen jetzt schon sagen, welche Möglichkeiten sich für uns daraus ergeben würden. Wir haben im vergangenen Herbst ein Modell zur BürgerInnenbefragung vorgestellt, nach etlichen Diskussionen dann auch dieses Modell im Gemeinderat beschlossen, gegen die Stimmen der Grünen, weil wir einfach ein neues Modell zusätzlich haben wollen, wenn es dringend notwendig ist, weil ein Thema sehr polarisiert und nicht abzusehen ist, wie die Haltung der Menschen in Graz ist, ein Mittel wo möglichst viele Menschen in relativ kurzer Zeit erreichbar sind und möglichst leicht auch einen Zugang haben, ihre Stimme abzugeben. Dieses Modell gibt es und zu dem Zeitpunkt, wie wir dieses Modell vorgestellt haben, hat es auch Themen gegeben, die Graz bewegt haben. und auf die Frage von Journalisten, was wären denn solche Fragen, waren zu dem Zeitpunkt, hat der Gerald Grosz schon angeführt, unter anderem das Betteln, war unter anderem Reininghaus, unter anderem auch das Thema Murkraftwerk und überhaupt Wasserkraft insgesamt. Inzwischen ist Fukushima eingetreten, inzwischen hat sich die Schweiz einen Ausstieg aus der Atomenergie vorgenommen, inzwischen hat sich Deutschland einen Ausstieg aus der Atomenergie vorgenommen und siehe da, die Umfragen zum Thema Wasserkraftwerk in der Stadt, die vor zirka sechs Monaten durchaus ein nicht so einheitliches Bild ergeben haben, sind inzwischen in allen Umfragen, egal von welchen Zeitschriften durchgeführt, auch egal von welchen Parteien durchgeführt, eindeutig pro Wasserkraft und pro Murkraftwerk und deshalb brauchen wir in dem Fall dieses Instrument der BürgerInnenbefragung nicht stellen. Zur Volksbefragung gibt es ganz klare Richtlinien, es ist jeder Fraktion, es ist überhaupt jedem Bürger unbenommen, Unterschriften dafür zu sammeln und eine Volksbefragung einzuleiten, das braucht also auch nicht Gegenstand eines dringlichen Antrages zu sein, weil dieses Recht gibt es. Deshalb gibt es für uns ein klares Nein zu

einer Dringlichkeit der Volksbefragung, weil die ist sowieso möglich und es gibt ein Nein aus der Begründung, die ich gerade gehabt habe auch zum dringlichen Antrag bezüglich einer Volksbefragung und der BürgerInnenbefragung. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte KollegInnen der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sehen das Murkraftwerk als Chance für Graz, die es wahrzunehmen gilt, einerseits aus energiepolitischer Sicht und auf der anderen Seite auch zur Schaffung eines naturnahen Erlebnisraumes. Und zwar es ist so, dass man Beispiele hat, mannigfaltige Beispiele, wo man sieht, dass Städte, urbane Zentren an Lebensqualität gewinnen, wenn das Wasser weiter hereinkommt in die Ballungsräume...

Zwischenruf GR. Grosz: In die Keller.

StR. Mag. **Müller**: Was diese Bedenken betrifft, so vertrauen wir darauf, dass es eine Umweltverträglichkeitsprüfung gibt und es wissen alle, dass solche Umweltverträglichkeitsprüfungen ganz, ganz streng sind und zwar warum? Es ist hier so, dass immer auch beide Seiten gutachterlich betrachtet werden, und das ist auch gut so. Das war ein wirklicher Erfolg der Umweltpolitik, dass eben das wahrgenommen wird und dass es sehr ernst genommen wird und ich kann dazu ein Beispiel zitieren, weil das wurde auch immer wieder gebracht und vielleicht ist das auch für den Herrn Gemeinderat Grosz etwas, das ihn beruhigen kann. Sollte sich ergeben, dass Hochwassergefahr es nur irgendwie geben kann durch diesen Kraftwerkbau, so wird er unmöglich und allein das zeigt das Beispiel, wie streng hier

auch die Auflagen sind, die sich aus einem solchen Verfahren ergeben. Es ist so, dass wir deshalb uns auch darauf verständigt haben, jetzt in einem Bereich als SPÖ eben auch für dieses einzutreten, für dieses Projekt, es ist ein Investitionsprojekt, das ein Investor in Graz machen wird, und ich möchte diesem Aspekt noch hinzufügen, dass natürlich das nach den entsprechenden Verfahren ordentlich abgewickelt wird, aber dass in dem Fall, glauben wir, die Stadt Graz gut beraten ist, auch jetzt diese Chance in Anspruch zu nehmen, eben entsprechend mitgestalten zu können, um dieses Projekt wirklich zu einem Erfolg für Graz auch zu machen. Deshalb werden wir uns, auch was das Stimmverhalten betrifft, hier auch dem Stimmverhalten des Kollegen Rajakovics anschließen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Allererstes möchte ich mich beim Herrn Gemeinderat Mariacher für sein Kompliment, jetzt ist er leider nicht da, glaube ich, bedanken, möchte aber gleichzeitig sagen, das kein einziges Zitat, das von ihm angeführt wurde, von den Grünen stammt, woher er das hat, weiß ich nicht, aber ich kenne unsere Zitate sehr genau. Heute am Nachmittag hat der Herr Gemeinderat Eichberger in Bezug auf die Parkzonenerweiterung gesagt, stur sein, hart bleiben, in Bezug auf Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, stur sein, hart bleiben hat er gesagt in Bezug auf die Wünsche einiger Menschen bezüglich der Parkzonen. 32.000 Grazerinnen und Grazer haben sich gegen das Murkraftwerk ausgesprochen, da ist es der SPÖ dann scheinbar egal. Bei der Murenquete hat der Herr Stadtrat Müller sich damals, obwohl er angekündigt war, nicht zu Wort gemeldet und ich muss Ihnen ehrlich sagen, Sie haben mich auch heute nicht überzeugt mit Ihrer Position und ich glaube, das liegt daran, dass Sie sehr wohl wissen, dass einige Ihrer Ex-Kollegen beim Joanneum Research diesem Projekt auch sehr kritisch, aus energiewirtschaftlicher Sicht sehr kritisch gegenüberstehen. Und Herr Klubobmann Herper hat bei der Murenquete einen Vortrag gehalten und hat viel über Nachdenken gesprochen. Und ich sage, Sie

haben nie die Absicht gehabt nachzudenken, Sie haben sich die Argumente gar nicht angeschaut und Sie haben ein Denkverbot verhängt in Ihrer Partei (*Applaus Grüne*). Ich möchte noch einmal zitieren den Herrn Dr. Keilbauer, der damals zu mir gesagt hat auf die Frage, warum sie das Kraftwerk bauen, obwohl es unwirtschaftlich ist, weil er das Geld lieber in der Mur vergräbt, als dass es im Budget des Landes Steiermark verdampft. Das wäre wirklich schrecklich gewesen, hätte es Geld gegeben für Sozialausgaben, aber das ist der sozialdemokratischen Partei in Graz egal. Und, Herr Bürgermeister Nagl, wir haben schon sehr oft über Energiepolitik geredet und das waren auch sehr interessante Gespräche, wo wir uns auch darüber geeinigt haben, wie Lisa Rücker dann auch bei der Murenquete gesagt hat, dass in der Steiermark die Energiepolitik nicht von den Politikern, sondern von den Energieversorgungsunternehmen gemacht wird. Lisa Rücker hat das bei der Murenquete auch gesagt, und ich bin neben zwei Leuten von der Estag gesessen und die haben zu mir gesagt, ja, da hat sie Recht und haben gelacht dabei. Ich glaube, dass das so ist, dass Sie als Bürgermeister der Standortgemeinde sehr wohl alle Möglichkeiten haben zu sagen, wir setzen lieber auf Effizienzprojekte, wir brauchen dieses Murkraftwerk nicht, wir machen in Ersatzprogramm für Elektroheizungen und lösen damit viele unserer Energieprobleme. Ich weiß schon, dass die Zeit drängt. Bei der Regierungssitzung, Klausur am 31. Mai am Semmering, wurde beschlossen, dass mit 1. Oktober ein Lobbyistengesetz in Kraft treten wird, dass mit 1. Oktober ein Gesetz über die Transparenz bei Parteienfinanzierungen in Kraft treten wird. Anders kann ich mir Ihre Eile und Ihre Einigkeit hier nicht erklären. Aber ich sage Ihnen auch, für diese Drüberfahrpolitik werden Sie die Rechnung bei der Wahl bekommen, da wird Ihnen das alles, die ganzen Mittel, die Sie da möglicherweise unterstützen und die Sie möglicherweise extern erhalten, nichts helfen. Und in diesem Sinne, wir sind sehr enttäuscht natürlich, dass Sie das nicht unterstützen werden, aber wir glauben, dass jene, die sich für die Befragung der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, dafür auch belohnt werden (*Applaus Grüne*).

GRin. **Jahn**: Zuerst einmal ein Danke an jene Kolleginnen und Kollegen, die unser Anliegen der BürgerInnenbeteiligung im Zusammenhang mit dem Kraftwerksprojekt unterstützen und das zeigt auch, dass es im Grund genommen hier herinnen relativ einfach ist, es gibt jene Fraktionen, die ehrlich bereit sind zu sagen, reden wir mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz, ob derartig wichtige große Investitionen und schwer wiegende Projekte in unserer Stadt Sinn machen und ob wir das gut finden oder weniger gut finden. Es gibt diese Fraktionen, die sagen auch, wenn wir vielleicht eine Meinung haben und die BürgerInnen dann sagen, nein, wir sehen es anders, wir würden uns an das halten. Und dann gibt es die anderen, und die anderen heißen halt wieder einmal SPÖ und ÖVP und wieder einmal ist es so, dass zuerst groß herumgetönt wird von Demokratieoffensive und wir müssen mehr Demokratie wagen in der Stadt Graz und was weiß ich nicht alles. Und dann, wenn es einmal ernst ist, liebe Kollegen von der Sozialdemokratie, dann wird es plötzlich ganz ruhig, dann hört man plötzlich nichts mehr, dass man mit den BürgerInnen reden soll, dass man in einen Diskurs geht und wie wichtig der Austausch mit den BürgerInnen ist und so kann es ja nicht funktionieren, dass man nur dann mit den Menschen redet, wenn man die Antwort gerne hört, und genau das ist das, was Ihr da hier herinnen betreibt.

Zwischenruf GR. Eichberger: Das haben wir von euch gelernt.

GRin. **Jahn**: Ich muss ganz ehrlich sagen, mehr Demokratie wagen in Graz, Schall und Rauch und nicht mehr als eine leere Worthülse von euch. Ein Zitat Bundesgeschäftsführer SPÖ, der sich auch, finde ich, sehr richtig in die Debatte zum Murkraftwerk eingebracht hat, was hat er gesagt: Eine Absage der BürgerInnenbefragung zum Murkraftwerk wäre jedenfalls eine demokratiepolitische

Provokation und genau dieses, liebe SPÖ, kann man euch wirklich nur ins Stammbuch und wo auch sonst immer noch hinschreiben, weil das ist genau das, was ihr jetzt macht. Nun zur ÖVP. Leider müssen wir auch da feststellen, dass die groß angekündigte Offensive zum Thema BürgerInnenbeteiligung, wie wir sie schon oft gehört haben und über die Bekenntnisse, wir uns auch immer ehrlich gefreut haben, gedacht haben, super, da starten wir jetzt gemeinsam durch. Leider haben da doch die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, und da muss ich sagen, auch der Kollege Korschelt zum Beispiel im Jänner-Gemeinderat, das ganz richtig erkannt hat, dass das mit der Umfrage halt doch noch irgendwie so ein Werbeschmäh ist, um irgendwie nach der Landtagswahl auch im Zusammenhang mit dem, was Bürgermeister Häupl in Wien gefordert hat, halt zu sagen, ach ja, jetzt müssen wir mehr mit den BürgerInnen reden, tun wir halt mehr mit BürgerInnenbeteiligung, wir müssen halt wieder irgendwie Terrain zurückgewinnen bei den vielen enttäuschten Initiativen und AktivistInnen in der Stadt, die wir leider haben. Und da geht es auch um den Bereich Grünraum und Gewässer, da geht es um Bauangelegenheiten, da geht es um Stadtplanung, zahlreiche andere Themen, aber scheinbar, ja, es war halt wieder einmal gut gebrüllt, aber halt leider nicht sehr viel dahinter gesteckt. Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen. Wir haben ein Umfragemodell hier herinnen, wurde das mit Mehrheit beschlossen und wie wurde es argumentiert? Mit einem Murkraftwerk und zwar ganz intensiv. Es hat geheißen, und so wichtige Projekte wie zum Beispiel das Murkraftwerk, und das mit dem Volksrechtegesetz alles viel zu kompliziert und machen wir doch ein Umfragemodell. Das waren die Argumente, unter anderem für dieses Umfragemodell, und jetzt auf einmal, na ja, auch irgendwie, wenn die Mehrheit der Bevölkerung vielleicht doch nein sagt, fragen wir lieber nicht nach. Das ist offensichtlich die Haltung der ÖVP und der SPÖ und was heißt das, ÖVP/SPÖ habt euch verabschiedet von der Energiepolitik, es gibt einen Kniefall vor den Interessen der Estag, vielleicht habt ihr auch schon gemeinsame Klubsitzungen, ich kann mir das durchaus vorstellen. Es wäre ja nicht das erste Mal, dass ESTAG-Mitarbeiter im Rahmen von Gemeinderatssitzungen, wo wir über das Kraftwerk diskutieren, da herumschwirren, bei uns in den Klub hineinstürzen und

dann nachfragen, ob das der ÖVP-Club ist oder der SPÖ-Klub, weil da hätten sie jetzt einen Termin, auch das haben wir schon gehabt, oder zweitens, es die Sorge einfach so groß, dass die Abstimmung halt gegen euch ausgeht und das will man natürlich verhindern, deswegen lieber Kopf in den Sand und schnell durch und keine Umfrage und auch keine Volksbefragung. Traurig aber wahr, wir nehmen das zur Kenntnis und diskutieren gerne mit euch weiter zu den Inhalten dann im Zuge des Gemeinderatsstücks (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Grosz** zum Antrag: Werte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte von der ÖVP, wir haben heute sehr viel von der Mündigkeit gesprochen, unter Mündigkeit, die wir den Bürgerinnen und Bürgern zutrauen, eine Entscheidung zu treffen und jetzt appelliere ich an Ihre Mündigkeit. Um 21.16 Uhr berichtet die Kleine Zeitung Online-Ausgabe, dass Sie, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP, dem Begehrt einer Volksbefragung dieses niedergeschmettert haben und nicht zugestimmt haben. Wir haben jetzt 21.50 Uhr, aber die Kleine Zeitung berichtet um 21.16 Uhr, dass Sie nicht ihr freies Mandat genutzt haben, um die Bürgerinnen und Bürger in so ein großes Projekt einzubinden, sondern dass Sie das a priori auch mit der SPÖ im Klubzwang abgeschmettert haben. Und da sage ich Ihnen schon, sehr geehrte Damen und Herren, die Sie in Graz leben, die Sie mit Grazerinnen und Grazern Umgang pflegen sollten und wo ich ja davon ausgehe, dass Sie wieder von den Grazerinnen und Grazern gewählt werden wollen, das ist kein Umgang. Und es ist auch kein Umgang, den Ihre Parteiführung mit Ihnen pflegt, das sage ich Ihnen auch ganz ehrlich. So kann es nicht sein, dass man über das freie Mandat bei einer entscheidenden Frage des Grazer Gemeinderates drüberfährt und mittels Klubzwang bekannt gibt, Demokratie findet bei uns nicht statt. Der

Kollege Rajakovics hat heute ein Argument gebracht, nach Fukushima hat sich in Österreich, in Graz die Einstellung zu Atomstrom geändert. Ist ein hanebüchener Blödsinn, denn mit Zwentendorf ist es laut Verfassung und den österreichischen Wahlgesetzen über die Durchführung von Volksabstimmungen eindeutig dokumentiert, dass sich die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher dauerhaft die letzten 30 Jahre gegen Atomstrom und gegen Atompolitik in Österreich ausgesprochen hat, und da hat Fukushima nichts ausgelöst, denn die österreichische Haltung war immer eine klar negative gegenüber dieser schmutzigen Energieform. Sehr geehrte Damen und Herren, Wasser ist unser Lebensraum hier in Graz, die Mur ist ein zentraler Punkt unserer Stadt, die Mur ist das Verbindende zwischen zwei Stadtteilen, sie ist historisch gewachsen, das ist oftmals verändert, aber historisch gewachsen und daher ist es eine sehr wesentliche Frage, ob man diese einer so starken Veränderung zuführt oder nicht. Wir scheuen die Befragung der Bevölkerung nicht und ich würde mir wünschen, wenn es der Großteil des Gemeinderates auch so sehen würde (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist wirklich überraschend und man sieht ein bisschen auch so die Arbeit der Medien, wenn, bevor noch Beschlussfassung überhaupt hier stattfindet, schon Online-Nachrichten drinnen stehen. Ich möchte nur absolut berichtigen, da steht überhaupt nichts von einem Klubzwang oder sonst was...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben überhaupt nichts bekannt gegeben, der Herr Winter wird gerade angerufen und von uns gefragt, was er da überhaupt zusammenschreibt, weil da sind einige ganz eigentümliche Formulierungen dabei und darüber kann man sich nur wundern.

Zwischenruf GR. Grosz: *Das macht es nicht besser.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Das macht es nicht besser, da hast du wieder vollkommen Recht.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich denke mir, es gibt prinzipiell zwei Dinge, die wir hier klären sollten, diskutieren sollten. Das eine ist die Sinnhaftigkeit eines weiteren Flusskraftwerkes, die ganze inhaltliche Diskussion, die noch relativ dürr ausgefallen ist, vielleicht kommt sie dann auch bei den Stücken. Das ist ja der eine wesentliche Punkt, der andere ist, der hier bei den Anträgen im Mittelpunkt steht, trauen wir uns die Bürger fragen, wollen wir die Bürger fragen, ist es nicht eigentlich ein Thema für eine Bürgerbeteiligung? Ich gehe kurz auf den inhaltlichen Punkt ein und würde eine Position einfach ganz kurz so beschreiben. In Österreich, in der Steiermark gibt es keine Energiepolitik mehr, sondern nur ein Energiemanagement. Statt in nachhaltige Energie zu investieren, wird nur überlegt, wo man neue Kraftwerke hinbauen könnte, um Geld zu verdienen. Vier plant derzeit die Stromtochter der Energie Steiermark, SSG, gemeinsam mit dem Verbund in und um Graz. Das wäre aus grüner Sicht eine grüne Beschreibung, sie stammt aber nicht von einem Grünen, sie stammt von einem ganz anderen, ich glaube, es ist bekannt, von wem sie stammt, sie stammt vom Bürgermeister dieser Stadt, zumindest nach einer APA-Meldung, also müsste man

dann schauen, ob das auch nur Zeitungsmeldung ist oder wirklich so ist. Das macht eben keinen Sinn, Energiepolitik nur dahingehend zu betreiben, hier ein Kraftwerk mehr zu bauen. Das ist der falsche Weg, das ist der kurzsichtige Weg, egal, wie man zur Wasserkraft steht. Wasserkraft hat auch positive Seiten, Wasserkraft hat auch negative Seiten, die Belastung eines Murkraftwerkes in der Stadt ist sehr hoch usw. Das wäre die inhaltliche Diskussion, die es zu führen gilt und bis vor kurzem waren Sie, Herr Bürgermeister, offensichtlich auch der Ansicht, dass ein Wasserkraftwerk in der Stadt sehr wenig Sinn macht. Heute tönt es etwas anders, wir sollten es noch sehr ausgiebig diskutieren. Ich weiß nicht, ich habe eine Meldung hier, ich weiß nicht wirklich, ob sie stimmt, Sie können nachher noch dazu Stellung nehmen. Muss man sich anschauen. Die Meldung ist Anfang 2009, das muss man auch dazusagen, das ist schon eine Weile her, es ist zwar diese Periode, aber ich weiß auch nicht exakt, ob sie stimmt, das können wir ja klären. Hier und heute geht es vor allem darum, ist man bereit das Volk zu befragen bei so einem wichtigen Projekt, und ich verstehe wirklich nicht diese Ausreden, es ist eh klar, was das Volk will, wenn es 30.000 Unterschriften gibt, ich gebe zu, teilweise auch Nicht-GrazerInnen dabei, das mag schon alles sein, aber wenn die Estag sich fürchtet vor einer Volksbefragung, wenn die Estag einen Baustopp, einen Planungsstopp überlegt, sobald das Wort Volksbefragung daherkommt, so klar ist die Sache nicht weder vor noch nach Atomkraftwerksunfällen, die Sache ist völlig offen und ich glaube, das Wesentliche ist, dass man bei so einem wichtigen Punkt, bei so einer großen Belastung für die Bevölkerung der Stadt Graz, denken Sie an die Bauphase, denken Sie an die Fahrzeuge, denken Sie an diese 8000 Bäume, die schon wieder nachwachsen, ja, aber wie lange braucht das, wie schaut es inzwischen aus? Die Kleinigkeit von 50 Jahren sollten wir nicht vergessen, das sind immerhin zehn volle Wahlperioden. Also ich glaube, hier sollte einfach das Volk befragt werden zu dem Thema, das ist Bürgerbeteiligung, wie wir sie leben wollen, ich dachte, Schwarz/Grün steht für so etwas, ich bin jetzt schon etwas entsetzt, dass da auf einmal der Mut weg ist, dass man bei solch wichtigen Dingen das einfach im Alleingang entscheidet, bevor man

hier das Volk befragt. In diesem Sinne einfach die Bitte der Zustimmung zu einer Volksbefragung (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Schwarz/Grün stand leider nicht für so etwas. Schwarz/Rot stand für so etwas und die Grünen waren es, die dieses Bürgerbeteiligungsmodell, das ich vorgeschlagen habe, nicht einmal im Ansatz mittragen wollten, auch mit den Worten, es reicht ja auch bisher schon das Volksrechtegesetz, Frau Kollegin Jahn, an das möchte ich Sie auch gerne erinnern (*Applaus ÖVP*). Ich möchte es sehr deutlich sagen, dieses Instrument einer Bürgerbeteiligung war nicht euer Thema.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Ich sagte Volksbefragung...

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber heute versuchen die Grünen, dieses Bürgerbeteiligungsmodell auch wieder von uns einzufordern und ich sage noch einmal, aufgrund der Tatsache, was passiert ist, ich brauche das eh nicht wiederholen, was der Thomas Rajakovics schon gesagt hat, ist es von uns eine ganz, ganz klare Meinung. Und ich bitte auch, und das fällt mir halt vermehrt auf, dass es bei manchen Gemeinderäten, im Speziellen auch von Gemeinderäten der Grünen, immer dann der Fall ist, wenn nicht eure Meinung geteilt wird, wird eher von oben herab auf andere wirklich verbal eingeschlagen, und wir haben einfach diese Meinung (*Applaus ÖVP*), wir wünschen uns aus vielen Gründen das Murkraftwerk und ich möchte einen Aspekt wirklich aufgreifen, der mir wichtig ist. Wir sind in einem urbanen Raum, ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die UVP in einem Stadtgebiet anders ausgehen sollte als die UVP außerhalb in den Landgemeinden, wo, wenn ich so sagen darf, der Grüngürtel

noch ein anderer ist als mitten in der Stadt. Wir wünschen uns aber auch eine Weiterentwicklung an der Mur, und ich habe genügend Städte aufgezählt, und es wurden auch bei der Enquete genügend Städte aufgezählt, die durch ein Kraftwerk ein ganz anderes Erlebnis, einen ganz anderen Erholungsraum haben und ich lade immer wieder ein, braucht nur hinunterfahren nach Marburg und unten einmal im Lend hinsetzen und einmal schauen, wie die Menschen diesen Fluss erleben können und ich glaube auch, dass viel zu viele Argumente so aufgebauscht wurden, um ein solches Projekt einfach zu verunmöglichen. Wir vertrauen auch dem UVP-Verfahren, da wird auf all diese Sorgen noch einmal eingegangen, wir haben es lange diskutiert und es gibt eben auch eine Mehrheit, ich sage es jetzt aus meiner Sicht, Gott sei Dank, dass ein solches Projekt einmal eine Unterstützung findet. Und zu den Bäumen noch einmal, weil es nicht alle bei der Enquete hören konnten. Die Stadt Graz verfügt über 3.200 Hektar Wald und der wächst jährlich um drei Prozent zu, das sind 22.000 Festmeter Holz, die ungenutzt jährlich in Graz nachwachsen, das entspricht 1.000 Lkw-Zügen von Holz, die wir nicht einmal ernten oder nehmen. Das heißt, wenn wir über Baumkronen und deren positive Funktion sprechen, müssen wir halt das auch einmal betonen. Die einzige Sorge, die wirklich begründet da ist, ist, dass dieser Grüngürtel zu stark unterbrochen wird, der sich vom Norden durch Süden der Stadt erstreckt und da ist die Estag und der Verbund ordentlich gefordert, uns das auch wieder herzustellen. Aber das ist für mich ein ganz, ganz wichtiger Punkt in der Frage. Jetzt werden wir unterstützen das Kanalprojekt und da werden wir nicht auskommen. Die Europäische Union wird uns das vorschreiben, gilt es sowieso auf einer Seite der Mur auch diese Bäume zu schlägern, deswegen werden wir heute auch über dieses Kanalstück noch einmal diskutieren (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Wir werden im Anschluss noch über unsere Haltungen zum geplanten Murkraftwerk diskutieren. Diese Anträge hatten ein anderes Thema, sie hatten das Thema, inwieweit man eine solche Entscheidung im Gemeinderatssaal

trifft, eine Entscheidung, wie die Position der Stadt zu diesem Murkraftwerk ist oder inwieweit man den Menschen die Möglichkeit gibt, sich einzubringen bei so einer Entscheidung und im Vorfeld zu einer Entscheidung auch umfassend informiert zu werden. Die Grünen sind bei dem Thema sehr leidenschaftlich, aber sie verwenden nicht den falschen Stil, weil Sie zuerst gesagt haben, es wird da verbal um sich geschlagen, ich habe bei niemandem von unseren Wortmeldungen...nein, habe ich eine Untergriffigkeit gehört oder nicht? Es ist eine leidenschaftliche Debatte, zu der wir stehen, weil wir uns erwartet haben...

Zwischenruf GR. Schröck: So geht man nicht mit einem Koalitionspartner um.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** ...dass es einen Weg gäbe, auch in einer Koalitionspartnerschaft einen Weg trotz unterschiedlicher...

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Liebe Gerda, du kannst dich gerne zu Wort melden. Wir haben einen Weg gesucht mit der ÖVP, mit dem Koalitionspartner, und das ist auch der Grund, warum wir auch auf das Umfragemodell eingegangen sind, trotz unterschiedlicher Meinung, der Bevölkerung gemeinsam die Möglichkeit zu geben und gemeinsam an die Bevölkerung heranzutreten und sich ein Bild zu machen in

einer Vorfeldkampagne und dann eine Umfrage zu starten, das war das Angebot und das wäre die Chance gewesen trotz unterschiedlicher Meinung mit der Bevölkerung, in eine Diskussion zu gehen. Dieses Angebot wurde nicht angenommen, das müssen wir in Kauf nehmen, es ist natürlich so, dass wir die demokratischen Spielregeln kennen, aber wir lassen uns nicht unterstellen, dass wenn wir ein Thema leidenschaftlich vertreten, dass wir dann unter der Gürtellinie unterwegs sind, das sind wir nicht gewesen...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das war aber so, nicht nur eine Wortmeldung. Das können Sie nachlesen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** ...ich kann das nicht feststellen bei den Wortmeldungen, die heute da waren und es ist auch nicht unser Stil, wie ihr genau wisst, wir sind sehr stark von dem überzeugt, was wir hier vertreten (*Applaus Grüne*).

GRin. **Binder:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Vor einer Wahl und nach einer Wahl spielt sich eigentlich in diesem Haus immer dasselbe ab. Sowohl der Herr Bürgermeister als auch alle anderen sind immer überrascht und betroffen, zutiefst betroffen darüber, wie wenig Menschen wieder einmal zur Wahl gegangen sind, wie wenig Menschen ihr demokratisches Recht in Anspruch nehmen und dann wird jedes Mal nach der Wahl fast beschworen, dass wir die Politik ändern werden, dass wir Möglichkeiten schaffen werden für die Menschen, hier in Graz sich einzubringen, sich zu beteiligen, sie ernst zu nehmen, ihnen das Gefühl zumindest dafür zu vermitteln, damit das nächste Mal sich mehr Menschen

angesprochen fühlen. Heute, diese Diskussion ist eigentlich ein weiterer Schlag gegen die Demokratie und ich möchte das noch einmal ein bisschen ausführen. Anneliese Rohrer hat vor nicht allzu langer Zeit einmal gesagt, ständig wird darüber gesprochen, dass die Demokratie durch den Islam in Gefahr ist. Die Demokratie, sagt sie, und dem kann ich ganz viel abgewinnen, die ist eigentlich von innen in Gefahr und wenn wir heute, und alle haben zugehört, was heute für Argumente gekommen sind, warum die Bevölkerung nicht für eine Abstimmung oder nicht abgestimmt werden soll, dann muss ich der Anneliese Rohrer Recht geben und ich stelle mir schon die Frage, warum kann eine größere, stärkere Beteiligung von Menschen nicht als starkes, demokratisches Mittel gesehen werden hier herinnen? Ich glaube, diese Frage ist von ganz besonderer Präsenz. Wie beteiligen wir Bürgerinnen und Bürger bei Fragen, die von essenzieller Bedeutung sind, und Luft und Wasser ist von essenzieller Bedeutung. Heute ist schon sehr viel darüber gesagt worden, und im Übrigen bin ich extrem überrascht, wie wenig von der SPÖ über die ÖVP eigentlich auf inhaltliche Argumente eingegangen wurde. Da hat man tatsächlich das Gefühl, auch hier herinnen, wozu wird denn hier argumentiert, wenn keiner von Ihnen inhaltlich eingeht auf das, was meine Kollegin Pavlovec-Meixner gesagt hat, was meine Klubobfrau Christina Jahn gesagt hat. Es geht hier tatsächlich um nichts weniger als um direkte demokratische Möglichkeiten, und wenn wir unsere Demokratie nicht weiterentwickeln, wenn wir nicht fähig sind, neue Qualität in diese Demokratie hineinzubringen, die Demokratie ist nicht etwas, was ewig bleibt und die Sozialdemokraten müssten das eigentlich wesentlich besser wissen, weil vor 150 und 200 Jahren sind nämlich die Sozialisten auf die Straße gegangen und haben gekämpft für ein Mitbestimmungsrecht und für ihre politischen Rechte und heute sitzt ihr da und nicht einmal einer von euch traut sich, da herauszukommen, um überhaupt eine Stellungnahme abzugeben. Wenn der Herr Bürgermeister davon spricht...

Zwischenruf GR. Eichberger: Ich komme nicht.

GRin. **Binder**: Du kannst nur herausschreien, komm heraus und sagst einmal deine Meinung zur Demokratie. Du tust nur brüllen und schreien, du trägst sonst gar nichts bei.

Zwischenruf GR. Eichberger: Euch ist Demokratie nur dann recht, wenn ihr sie braucht.

GRin. **Binder**: Du warst heute derjenige, der gesagt hat, ja BürgerInnenbeteiligung, die Kollegin Pavlovec-Meixner hat das noch einmal zitiert, was du heute gesagt hast. Ein ganz interessantes Gespräch mit dem Willi Kolar, ja aber die BürgerInnenbeteiligung bleibt doch nicht bei einer Wohnstraße stecken, das kann es ja nicht sein, Willi. Und du weißt das auch, du kommst genau aus dem Eck, wo du das auch weißt. Du hast das auch gelernt. Aber du bist auch nicht bereit, die Demokratie hier und jetzt und da zu verteidigen. Der Herr Bürgermeister sagt, die Mur soll entwickelt werden, ich sage dem Herrn Bürgermeister, die Demokratie muss weiterentwickelt werden, diese Mur, die da ist, die kann man so belassen wie sie ist (*Applaus Grüne*). Ich erwarte mir ohnehin nicht, dass Ihr inhaltlich mit unserem Vorschlag mitgeht, aber es soll euch bewusst sein, fangt bitteschön vor der nächsten Gemeinderatswahl nicht wieder zum Jammern und zum Klagen an, ihr seid diejenigen, die den Bürgern nicht das Gefühl geben, dass sie ernst genommen werden und bei euch ist es...ihr habt so dieses Aber-geh-Demokratiebewusstsein und das ist irgendwie abartig. Als Demokratie, ein abartiges Demokratiebewusstsein, aber

geh, wird ja nicht so ernst sein, aber geh, wird schon nicht so schlimm werden, das ist euer Verständnis von Demokratie (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Ich werde mich auch in der zweiten Wortmeldung ganz kurz halten. Wir haben weder ein abartiges Verhältnis zur Demokratie, das weise ich wirklich aufs Schärfste zurück...

Zwischenruf GRin. Binder: Verständnis.

GR. **Rajakovics**: ...auch kein abartiges Demokratie-Verständnis, liebe Sigi Binder, das ist wirklich die Höhe, so was zu unterstellen, weil wir uns sehr bemühen, auf die Interessen einzugehen, weil wir vom BürgerInnenbeirat bis Beteiligungsmodelle und, und, und uns bemüht haben, dass möglichst viele, auch kleine Partikularinteressen, auch Gehör finden und auch gehört werden. Vom Naturschutzbeirat, x Einrichtungen, wo ganz viele Menschen mitreden können, ihre Meinung sagen können, und wir werden auch, wenn es um die konkrete Gestaltung, jetzt ist die UVP nicht einmal noch da, wenn es wirklich kommt, dann werden wir noch mit ganz vielen Menschen ganz direkt reden, wie es dann konkret in der Umsetzung ausschauen wird. Aber jetzt warten wir einmal ab, wir haben eine Vorstellung, wie es ausschauen kann, sollte die UVP kommen, und diese Unterstellungen, liebe Frau Pavlovec-Meixner, die Unterstellung, wir peitschen es durch, weil wir von der Estag was für den Wahlkampf gezahlt bekommen, diese Unterstellung ist unterste Schublade und die weise ich auch für die ÖVP wirklich auf das Schärfste zurück und ich möchte so etwas da hier nicht mehr da hier hören (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Gemeinderat Rajakovics, wenn ich Ihnen jetzt zugehört habe, dann bin ich mir ganz sicher, dass Sie noch nie an einem UVP-Verfahren teilgenommen haben. Wenn Sie nämlich glauben, dass dort einzelne Bürgerinnen und Bürger, dass ihnen Gehör geschenkt wird im UVP-Verfahren, also aufgrund dessen Änderungen gibt in den UVP-Verfahren, na dann...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Das habe ich nicht gesagt.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sie haben gesagt, Sie werden den Bürgerinnen und Bürgern dann zuhören beim UVP-Verfahren. Ihre Ankündigungspolitik bezüglich auf das Abstimmungsverhalten haben Sie noch gesagt von Seiten der ÖVP und der SPÖ, Sie lehnen die Dringlichkeit ab, dann war es plötzlich doch dringlich, da habe ich Hoffnung, dass Sie sich zum Inhalt auch was überlegen. Vielleicht ist es ja so, dass Sie die Anliegen der Grazerinnen und Grazer ernst nehmen. Nehmen Sie die Menschen ernst, die sich gegen die Staustufe Puntigam ausgesprochen haben, nehmen Sie BürgerInnenbeteiligung bitte ernst, nehmen Sie sich ein Herz und nehmen Sie Ihr freies Mandat wahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, und stimmen Sie für eine Volksbefragung. Danke (*Applaus Grüne*).

GRin. **Jahn**: Zwei Anmerkungen zu dem, was jetzt in der Diskussion gesagt wurde. Einerseits zu Ihnen, Herr Bürgermeister, ja, es ist eine leidenschaftliche Diskussion,

wir sind mit großem Engagement dabei so wie auch einige andere. Ja, es wird ausgeteilt, es wird eingesteckt, aber eines möchte ich schon dazusagen, Sie haben heute in der Fragestunde AktivbürgerInnen, die zugegebenermaßen ja vielleicht einmal lästig sind und vielleicht zehnmal nachtelefonieren und schon im Vorhinein, wo noch gar nicht genau klar war, was mit der Rettenbachklamm eigentlich passieren soll, Sie haben diese Menschen als Vernaderer bezeichnet. Also wenn wir über diese Frage diskutieren, dann möchte ich Sie auch bitten, dass Sie solche Äußerungen dann bitte auch nicht tätigen, weil das war für mich, ehrlich gesagt, auch eine Grenzüberschreitung.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das ist völlig aus dem Zusammenhang gerissen.

GRin. **Jahn:** Menschen, die kritisch sind, ganz egal, ob berechtigt oder nicht als Vernaderer zu bezeichnen, das finde ich nicht in Ordnung, Punkt eins. Punkt zwei, das Volksrechtegesetz, wir hätten gerne eine Befragung nach dem Volksrechtegesetz, das haben wir immer wieder gesagt, das ist, glaube ich, transparent für alle nachvollziehbar, auch warum wir das wollten. Es wurde dann uns schnell signalisiert, ja da werdet ihr nicht weit kommen, wir unterstützen das alle nicht, also ÖVP, SPÖ haben das ziemlich deutlich gemacht. Es wurde dann von Ihnen das Umfragemodell entwickelt und wir haben zu Recht, ähnlich auch wie die Freiheitlichen, auch wie das BZÖ und auch wie die KPÖ, einige Dinge versucht hier hineinzuverhandeln. Das ist uns leider nicht gelungen, das haben wir zur Kenntnis nehmen müssen. Ein Punkt, warum wir auch dagegen waren, war nämlich die absurde Geschichte, dass unser BürgerInnenbeirat, den wir extra gegründet haben, damit die Grazerinnen und Grazer als Folgeprojekt von „Mehr Zeit für Graz“ mehr hier mitreden können, dieser

BürgerInnenbeirat war extrem unglücklich mit dem Umfragemodell und hat sich beklagt bei uns, dass sie nicht richtig einbezogen worden sind. Und das war schon ein wesentlicher Punkt, es ist mir auch wichtig, das hier zu sagen. Nichtsdestotrotz, das Umfragemodell wurde beschlossen, es steht uns als demokratiepolitisches Mittel, uns Grünen genauso...

Zwischenruf GR. Eichberger: Ihr habt es ja nicht gewollt.

GRin. **Jahn:** ...zur Verfügung, wie auch jeder anderen Fraktion. Wir haben immer gesagt, wir diskutieren gerne über jedes Thema, das eben hier abgefragt werden soll, und genau aus diesem Grund, um auch der ÖVP und der SPÖ, die ja das Volksrechtesgesetz so nicht als Mittel nutzen wollten, haben wir gesagt, gut, wir kommen euch entgegen und bringen auch einen Antrag ein in Richtung Umfrage zum Thema Murkraftwerk. Das ist genau der Punkt und man sieht eh, Ihr habt ein Modell eingeführt, dass Ihr nicht einmal selber ernst nehmen wollt. Ich freue mich im Weiteren auf die inhaltliche Diskussion zum Murkraftwerk. Ich hoffe, dass wir da heute noch hinkommen, und alles Übrige wurde gesagt (*Applaus Grüne*).

Der Antrag von GRin. Mag.^a Pavlovec-Meixner wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag von GRin. Jahn wurde mit Mehrheit abgelehnt.